

Semesterspiegel

Zeitung der Studierenden in Münster



Portfolio Management

Steht die Soziologie in Münster vor dem Aus?

Inhalt

Semesterspiegel

- 02 Impressum
- 03 Editorial
- 04 Neu an Bord: Eva Kalischewski

Hochschule

- 04 Lehramtstudis aufgepasst!
- 05 Über Einstellungschancen der jetzigen Ausbildungsgeneration
- 06 Die Mitte des Denkens
- 07 Marketing oder Wissenschafts- und Meinungsfreiheit?
- 07 Generation Prekär - Interview mit Carsten Peters (GEW)
- 09 Die Anpassung der Ausbildungsförderung an die Wirklichkeit
- 10 Abnehmen mit Antje Dubourg (Comic)

Hochschulpolitik

- 11 Höher, schneller, weiter? Das neue Semesterticket
- 13 Prof. Opfer: Offener Brief der ASV an der Professorenschaft
- 15 Bullshit-Bingo á la Hochschulreform
- 16 Die Bildung hat Magersucht! Eine phantastische Polemik!

Politik

- 17 Karawahnsinn I: Die Beherrschung verlieren - Widerstand organisieren!
- 20 Karawahnsinn II: Gegen G8 - Terroristen in Münster?
- 21 G8 und die marktförmige Hochschule
- 23 „Leute bleibt heiter, der Häuserkampf geht weiter“

Titel

- 26 Erklärung des Rektorats der WWU Münster zum Institut für Soziologie
- 27 Interview mit Prof. Wienold
- 28 Interview mit Dr. Kraemer
- 29 Finger weg! Fachschaft Soziologie in eigener Sache
- 30 Interview mit der Fachschaft Soziologie
- 31 Erhalt der Soziologie: Stellungnahme zum Berufungsverfahren von Prof. Dr. Stephan Lessenich
- 32 Resolution für den Erhalt der Soziologie an der WWU Münster
- 33 Kommentar: Soziologie Opfer der Profitgesellschaft?
- 34 Kolumne: In Medias Res: Soziologen in Not

Kultur

- 35 Mein Schatz der Nebensatz
- 37 Bildnisse der Erde: Fotoausstellung über Indigenas
- 38 Glosse: ZUGzwang
- 39 Glosse: Die Geister, die ich rief
- 40 Blick ins Buch: „Arschgeweih“ - Ein Lexikon der Gegenwart
- 41 Islamkritik - Eine Veranstaltungsreihe des FH-AStA
- 42 Unsachliche Buchstaben I: Corporate Identities
- 43 Unsachliche Buchstaben II: Chemie
- 44 Rundfunkseminar: Für aufgeklärte Bürgerschaft
- 42 Der 2. Antje Dubourg Comic
- 46 Kinokritik: Full Metal Village
- 47 Juni-Cartoon: Verbesserung der Lehre

Impressum

HerausgeberInnengremium

Helena Raphaela Hinsen
Sebastian Lanwer
Serpil Oezata
Urs Frigger
Astrid Sauermann

ssp.hgg@uni-muenster.de

Vi.S.d.P.

Thomas Engbers

Redaktion

Thomas Engbers
Daniel Halkiew
Jenniffer Kahn
Eva Kalischewski
Mareen Kappis
Barbara Rupflin

Layout

Ansgar Lorenz
info@ansgarlorenz.de

Coverillustration

Manuel Rodriguez

Geschäftsführung

N.N.
ssp.ceo@uni-muenster.de

Redaktion und Anzeigenverwaltung

Schlossplatz 1, 48149 Münster
ssp@uni-muenster.de

Druck

ASTA-Druck

Auflage

3.500

Redaktionsschluss SSP 369

11. Juni 2007

Der Semesterspiegel ist die Zeitung der Studierenden der Universität Münster. Die Artikel geben die jeweiligen Meinungen des/der AutorIn wieder. Das gilt auch für namentlich gekennzeichnete Artikel von Mitgliedern des Redaktionsteams. Sie dienen auf Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung der Förderung der politischen Bildung, des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstsein und der Bereitschaft zur Toleranz (HG-NW § 72 (2) Satz 4).

Manuskripte bitte digital (auf Diskette/CD oder per e-mail im Format txt, Bilder und Grafiken im Original oder als tif-Datei (200 dpi, Graustufen, nicht in einer Textdatei eingebunden) an die Redaktion unter Angabe von Namen, Adresse und Bankverbindung. Disketten/CDs und Fotos können nach dem Erscheinen des SSP im Asta-Büro abgeholt werden. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen. Artikel unter Synonym werden nicht veröffentlicht. In begründeten Ausnahmefällen können AutorInnen ungenannt bleiben.

Honorar

0,01 Euro für 4 Zeichen

Fotohonorar

8 Euro

Illustration

15 Euro

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Eine Hiobsbotschaft folgt der nächsten: Nachdem Studiengebühren beschlossene Sache sind, müssen Studentinnen und Studenten der Soziologie nun um ihren Fachbereich bangen. Doch die möglichen Stellenstreichungen treffen auf großen Protest: Professoren und Studenten wollen für den Erhalt des Fachbereiches kämpfen. Angesichts der Vielfalt von Stellungnahmen und Interviews könnt ihr euch nun selbst ein Bild von der misslichen Situation machen. Dabei überschlagen sich die Ereignisse: Galt es noch in der Woche vor dem 21. Mai, das Schreckgespenst einer negativen Entwicklung des Fachbereichs zu bannen, so wurden inzwischen vom Rektorat Fakten geschaffen. Das Berufungsverfahren auf eine vakante Professorenstelle wird bis zum Abschluss einer Evaluation ausgesetzt - die Stelle soll bis dahin in Vertretung wahrgenommen werden - eine Lage, die in den Interviews, die noch vor Bekanntwerden dieser Entscheidung geführt wurden, als skandalös bezeichnet wurde.

Auch die Lehramtsstudenten werden von den Stellenstreichungen betroffen sein. Dabei sind die Ausbildungschancen jetzt schon prekär. Welche Fächerkombinationen günstig sind und welche ihr besser in den Hintergrund stellt, lest ihr in dieser Ausgabe. Zum Thema Wirtschafts- und Meinungsfreiheit gibt es ein Interview mit Carsten Peters, dem Vorsitzenden des GEW und auch die Hochschulreform erntet in dieser Ausgabe erbeut Kritik.

Politisch geht es ebenfalls rund: Der G 8 Gipfel steht vor der Tür und seine Gegner wappnen sich schon einmal zu Protesten und Demonstrationen, wobei sich auch die Frage stellt, inwieweit die Uni eigentlich von Marktwirtschaft und Globalisierung profitiert.

Nicht aufgeben wollen auch die Hausbesetzer der Greverer Straße. Ein historischer Bericht über die InstandbesetzerInnenbewegung illustriert das langjährige Bemühen um die Realisierung einer Utopie, zu lesen auf Seite 23. Neben den Studiengebühren und den düsteren Aussichten für einige Fachbereiche an der Uni gibt es noch etwas, dass uns das Studentenleben schwer macht: Das teurere Semesterticket zieht uns zusätzlich Geld aus dem Portemonnaie. Doch angesichts der vielen schlechten Nachrichten, die dem einen oder anderen Tränen in die Augen treiben, sollt ihr das Lachen nicht vergessen: Die Kulturseiten versprechen amüsante Stunden, neue Erkenntnisse über den Nebensatz, wunderschöne Erfahrungen mit dem Zugfahren und unsachliche Buchstaben. Und natürlich wie immer: Eine interessante Buch- und Kinokritik.

Viel Spaß beim Lesen wünscht euch

Jennifer Kahn

Neue Redakteurin beim Semesterspiegel

Hallo! Mein Name ist **Eva Kalschewski**. Ich bin 24 Jahre alt und studiere im 7. Semester Geschichte, Germanistik und Theologie. Seit kurzem bin ich neues Mitglied der Redaktion des Semesterspiegels. Nach einem einjährigen Aufenthalt in Frankreich freue ich mich jetzt in einem für mich neuen hochschulinternen Bereich tätig zu sein!



Beruf mit Perspektive

Prognosen zum Lehrerberbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen

Viele junge Menschen streben nach dem erfolgreichen Erwerb des Abiturs eine Ausbildung in den Lehrerberuf an. Doch trotz hoher Qualifikation und gutem Engagement bleiben nach Beendigung des Referendariats viele Lehrer und Lehrerinnen arbeitslos, da ihre Fächerkombination nicht der Nachfrage des Lehrerberbeitsmarkts entspricht. Es entsteht ein Überhang an Lehrern einer gewissen Fachgruppe. Doch zeitgleich sprechen viele Bildungspolitiker von Lehrermangel und Stundenausfall in den Schulen. Da drängt sich dem ein oder anderen Bachelor - Studenten doch die Frage auf: Wie konkret sehen meine persönlichen Chancen später auf dem Lehrerberbeitsmarkt aus?

Ich kenne aus eigener Erfahrung noch gut die Sprüche von Eltern und Verwandten, die zu wissen meinten, man solle doch nach Neigung wählen; wie es in zehn oder zwanzig Jahren aussehe, könne doch eh keiner beantworten; wenn ich fertig sei, werde eh alles anders sein. Doch wer sich bei der Auswahl seiner Lehrfächer nicht ganz so ins Ungewissen stürzen möchte, dem kann geholfen werden. Denn um diesen Widerspruch von Lehrermangel und

Lehrkräfteüberhang entgegen zu wirken, veröffentlicht das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen regelmäßig alle zwei Jahre eine Prognose, die angehende Lehrer ermutigen soll, neben den persönlichen Neigungen und Anlagen auch künftige Berufsaussichten zu berücksichtigen. Das 31seitige Konvolut macht dabei ganz konkrete Aussagen darüber, welche Fächer(-kombinationen) für angehende Lehrer gute Berufsaussichten bieten und bei welchen angestrebten Fächern mit Schwierigkeiten bei der Stellensuche zu rechnen ist. Dies bietet gerade für Studienanfänger eine hilfreiche Stütze bei der Wahl ihrer Fächer sowie der Entscheidung nach der angestrebten Schulform. Aus der Statistik könne zwar „in keinem Fall ein Einstellungsversprechen“ abgeleitet werden, dennoch sei sie in puncto Verlässlichkeit „relativ präzise“. Sie liegt nun aktuell mit dem Stand von Februar 2007 vor. Dabei zeigt sich jedoch schon deutlich, dass die Einstellungsaussichten in den verschiedensten Lehrämtern unterschiedlicher nicht sein könnten.

Lehramt an Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und den ent-

sprechenden Jahrgangsstufen der Gesamtschule (Schwerpunkt Primarstufe): Das Lehramt an Grundschulen erfreut sich stetiger Beliebtheit. Eine hohe Zahl an ausgebildeten GrundschullehrerInnen traf dabei auf dem Arbeitsmarkt jedoch auf eine geringe Zahl an offenen Stellen. Die Konsequenz: Anfang 2006 hatten mehr als 4.000 voll ausgebildete Lehrkräfte mit dem Lehramt an Grundschulen keine Anstellung gefunden. Jedoch werde sich die Kluft zwischen Angebot und Nachfrage in den kommenden Jahren durch den Einfluss verschiedener Faktoren schließen: Der Ausbau der „offenen Ganztagsgrundschule“ in den Jahren 2006 - 2008, die Einführung von Englisch in den Klassen 1 und 2, das Vorziehen des Einschulungsalters um jeweils einen Monat in den Jahren 2007, 2009 und 2011 bis 2014 sowie die steigende Zahl der Berufsaustritte erhöhen den Bedarf an ausgebildeten Lehrkräften für die Primarstufe. Auch die zurück gegangene Zahl der Studierenden, die das Lehramt für Grundschulen anstreben sei in den vergangenen Jahren weniger geworden. So stehen im Jahr 2015 auf 14.200 Stellensuchenden 13.900 offene Stellen entgegen. Auch in den darauf

folgenden Jahren bis 2020 treffen voraussichtlich knapp 1.400 BewerberInnen auf gut 1.300 zu besetzende Stellen. Erst nach 2020 sei wieder mit einem deutlichen Bewerberüberhang zu rechnen. Dementsprechend seien die Chancen für Lehramtskandidaten der Grundschule entsprechend gut, resümiert die Statistik, gerade in ländlichen Gebieten oder sozialen Brennpunkten könne es zeitweise sogar zu Rekrutierungsproblemen kommen.

Lehramt an Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und den entsprechenden Jahrgangsstufen der Gesamtschule (Schwerpunkt Sekundarstufe I):

Die besten Einstellungschancen für angehende Lehrer bietet das Lehramt für die Schulformen der Sekundarstufe II. Schon seit Jahren herrsche das Problem von Schwierigkeiten bei der Einstellung von Lehrern für bestimmte Fächer vor. Ein Angebot von nur 5.600 BewerberInnen stehe in den Jahren 2006 bis 2010 insgesamt einer Nachfrage von rund 6.300 zu besetzenden Stellen gegenüber. Diese Lage verschärfe sich dabei in den Jahren 2011 bis 2015 noch dramatisch weiter: Aufgrund der hohen Zahl an Berufsaustritten seien zwar 8.600 Stellen zu besetzen, dem gegenüber stehe jedoch nur ein Zahl von 4.800 Neuabsolventinnen und -absolventen des Vorbereitungsdienstes gegenüber! In den Jahren 2016 bis 2020 träfen rund 5.200 NeubewerberInnen auf etwa 8.800 zu besetzende Stellen. Im Durchschnitt bedeute dies bis 2020 ein Verhältnis von etwa 1.000 Bewerber auf 1.600 freie Stellen. Daraus sollte jedoch nicht generalisiert werden, dass es prinzipiell zu wenig Lehrer an Schulen der Sekundarstufe I gebe. Denn auf der anderen Seite sei in Hinblick auf gewisse Fächer mit einem deutlichen Bewerberüberhang zu rechnen. Zwar könne von einem hohen Gesamtbedarf an Lehrkräften ausgegangen werden, doch entscheide schließlich maßgeblich die Lehrbefähigung über die konkreten Einstellungschancen auf dem Lehrerarbeitsmarkt. Mit besonders hohen Einstellungschancen sei bei den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch, Physik, Technik, Hauswirtschaft, Wirtschaftswissenschaft und Informatik zu rechnen. Dabei ist jedoch zu beachten, dass auch die quantitative Rolle eines Faches eine nicht unerhebliche Rolle spielt; Informatiklehrer haben zwar hervorragende Einstellungschancen, die quantitative Bedeutung des Faches ist jedoch nur gering. Hingegen haben Mathematik, Deutsch und Englischlehrer genauso hervorragende Einstellungschancen, doch sei aufgrund der sehr großen

quantitativen Bedeutung des Faches mit einer dementsprechenden höheren Chance auf Einstellung als beim Informatiklehrer zu rechnen.

Lehramt an Gymnasium und Gesamtschulen (Sekundarstufe II):

Im Gegensatz zu Lehramtskandidaten für die Sekundarstufe I können angehende Lehrer für die Sekundarstufe II nur auf eingeschränkte Berufsaussichten hoffen. Könne die Sekundarstufe II als attraktivste Aussicht für den Lehrerberuf gelten, habe gerade diese Schulform damit zu kämpfen, ein zu hohes Bewerberaufkommen auf zu wenig Stellen verteilen zu müssen. So haben aktuell rund 4.000 Lehrkräfte mit dem Lehramt an Gymnasium und Gesamtschulen keine feste Anstellung gefunden. Längerfristig werde sich an dieser pessimistischen Situation auch nichts ändern. Im Gegenteil, es werde sogar noch schlimmer:

Auf Grund der Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur (also der Wegfall der 13. Jahrgangsstufe im Gymnasium), werde der Gesamtbedarf an Gymnasiallehrern im Schuljahr 2013/2014 abrupt um 4.500 Lehrkräften sinken.

Das heißt konkret: Rechnerisch bestehe im Gymnasium in den Jahren 2013 bis 2015 überhaupt kein Einstellungsbedarf! Lediglich in der Gesamtschule, welche unberührt vom Wegfall der 13. Klasse bleibt, könne mit rund 250 Einstellungen pro Jahr gerechnet werden. Also sei davon auszugehen, dass in den Jahren 2013 bis 2015 auf etwa 7.600 BewerberInnen nur rund 800 freie Stellen fallen, statistisch gesehen werden neun von zehn ausgebildeten Lehrkräften ohne Angebot sein. Ausgehend von einer Ausbildungszeit von etwa acht Jahren seien von dieser Entwicklung die Studienanfänger der Jahre 2005 bis 2007 betroffen. Zusätzlich könne bis 2020 von einer leichten Steigerung der Lehramtsbewerber für das Gymnasium ausgegangen werden, welches die schwierige Lage auf dem Lehrerarbeitsmarkt für Sekundarstufe II - Lehrer nicht gerade verbessert: in den Jahren 2016 bis 2020 müssen, so die Statistik, 13.300 Bewerber um nur rund 7.500 freie Stellen kämpfen. Jahresdurchschnittlich seien dies nur 1.700 freie Stellen auf etwa 2.700 Stellensuchende. Auch nach 2020 werde sich diese kritische Entwicklung weiter fortsetzen.

Ebenso wie für die Sekundarstufe I, können die eigenen Chancen auf eine Stelle als Lehrer für die Sekundarstufe II jedoch nicht nur allein aufgrund des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ermittelt werden; maßgeblich ausschlaggebend sind die

jeweiligen Fächerkombinationen. Hier zeigt sich, dass es ebenso für bestimmte Fächer einen Lehrerüberhang gibt mit dementsprechend geringeren Chancen auf eine Einstellung sowie jedoch auch Fächer mit kurz- als auch mittel- und langfristig guten Einstellungschancen. Hierzu zählen neben Englisch und Mathematik auch die Fächer Kunst, Latein, Musik und Spanisch. Besonders gute Einstellungschancen seien mit den Fächern Musik und Latein zu erwarten, hier ist mit einem hohen Lehrerberuf und einem geringen Bewerberaufkommen zu rechnen. Besonders schlechte Einstellungschancen haben demgegenüber die Fächer Psychologie und Technik, welches sowohl auf die geringe Nachfrage als auch auf die sehr geringe quantitative Bedeutung des Faches zurückzuführen sei. Jedoch könnten sich für Lehrkräfte mit den Fächern Deutsch oder Sport, welche im Lehramt für Gymnasium und Gesamtschulen nur eingeschränkte Beschäftigungsaussichten hätten, unter Umständen gute Aussichten in den Schulformen der Sekundarstufe I ergeben.

Abschließend beurteilt die Prognose den Lehrerberuf im Land Nordrhein-Westfalen als einen Job mit Zukunft. Doch will sie gleichzeitig noch einmal den Sinn solcher Studien deutlich machen: entscheidendes Kriterium für eine Chance auf Einstellung in den Lehrerberuf sind neben der Wahl der Schulform auch die günstige Fächerkombination. Die Prognose zeigt die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im Lehrerberuf auf und kann dadurch eine hilfreiche Unterstützung bei der Wahl der richtigen Fächer sein. Diese sollten also nicht nur nach jeweiliger Interessenslage gewählt, sondern gleichzeitig auch mit Blick darauf, welche Fächer eigentlich in Schulen benötigt werden, ausgewählt werden.

Quelle: Beruf mit Perspektive - Prognosen zum Lehrerarbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen. Herausgegeben vom Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen. Erscheinungsdatum: Februar, 2007 <http://www.bildungsportal.nrw.de/BP/Publikationen/index.html> [Stand 29.04.2007]

Andreas Brockmann

Die Mitte des Denkens - Marketing oder Wissenschafts- und Meinungsfreiheit?

Erst kürzlich, auf einer Veranstaltung des „Centrums für Hochschulentwicklung“ (CHE), die in Kooperation mit der „Wissenschaftlichen Gesellschaft für Marketing und Unternehmensführung“ im Schloss der Universität Münster stattfand, konnte man folgenden Satz mehrmals lautstark vernehmen: „For-Schungsmarketing ist Chefsache!“

Marktorientierte Führung

Das war der Tenor auf einer Tagung zum Thema „Hochschulmarketing - Herausforderung und Erfolgsfaktoren im Wettbewerb“, die subtil aber bestimmt die mögliche Zukunft der Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland offenbarte. Denn wenn es um Profilbildung im Wettbewerb geht und den damit verbundenen „Kampf um Drittmittel“, ist Schluss mit lustig. Deshalb sei, so ist auf der Homepage des CHE zu lesen, die „Identifikation mit den Zielen durch sämtliche Hochschulangehörigen eine unabdingbare Notwendigkeit“. Hochschulmarketing ist nach der Definition von Herrn H. Meffert vom Marketing Centrum Münster „die bewusst marktorientierte Führung der gesamten Hochschule“.

Forschung? Keine Zeit!

Aber das gegenwärtige „entfesseln“ der Hochschule durch Marketing ist ohne effiziente Entscheidungsstrukturen und effizienten Mitteleinsatz kaum möglich. Was „effizienter Mitteleinsatz“ bedeutet, spüren momentan die Geistes- und Sozialwissenschaften in ganz Deutschland. Der Niedergang der Soziologie in Münster ist dabei nur ein Beispiel. Was „effiziente Entscheidungsstrukturen“ sind, wissen die Professorinnen und Professoren der Uni Hamburg. Dort hat vor kurzem die Präsidentin Monika Auweter-Kurtz Aufmerksamkeit erlangt, weil sie den Professorinnen und Professoren aus Marketinggründen verbot, sich ohne die Zustimmung der Pressestelle zu äußern. Selbst die „faz“ hat dies in ihrer Ausgabe vom 10. Mai 2007 als „Maulkorb für Professoren“ bezeichnet und moniert, dass eine öffentliche Debatte über die Lage an den deutschen Hochschulen dringend notwendig sei. Die Einführung von Bachelor-Studiengängen habe, so Christiane Landfried, Dozentin der Politischen Wissenschaft an der Uni Hamburg, zu einer Verschlechterung der Lehre geführt und die Bürokratie zugenommen. Das schade auch der Forschung, weil für sie keine Zeit bleibe. Wer will da schon schweigen?

„Wer zahlt, schafft an“

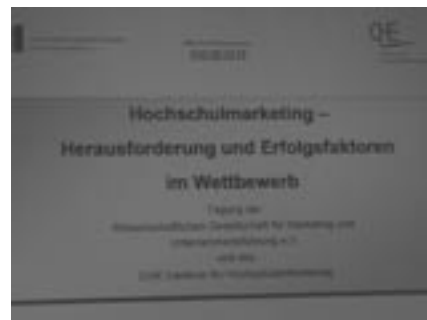
Wenn eine Hochschule Partner und Sponsoren sucht, darf sie nicht vergessen, dass diese meist neben der Bereitschaft zur ideellen Unterstützung auch ökonomische oder gesellschaftliche Interessen verfolgen. Diese Tatsache erfordert in jedem Fall eine Prüfung der Frage, ob die vertraglichen Regelungen der gemeinsamen Forschungsprojekte die Unabhängigkeit der universitären Einrichtungen unberührt lassen. Das ist besonders problematisch, wenn mächtige Interessenverbände an den Universitäten sogenannte An-Institute allein oder maßgeblich finanzieren. Erforderlich sind transparente Strukturen, die Kritik von gesellschaftlicher Seite Raum lassen.

Frühe Einbindung des Marktes

Prof. Dr. Thomas Baaken vom Institut für „Science Marketing“ der Fachhochschule Münster scheint jedoch anderer Ansicht: „Wenn man für eine Sache Geld erwartet, befindet man sich auf einem Markt! Marketing für Forschung adressiert aus unserer Sicht nicht die Öffentlichkeit, sondern Kunden und ist nicht in erster Linie Kommunikation, sondern die Bedürfnisse des Kunden, seine Erwartungen und den Kundennutzen in den Mittelpunkt des Denkens stellen.“ Seine Argumentation ist einfach. Der Staat, so Baaken, werde sich aus der Forschungsfinanzierung zurückziehen, neue Nachfrager würden an seine Stelle treten. Diese Nachfrager seien auf dem Forschungsmarkt die Unternehmen, welche zunehmend auf Innovationen angewiesen seien. Deshalb fordert er, schon früh auf die Unternehmen zuzugehen. „Nicht erst entwickeln, dann verkaufen! Einbindung des Marktes in frühen Phasen“ müsse das Ziel sein.

Das „Push and Pull“ - System

Dieses Ziel müsse dementsprechend durchgesetzt werden. Im Rahmen seiner Präsentation bewarb Herr Baaken auch das sogenannte „Push and Pull“-System. Es soll dafür sorgen, dass WissenschaftlerInnen die Forschungsergeb-



nisse hervorbringen, die der Markt, also die Unternehmen, von ihnen verlangen. Dazu, so Baaken, könnten nicht nur Mittelkürzungen eingesetzt werden, die umso effektiver seien, weil die Forscherinnen und Forscher nun auch ihre Räume mieten müssten, sondern die Profs wären auch verpflichtet, die Marketingstrategie der Hochschule mitzutragen. Letztlich müsse man den „Transfer in Berufungsverfahren verankern“. Wenn das die Professorinnen und Professoren wüssten! Noch regt sich nur vereinzelt Widerstand. Und das, obwohl diese Entwicklung das Grundrecht auf Meinungsfreiheit und dadurch auch die Freiheit der Wissenschaft beeinträchtigt. Zu solchen Beeinträchtigungen gehören auch Auflagen zum Umgang mit der Presse. Jeder Mensch muss das Recht und die Mittel haben, seine Meinung frei zu äußern. Die schleichende Ökonomisierung der Hochschulen beschneidet die Meinungsfreiheit und damit in zunehmendem Maße die Freiheit der Wissenschaft. Die Professorinnen und Professoren sollten reden, und zwar laut, solange sie es noch können und der Maulkorb sich noch nicht geschlossen hat.

Jörg Rostek

Jörg Rostek ist Student der Politikwissenschaft an der Uni Münster und Referent für Öffentlichkeit im AstA derselben. Er ist ausgebildeter Buchhändler und schreibt für zahlreiche Zeitungen

„Yes! Ich hab nen Job!“

Wie es nach der Uni weitergeht... und was du tun kannst, wenn sich ein Praktikum nach Studienabschluss nicht vermeiden lässt.

Obwohl viele Studenten bereits während des Studiums freiwillige Praktika und Pflichtpraktika (die in der Studienordnung vorgesehen sind) absolvieren, schaffen nicht alle einen glatten Berufseinstieg. Die vieldiskutierte „Generation Praktikum“, die ihre qualifizierte Arbeitskraft unentgeltlich zur Verfügung stellt, um einen Berufseinstieg zu schaffen oder eine Lücke im Lebenslauf zu vermeiden, ist nicht das einzige Problem. Auch scheinen studierte Berufseinsteiger unter den Arbeitsbedingungen zu leiden, die sich ihnen in den ergatterten Jobs bieten.

Zu diesem Ergebnis kommt die Studie der HIS (Hochschulinformations-System GmbH), die enthüllt, dass viele Studienabsolventen „Probleme mit befristeten Beschäftigungsverhältnissen, unangemessener Beschäftigung und/oder schlechter Bezahlung“ haben.

Eine weitere Studie wurde durch die Jugend des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gegeben und von der Freien Universität Berlin durchgeführt. Für diese Studie wurden Absolventen der Freien Universität Berlin und der Universität Köln nach ihren Berufseinstiegserfahrungen und ihrer Arbeitssituation nach dreieinhalb Jahren befragt. Die beiden Studien unterscheiden sich in ihrer Methodik, kommen jedoch zu ähnlichen Ergebnissen. Der Einstieg ins Berufsleben wird immer prekärer.

Um dieser zunehmenden Prekarisierung entgegenzuwirken, sind zwei Dinge wichtig.

Zum einen sollten Studenten und Uniabsolventen darauf achten, dass ein Praktikum tatsächlich einen Ausbildungscharakter hat und keine reguläre Beschäftigung im Betrieb ersetzt. Wenn eine reguläre Tätigkeit geleistet wird, besteht nämlich Anspruch auf eine reguläre Entlohnung (Berufsbildungsgesetz §26). Auch im Bürgerlichen Gesetzbuch steht, dass „eine Vergütung stillschweigend vereinbart (wurde), wenn die Dienstleistung den Umständen nach nur gegen eine Vergütung zu erwarten ist“ (BGB §612). Empfehlenswert ist der Leitfaden „Rechte und Pflichten im Praktikum“. Dieser kann auf der Seite www.students-at-work.de unter „Rund ums Praktikum“ heruntergeladen werden.

Zum anderen gilt es, gesellschaftlich zu hinterfragen, ob es sinnvoll ist, jungen Menschen beim Berufseinstieg nach dem Studium Unsicherheiten und harte Bedingungen zuzumuten. Nicht jeder möchte sich der geforderten Flexibilisierung des Arbeitsmarktes anpassen und gerade wenn die Suche nach einem dauerhaften Wohnsitz und Familiengründung ansteht, sind unterbezahlte Jobs und Halbjahresverträge ein nicht zu unterschätzender Stressfaktor. Da es sowieso eine gesetzliche Probezeit von zwei Jahren gibt, fällt auch das Argument weg, die „Neuen“ seien nicht mehr kündbar, wenn man sie einmal eingestellt habe.

Sogenannte „prekäre“ Beschäftigungsverhältnisse sind laut der Studie der DGB-Jugend nach dem Studium die Regel. So hatten von den untersuchten Universitätsabsolventen dreieinhalb Jahre nach Studienabschluss 37 % eine unbefristete Anstellung, 34 % eine befristete und 15 % waren freiberuflich oder selbstständig tätig. Immerhin 40 % der Absolventen machten nach dem Studium mindestens ein Praktikum.

Am 3. Mai erläuterte Daniel Taprogge von der DGB-Jugend im Fürstenberghaus die Ergebnisse der Studie. Bei der anschließenden Diskussion mit der Audienz wurde deutlich, dass es viele Unsicherheiten auf Seiten der Studierenden gab. Gerade über die rechtlichen Regelungen und die Möglichkeiten des eigenen Aktivwerdens um sich gegen ungerechte Verhältnisse zu wehren waren die meisten nicht ausreichend informiert.

Jenny Schmidt

Weiterführende Web-Links:

www.boeckler.de/pdf/fof_praktikum_2007.pdf (Studie der FU Berlin)

www.his.de/pdf/22/generationpraktikum.pdf (HIS-Studie)

www.students-at-work.de/praktikabewertung (öffentliche Praktikabewertung)

www.generation-p.org (europaweite Vernetzung der „Generation Praktikum“)

www.ghg-muenster.de (Gewerkschaftliche Hochschulgruppe Münster)

Der Semesterspiegel fragte Carsten Peters, Geschäftsführer der GEW Münsterland (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) und stellvertretender Vorsitzender des DGB-Kreisverbandes, sowie Mitglied der gewerkschaftlichen Hochschulgruppe Münster, nach seiner Einschätzung zum Thema Praktika und prekäre Beschäftigung:

SSP: Carsten, was hat sich deiner Meinung nach für Hochschulabsolventen in den letzten Jahren beim Berufseinstieg verändert?

Carsten Peters: Wir haben die Erfahrung gemacht, dass für viele HochschulabsolventInnen, insbesondere aus dem geisteswissenschaftlichen Bereich, aber inzwischen zunehmend auch bei Wirtschafts- und NaturwissenschaftlerInnen, der Einstieg in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis immer schwieriger geworden ist. Dies führt dazu, dass fast 40 % der AbsolventInnen nach dem Studium mindestens ein Praktikum absolvieren, obwohl 87 % bereits während des Studiums Praktika absolviert haben. Auch HochschulabsolventInnen werden nach einer Studie der DGB-Jugend zunehmend prekär beschäftigt, dreieinhalb Jahre nach dem Studienabschluss haben nur 39 % einen unbefristeten Arbeitsvertrag - der große Teil hängt immer noch in befristeten Jobs, Scheinselbstständigkeit oder anderen Beschäftigungen.

SSP: Viele Universitätsabsolventen sind froh, wenn sie nach dem Abschluss in ein Unternehmen „hereinkommen“. Sind Praktika dafür nicht genau das richtige?

Carsten Peters: Das kommt darauf an. Der eigentliche Sinn von Praktika besteht darin, zu lernen. Daher sind aus unserer Sicht Praktika nach dem Studium eigentlich nicht sinnvoll, das Praktikum gehört in die Zeit des Studiums. Es gibt in Betrieben Trainee-Programme, die dann nach abgeschlossenem Studium an die speziellen Arbeiten im Betrieb heranzuführen. Dies kann, wenn es tariflich bezahlt ist, durchaus in zeitlich

Fortsetzung auf Seite 08

klar begrenztem Umfang Sinn machen. Wird jedoch eine reguläre Tätigkeit erbracht, besteht auch Anspruch auf reguläre Entlohnung.

SSP: Ersetzen Praktika reguläre Arbeitsplätze?

Carsten Peters: Ja, in bestimmten Bereichen ist diese Entwicklung zu beobachten, zum Beispiel in der Architekten-, Werbe- oder PR-Branche und aus Gründen der abnehmenden öffentlichen Finanzierung auch im Kulturbereich. Postgraduelle Praktika finden vor allem auf dem Facharbeitsmarkt und in den Branchen statt, wo aktuell Probleme auf dem Arbeitsmarkt sind. Vor allem in wirtschaftlichen Krisenzeiten nutzen Unternehmen bewusst die Notsituation der AbsolventInnen aus. Andererseits sind die AbsolventInnen aber auch eher bereit, nach dem Studium Praktika zu absolvieren, um - verständlicherweise - der Arbeitslosigkeit zu entgehen.

SSP: Sollte man Praktika generell abschaffen? Oder welche Regeln könnten für ein sinnvolles Praktikum gelten?

Carsten Peters: Wie gesagt, Praktika nach dem Studium sind in der Regel nicht sinnvoll. Problematisch ist jedoch eher, dass es an einer klaren gesetzlichen Regelung fehlt, die diese Beschäftigungsverhältnisse organisiert. Der §26 Berufsbildungsgesetz (BBiG) regelt Praktika, die nicht durch Studienordnung vorgeschrieben sind und Volontariate, ist aber, was Vergütung und Rechte der PraktikantInnen angeht, zu unbestimmt. Der Ausweg könnte eine gesetzliche Regelung sein. Dieses würde eine klare Abgrenzung von Arbeits- und Lernverhältnis, wie Praktikum oder Volontariat bieten. Erforderlich ist zudem eine klare zeitliche Begrenzung, z.B. drei Monate, und die Festlegung einer Mindestvergütung von 300 Euro pro Monat. Weitere Berufseinstiegsprogramme sollten mit einem Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde bezahlt werden.

SSP: Wie sähe ein sinnvolles Praktikum aus? Worauf sollte man achten, wenn man ein Praktikum macht?

Carsten Peters: Es sollte ein schriftlicher Vertrag mit dem Arbeitgeber geschlossen werden, der der beiderseitigen Rechtssicherung dient. Das Praktikum sollte hierbei als „Praktikum zu Ausbildungszwecken“ abgeschlossen werden. Folgende Angaben gehören in den Vertrag: Beginn, Dauer und Arbeitsinhalt des Praktikums, tägliche Arbeitszeit, Höhe der Vergütung, Dauer des Urlaubs, Vergütung von Überstunden, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und



Carsten Peters

Kündigungsvoraussetzungen. Optimal ist es, wenn bei Beginn des Praktikums ein Praktikums- oder Ausbildungsplan besteht.

Hierzu zählt die zeitliche Gliederung sowie die Inhalte des Praktikums. Beim Pflichtpraktikum ist darauf zu achten, dass der Praktikumsplan auch tatsächlich die Arbeitsinhalte aufweist, die zur Anerkennung des Praktikums führen. Am Ende des Praktikums steht ein schriftliches Arbeitszeugnis, das Dauer und Inhalt des Praktikums beschreibt. Die Arbeitszeiten, die im Betrieb gelten sind auch bei Praktikanten einzuhalten. Die Dauer des Praktikums sollte drei Monate nicht überschreiten, da dann statt des Erwerbs neuer Fähigkeiten routinierte Arbeit in den Vordergrund rückt und dann die Gefahr besteht, dass reguläre Arbeitsstellen vernichtet werden. Das Praktikum sollte zudem, wie gesagt, vergütet werden.

SSP: Welche Erfahrung hast du selbst mit Praktika gemacht?

Carsten Peters: Ich habe im Rahmen meines Lehramtsstudiums die vorgesehenen Praktika in der Schule gemacht. In der Beratung heute merke ich oft, dass vielen ihre Rechte und Möglichkeiten nicht bekannt sind. Hier besteht Informationsbedarf.

SSP: Was sollten Hochschulabsolventen deiner Meinung nach tun, um einen Job zu bekommen?

Carsten Peters: Hilfreich ist es, sich schon während des Studiums umgesehen zu haben und betriebliche Realitäten kennen gelernt zu haben. Dies kann den Einstieg erleichtern. Grundsätzlich empfiehlt es sich, sich frühzeitig über Betriebe, bei denen man sich bewirbt, zu informieren. Bei Abschluss von Arbeitsverträgen welcher Art auch immer sollte man sich informieren und beraten lassen. Die Gewerkschaften können hier helfen.

SSP: Glaubst Du, dass mit dem Wirtschaftsaufschwung der Einstieg in eine unbefristete Vollzeitbeschäftigung direkt nach dem Studienabschluss wieder leichter werden wird?

Carsten Peters: Eine sehr allgemeine Frage. Ich will es hoffen. Wir haben jedoch die Erfahrung gemacht, dass der Boom der Leiharbeit dazu geführt hat, dass viele Arbeitsverhältnisse befristet geschlossen werden und der Arbeitsmarkt und damit die Beschäftigungsverhältnisse wesentlich differenzierter geworden sind als noch vor 10 Jahren. Der Trend zur befristeten Beschäftigung geht weiter. Noch ist der Aufschwung bei den Arbeitnehmern nicht angekommen, das müssen wir so feststellen.

SSP: Danke für das Gespräch!

Die Fragen stellte Jenny Schmidt.

Offener Brief

An das BMBF, BMAS, BMF, die bildungspolitischen, sozialpolitischen und finanzpolitischen SprecherInnen der Bundestagsfraktionen

Erhöhung der BAföG-Sätze, der Freibeträge vom anzurechnenden Einkommen und der Sozialpauschalen

Sehr geehrte Damen und Herren,

entgegen mehrfacher und eindeutiger Empfehlungen zuletzt durch den von der Bundesregierung bestellten Beirat für Ausbildungsförderung (kurz BAföG-Beirat) wurden die Fördersätze nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) seit 2001 nicht mehr angepasst. Wir verweisen darauf, dass die Mittel für Stipendiatenförderung im Haushalt des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung mehr als verdoppelt wurden. Eine ähnliche Entwicklung beim BAföG würden wir sehr begrüßen. Eine Prioritätensetzung hin zu erhöhten Bildungsausgaben für die Mehrzahl der Studierenden scheint dringend geboten, da dies die Chancengleichheit im Bildungssystem erhöht.

Bezogen auf die Entwicklung der allgemeinen Einkommen und der Lebenshaltungskosten haben die Studierenden durch die Nichtanpassung der Bedarfsätze und Freibeträge in den vergangenen Jahren bereits 8 bis 10 Prozent an Einkommen verloren.

Die öffentliche Hand zieht sich immer weiter aus der Studienfinanzierung zurück. Gleichzeitig finden Kinder aus finanzschwachen und nichtakademischen Elternhäusern immer seltener den Weg an die Hochschulen. Lediglich 11 von 100 Kindern niedriger sozialer Herkunft gelangen an die Hochschulen. Demgegenüber stehen 81 von 100 Kindern aus der Herkunftsgruppe „hoch“. Da die Bedarfs- und Fördersätze seit 2001 nicht mehr angepasst wurden, haben immer weniger Studierwillige eine Aussicht auf BAföG-Förderung. Nach der 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes (DSW) führt dies dazu, dass 68 Prozent der Studierenden neben dem Studium erwerbstätig sind, 56 Prozent davon, weil sie auf den Zuverdienst unbedingt angewiesen sind.

Das BAföG stand Anfang der 1970er Jahre mit seinem Vollzuschuss für mehr Chancengleichheit beim Hochschulzugang. Dies muss auch heute ein wesentliches Ziel sein. Die Unterzeichner fordern Bundesregierung und Bundestag auf, das BAföG mit einem individuellen Rechtsanspruch auf staatliche Ausbildungsförderung zu erhalten und zu stärken.

Damit das BAföG seinen Anspruch auch weiterhin erfüllen kann, sind Anpassungen überfällig. Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf für eine 22. BAföG-Novelle sieht die Bundesregierung erneut von einer Anpassung der Förderbeträge, der Freibeträge sowie der Sozialpauschalen ab. Sie wird damit ihrem im eigenen Koalitionsvertrag gesteckten Ziel, 40 Prozent eines Jahrgangs an die Hochschulen zu bringen, nicht gerecht und fällt im internationalen Vergleich weiter zurück. Eine Bildungsmobilisierung von Jugendlichen aus einkommensschwächeren Elternhäusern ist aber anzustreben. Ansonsten läuft die Bundesregierung Gefahr, ihrer sozial- wie auch bildungspolitischen Verantwortung nicht gerecht zu werden.

In den vergangenen Jahren stagnierten bzw. sanken die Studierendenzahlen. So stellte das Statistische Bundesamt im November 2006 fest, dass der Anteil der erstmals immatrikulierten jungen Menschen im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 Prozent erneut gesunken ist. Obwohl in der Bildungspolitik Konsens darüber besteht, dass wir dringend eine deutliche Steigerung der Akademikerquote brauchen. Durch den Ausbau der Ausbildungsförderung könnte diesem Trend entgegengewirkt werden.

Zweck des BAföGs ist es, Studierenden unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gleiche Studienmöglichkeiten einzuräumen. Hierzu ist es notwendig, den Anstieg der Lebenshaltungskosten (insbesondere durch Mehrwertsteuererhöhung und erhöhte Heizkosten) durch eine Anpassung der Fördersätze und Freibeträge auszugleichen. Ebenso ist eine Stärkung des Ausbildungsförderung von Schülerinnen und Schüler erforderlich.

Die Unterzeichner dieses offenen Briefes erwarten als ersten Schritt zur Stärkung des BAföG einen einmaligen Ausgleich des durch Preissteigerungen und mehrfache Nichtanpassung der Bedarfsätze entstandenen Kaufkraftverlustes und eine fortlaufende Anpassung des BAföG. Dies erfordert die Erhöhung der BAföG-Sätze d.h. Bedarfsätze und Freibeträge im Rahmen der 22. BAföG-Novelle um jeweils mindestens 10 Prozent, sowie die Anpassung der Sozialpauschalen in angemessener Form. Die BAföG-Erhöhung sollte noch in diesem Jahr beschlossen und wirksam werden.

In einem zweiten Schritt fordern die Unterzeichner eine weitergehende Anhebung der Bedarfsätze, Freibeträge und Sozialpauschalen, die über das Nachholen der seit 2001 versäumten Anpassungen hinaus eine bedarfsdeckende Ausbildungsförderung gewährleistet. Wir schlagen vor, dass auf Basis einer Auswertung der für Juni 2007 erwarteten 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes die Erfordernis der weitergehenden Anpassungen geprüft wird. fzs und GEW sind bereit, an einer entsprechenden Auswertung konstruktiv mitzuwirken.

Mit freundlichen Grüßen

*Dr. Andreas Keller
Konstantin Bender*

*Mitglied im Geschäftsführenden Mitglied im fzs-
Vorstand
Vorstand der GEW*

Selbstverantwortlichkeit der Studierenden

Den Studierenden fehlt die Selbstverantwortlichkeit. Immer seltener wird selbständig gearbeitet, immer seltener wird die eigene Position in Wissenschaft und Institution vertreten und immer öfter wird der Inhalt des Studiums nur konsumiert. Ein Trend, der zurückzuführen sein könnte auf die Umstände des Studiums? Nicht nur.

Der Studierende, der moderne, ist heute im Universitätsbetrieb ein Organisationskünstler – wenn auch vielleicht kein -talent. Das modularisierte Studium verlangt den Studis viel ab. Es muss aufgrund von oft fehlender Beratung und Informationsmaterialien der Verlauf des Studiums überwiegend selbst organisiert werden. Dabei dürfen die Anforderungen an die Leistung, die zu belegenden Semesterwochenstunden und die anderen Studienvoraussetzungen nicht vergessen werden. Der straffe Stundenplan – oft unpraktisch über den Tag verteilt – lässt kaum Zeit zum nebenher Arbeiten, damit noch die Studiengebühren für das nächste Semester verdient werden können.

Dabei ist der Lehrbetrieb mit seinen Vorlesungen und Seminaren im Prinzip ein Feind: Überfüllte Hörsäle, Seminare mit zu vielen Teilnehmern und auch noch die Hausarbeiten – die allgemeinen und die speziellen. Wie soll man die 120 Seiten Text bis zur Prüfung noch lesen, wenn doch nebenher Protokolle angefertigt werden müssen? Wenn Praktikumsberichte fertig werden müssen und darüber hinaus die Anwesenheitspflicht für die Veranstaltungen besteht?

Da ist Organisationstalent gefragt. Vielen wird das schnell zu viel. Dann jedoch kann sich das Studium verzögern.

Das sind die äußeren Umstände. Sie machen vielen Studis das Studieren schwer. Man kann das Murren und eine gewisse Resignation vor weiteren Verpflichtungen verstehen.

Aber diese Umstände, hervorgerufen durch Studienreformen und neue Gesetze von Land und Bund treffen nicht jeden Studierenden. Es gibt viele Fächer, die nicht zu 100% ausgelastet sind. In denen auch mal weniger als 20 Studis in den Seminaren sitzen. In denen eine freie Einteilung der Stunden weitgehend möglich ist.

Doch auch hier hört der Lehrende Jammern. Die Studis drücken sich gerne um weitere Aufgaben.

„Muss man denn unbedingt ein Referat halten? Ich brauche nur noch einen Punkt für die Teilnahme.“ „Müssen wir wirklich so viel lesen?“, „Können Sie uns die Seiten angeben, die wir unbedingt lesen müssen?“ Nicht selten ge-

hen DozentInnen von allein auf genaue Angaben und exakte Arbeitsvorgaben ein. Das erleichtert den Studis einiges. Das Arbeitspensum wird übersichtlich, die Kunst zu organisieren wird zur täglichen Routine.

Aber ist denn diese Art des Studierens die, die gemeint war, als ich mich zum Studium entschlossen habe? Die wissenschaftliche Arbeit an einer Hochschule beinhaltet Eigeninitiative und Interesse.

Ferner braucht die Stellung eines Studierenden Eigenverantwortlichkeit. Es müssen eigene Interessen ausgebildet werden. Diesen sollte aber auch anschließend in Form von Selbststudium weiter nachgegangen werden. An der Universität gibt es keinen Pausenhof mehr, wo ich noch schnell ein Dutzend Vokabeln für den Test lernen, noch schnell die Matheaufgaben abschreiben kann. Ich muss mich selbst motivieren, mich selbst ins Studium vertiefen, mich selbst vertreten.

Das kann aber nur geschehen, wenn diese Selbstverantwortlichkeit wahrgenommen wird. Das ist auch im täglichen Leben wichtig. Rechnungen bezahlen sich eben nicht von selbst. Da muss der Mensch handeln. Wie jemand Schlaues, der aber leider nicht berühmt ist, mal sagte: „Das Studium kommt nicht zum Menschen. Der Mensch studiert. Das Leben kommt nicht zum Menschen, der Mensch lebt.“

Die neuen Umstrukturierungen in der Hochschullandschaft in Form von Bachelor- und Masterstudiengängen, Verkürzung der Studienzeit und Automatisierung und Ersatz von Kontakten mit den Lehrenden (in Münster: HISLSF, QISPOS, OPAC, OpenUSS etc.) lassen den Studierenden von heute scheinbar keine Chance, ein „Studium“ im eigentlichen Sinne zu führen.

Die Neuerungen bewirken, dass es von der Schule in die Schule geht. Dabei hilft die verkrampfte Lehrevaluation oder das Einführen von Zentralismus oder Zwischenprüfungen an Schulen auch nicht weiter. Es geht darum, die Schüler auf das Leben, sei es ein Studium oder etwas anderes, vorzubereiten. Die Universität führt das weiter. Führt. Denn die Freiheit wird den Studierenden abgenommen.

Das „Bildungsnehmertum“ wird durch Gebühren und Einengung in der Studienform von den Schulen an die Universität weitergetragen. Bloß, dass das jetzt auch noch etwas, bzw. viel, kostet. „Der (zahlende) Kunde ist König“ trifft aber an der Universität nicht zu. Die vermeintliche Kontrolle durch Evaluation und ein Noch-Partizipationsrecht an universitären Gremien stellt sich als eine Farce heraus. Zuletzt wurden Studiengebühren und die Umsetzung des Hochschulfreiheitsgesetzes von Nordrhein-Westfalen trotz studentischer Mitwirkung in den Gremien und gegen den Protest der Studierenden durchgesetzt. Aber so schmerzlich es ist: Mit diesen Veränderungen geht auch das Selbstverständnis der Studierenden einher. Es wird deutlich, dass diese „verschulte“ Form des Studiums sowohl von außen als auch von innen kommt.

Heute ist eine studentische Selbstverwaltung wichtig wie eh und je. Besonders die Fachschaften der einzelnen Fächer an den Hochschulen können etwas bewegen. Sie müssen Impulse setzen, die Studis zu mehr Selbstverantwortlichkeit bewegen. Die Fachschaften waren, sind und werden weiterhin die unverzichtbare Basis für ein Studium bleiben. Sie vertreten die Interessen der Studierenden und können diese an die Hochschule vermitteln und in der Lehre formulieren.

Marcus Oberreuter, Fachschaftenreferent des AstA Uni Münster,

Der Autor studiert Religionswissenschaft, Philosophie und ev. Theologie. Er berichtet zum Teil aus eigener Erfahrung. Das Zitat ist von einem Freund, der nicht studiert.

Höher, schneller, weiter?

Leider nur teurer: Das „neue“ Semesterticket



Dreieck: Angebot der Verkehrsunternehmen auf Grundlage eines Eckpunktepapiers vom 13. November 06, das noch am selben Tag vom Studierendenparlament abgelehnt wurde. Am 12. März 07 hat das neu gewählte Studierendenparlament dieser Preisentwicklung zugestimmt.

Kreis: Friedensangebot der Studierendenvertretung aufgrund eines Beschlusses des Semesterticketausschusses vom 3. November 06. Das Angebot beruht auf dem bisherigen Geltungsbereich und versteht sich inkl. zuschlagfreier Nachtbusnutzung. Nach der linearen Verteuerung in den kommenden vier Jahren sollte zwingend wieder die bisher gültige Preisgleitklausel (max. einmal jährliche Preisanpassung, arithmetisches Mittel aus Tarifsteigerung VGM und allgemeiner Preisentwicklung) angewendet werden.

Der Schritt von 54 Euro auf 59 Euro im Sommersemester 07 wäre die bisher größte Verteuerung unseres Semestertickets seit seiner Einführung gewesen. Die weiteren Preissteigerungen von 3 Euro pro Jahr liegen weit über den Tarifierhöhungen anderer Tickets für Bus und Bahn. Mit diesem Modell wäre die Studierendenschaft der Forderung der Verkehrsunternehmen nachgekommen, stärkere Einnahmen aus dem Semesterticket zu generieren.

Gleichzeitig wären Zuverlässigkeit und Kontinuität für die kommenden Jahre gesichert worden, ohne den durch das Gutachten der Professoren Backhaus und Hartwig gesetzten Rahmen allzu weit verlassen zu müssen.

Es ist wieder still geworden um das Semesterticket. Dabei hat es die größte Veränderung in seiner wechselhaften Geschichte erfahren: Auf der Sitzung am 12. März hat das Studierendenparlament den von den Verkehrsunternehmen vorgelegten Vertragsentwurf für die Fortführung des Semestertickets beschlossen. Parlamentarier/innen (fast) aller Fraktionen wählten sich nun als „Retter“ des Semestertickets und sprechen von einem Erfolg für die Studierenden. Doch was bedeutet die Vereinbarung ganz konkret?

Das Neue am Semesterticket

Auf den ersten Blick scheint nicht besonders viel neu zu sein. Zum Glück, möchte man meinen, hatten die Verkehrsunternehmen doch vehement darauf gedrängt, den Geltungsbereich einzuschränken, sodass die umliegenden Hochschulstandorte nicht mehr erreichbar gewesen wären (Reduzierung auf den Bereich der VGM*). Die Stadtwerke zauberten sogar eine Semesterticketvariante aus dem Hut, bei der sich der Geltungsbereich auf Münster plus Steinfurt beschränken sollte. Also zuerst die erfreulichen Nachrichten:

- Der Geltungsbereich bleibt gleich.

- Die Benutzung der Nachtbusse ist im gesamten VGM-Bereich inbegriffen, die bisherige Zahlungspflicht für den sogenannten Nachtbuszuschlag entfällt. In den Kreisen Soest und Unna muss der Nachtbuszuschlag aber weiterhin bezahlt werden!

- An Werktagen nach 19 Uhr sowie am Wochenende und an Feiertagen ganztägig darf in den Bussen der Stadtwerke, also nur im Stadtgebiet Münster, eine Person oder ein Fahrrad (wenn der Fahrer meint, dass ausreichend Platz im Bus ist) kostenfrei mitgenommen werden.

Das Fortbestehen des Semestertickets wird allerdings teuer erkauft. Der Vertrag hat erstmalig eine Laufzeit von vier Jahren und in dieser Zeit sollen ständige Erhöhungen den Semesterticketpreis von 54 Euro im vergangenen Wintersemester auf knapp 80 Euro stei-

*VGM = Verkehrsgemeinschaft Münsterland, siehe www.muensterland-tarif.de

**Ausgleichszahlungen des Landes NRW gemäß § 45a PBefG

***ÖPNV = Öffentlicher Personennahverkehr; der Entwurf für das neue ÖPNV-Gesetz ist auf der Homepage des Landtags zu finden

AStA-Information: www.asta.ms => Service => Semesterticket

Allgemeine Infos und Semesterticketvergleich: www.wikipedia.de => Suche: Semesterticket

Stadtwerke Münster: www.stadtwerke-muenster.de => Fahrgäste => Tickets => SemesterTicket

Fortsetzung auf Seite 12

gen lassen. Die Preisstufen im Detail:

- SoSe 2007: 63 Euro
- WiSe 07/08: 65,20 Euro
- SoSe 2008: 67,40 Euro
- WiSe 08/09: 69,60 Euro
- SoSe 2009: 71,75 Euro
- WiSe 09/10: 73,95 Euro
- SoSe 2010: 76,15 Euro
- WiSe 10/11: 78,35 Euro

Nach Ende der regulären Vertragslaufzeit folgen weitere „Preis Anpassungen“ anhand der Preissteigerungen bei anderen Tickets der Verkehrsunternehmen, statt wie bisher als arithmetisches Mittel aus Ticketverteuerung und allgemeiner Preissteigerung, was das Semesterticket vergleichsweise günstig hielt.

Der Teufel im Detail

Der Vertrag bindet Studierendenschaft und Verkehrsunternehmen für die nächsten vier Jahre. Kündigen dürfen sie nur außerordentlich, die Sonderkündigungsrechte sind eindeutig definiert. So dürfen die Verkehrsunternehmen aus dem Vertrag aussteigen, wenn ihre Zuschüsse für den sogenannten Ausbildungsverkehr** um mehr als 20 % gekürzt oder gänzlich gestrichen werden, was in drei Jahren zu erwarten ist, wie es das neue ÖPNV-Gesetz*** der Landesregierung vorsieht. Die Studierendenschaft muss den Vertrag kündigen, falls eine Klage gegen das Semesterticket erfolgreich sein sollte oder wenn der Vertrag in einer Urabstimmung abgelehnt wird.

Während wegfallende Zuschüsse auf Seiten der Verkehrsunternehmen zu einem Kündigungsrecht führen, findet die Einkommensentwicklung der Studierenden keine Berücksichtigung. Mehrwertsteuererhöhung, Studiengebühren und BAFöG-Reduzierung belasten das studentische Budget, doch deshalb dürfen die Studierenden noch längst nicht auf das Semesterticket verzichten.

Gesichertes Leistungsangebot?

Kurz gesagt: Nein, denn dieser Vertrag verpflichtet die Verkehrsunternehmen nicht dazu, ein stabiles Leistungsangebot aufrecht zu erhalten. Liniestreichungen oder Taktreduzierungen, wie zuletzt die Abschaffung des regulären Busverkehrs in den Abendstunden, führen nicht zu einer Veränderung des Vertrags, also auch nicht zu Preissen-

SemesterTicket Münsterland Geltungsbereich Bus



Geltungsbereich Semesterticket Münster



kungen. Zu Kapazitätserweiterungen für das Semesterticket sind die Verkehrsunternehmen nur dann verpflichtet, wenn zuvor weitere Preissteigerungen vereinbart wurden. Obwohl das Semesterticket immer teurer wird, droht die bezahlte Leistung in den kommenden vier Jahren immer weniger zu werden.

Fazit

Dieser Semesterticketvertrag bedeutet für die Studierenden keine substantielle Verbesserung. Ganz im Gegenteil, hat doch das Gutachten zum Semesterticket, das im Sommer 2006 mit Beteiligung von etwa 15.000 Studierenden entstanden ist, gezeigt, dass die maximale kollektive Zahlungsbereitschaft gemessen am individuellen Nutzen bei etwa 65 Euro pro Semester liegt. Dieser Betrag wird bereits im WiSe 07/08

überschritten werden. Im Rahmen des Gutachtens wurde auch abgefragt, was den Studierenden Benefits wie bspw. die Fahrradmitnahme wert seien. Die Bedeutung solcher Zusatzleistungen ist verhältnismäßig unbedeutend, die Zahlungsbereitschaft dafür kaum messbar.

Gemeinsame Entscheidung

Hin und wieder dürfen die Studierenden selbst entscheiden, ob sie das Semesterticket zu den angebotenen Konditionen wollen oder nicht, nämlich im Rahmen einer Urabstimmung. Die nächste Urabstimmung wird voraussichtlich vom 11. bis zum 15. Juni stattfinden. In vielen Instituten und in den Mensen werden dann wieder Urnen stehen, an denen alle Studierenden ihre Stimme abgeben können. Mach mit!

Jochen Hesping
ehemaliger AStA-Referent für Ökologie und
Mobilität

Prof. Opfer: Von Medienhatz und „freien“ Sündenböcken

Offener Brief der Ausländischen Studierendenvertretung an die Professoren der Uni Münster

Sehr geehrte Damen und Herren,

Teile der Professorenschaft (und leider auch der Studierendenschaft) sind offenbar nicht vollständig im Bilde darüber, welche negativen und irreversiblen Auswirkungen die Erhebung von Studiengebühren auf Universität und Wissenschaft haben wird. Wer das Thema allein auf seine rein finanziellen Implikationen reduziert (Erschließung zusätzlicher Einnahmequellen etc.), hat nicht verstanden, dass es in Wahrheit um etwas Anderes geht. Wir, die Ausländische Studierendenvertretung der Universität Münster (ASV), halten es daher für dringend geboten, einige Argumente und Thesen in die Diskussion einzubringen, die u.E.n. noch nicht angemessen berücksichtigt worden sind. Bewusst wollen wir dabei auf jene Aspekte eingehen, welche die Professoren unmittelbar tangieren.

Mit großem Befremden fragen wir uns, welches Interesse die Professorenschaft daran haben kann, mit der Befürwortung von Studiengebühren einen neoliberalen Reformkurs zu unterstützen, der sich in seiner Stoßrichtung auch und gerade gegen sie selber richtet. Nach den Plänen der Landesregierung, die bei der inhaltlichen Ausgestaltung des „Hochschulfreiheitsgesetzes“ brav den hochschulpolitischen Forderungskatalog des Bertelsmann-Konzerns abgearbeitet hat, werden die Professores bald nämlich nicht mehr viel zu entscheiden haben. In Kürze schon werden die „alten“ Gremien, in denen sie bislang noch über komfortable Mehrheiten verfügen, entmachtet oder ganz abgeschafft werden. In allen zentralen Belangen wird die Entscheidungshoheit dann auf den künftigen Hochschulrat übergehen. Im Hochschulrat der TU München zum Beispiel dominierte bei seiner Inthronisierung im Jahr 1999 die Vorstandsprominenz der Großkonzerne - von Allianz über BMW bis Siemens. Welche Interessen diese Herrschaften vertreten, ist nahezu selbstvident:

„Vorbild für die Hochschule könnte die Aktiengesellschaft sein. Eine schlagfähige Uni-Leitung als Vorstand mit einem Hochschulrat als Aufsichtsrat zur Seite, in dem kluge Köpfe aus Wirt-

schaft und Gesellschaft dafür sorgen, daß die Uni-AG nicht nur Nabelschau betreibt. An der TU München funktioniert ein solches Modellprojekt schon. Dank ihrer Machtfülle konnte die Universitätsleitung mit Unterstützung des Hochschulrates gleich sechs Lehrstühle der Fakultäten Chemie, Physik, Geographie und Maschinenbau streichen - zugunsten sechs neuer Professuren in den Wirtschaftswissenschaften.“ (Capital 22/2000: 124)

Vorbote des unmittelbar bevorstehenden Radikalumbaus ist die jüngst eröffnete massenpublizistische Schlamm-schlacht gegen den Professorenstand in Deutschland. So haben diverse zum Bertelsmann-Konzern gehörende Printmedien in letzter Zeit verstärkt Artikel lanciert, die das Klischee vom „Professor als Parasit“ bemühen (vgl. exemplarisch ZEIT-Campus 01/2007: 20). Gezeichnet wird das Bild einer raffgierigen, selbstherrlichen und inkompetenten Professorenschaft, die auf Kosten des hart arbeitenden Steuerzahlers herumschmarotzt. Anti-professorale Rhetorik hat es in früheren Zeiten zwar auch schon gegeben; neu hingegen ist die Penetranz und die Dreistigkeit, mit der gegen die „Trägheit“ der Professores polemisiert wird. Vorläufiger Höhepunkt dieser Kampagne ist das jüngst erschienene pseudowissenschaftliche Pamphlet „Professor Untat. Was faul ist hinter den Hochschulkulissen“ von Kamenz/Wehrle (2007). Darin schwadroniert das Autorenpaar (ein BWL-Professor und ein „Gehaltscoach“) in klassischer BILD-Zeitungs-Diktion: „Von den 38.000 Professoren in Deutschland forschen und lehren höchstens 50 Prozent mit Volldampf. Mindestens fünf Prozent fahren als Schmarotzer auf dem Trittbrett. Der Rest ist untätig. Die Faulen müssen weg, die Tätigen gestärkt und die Untätigen zu Tätigen gemacht werden.“ Mehrfach verweisen die Autoren auf die Internet-Seite www.MeinProf.de, auf der Lehrende, die angeblich nicht genug Leistungsbereitschaft zeigen, unter Nennung ihres Namens an den Pranger gestellt werden.

Dass gerade jetzt zur Professorenhatz geblasen wird, ist kein Zufall, sondern hat Methode und dient einem doppelten Zweck. Zum einen soll damit ein öffentlichkeitswirksamer Begründungszusammenhang für die bevorstehende Direktübernahme der Hochschulen durch die Wirtschaft (Hochschulräte) konstruiert werden; zum anderen soll auf suggestive Weise ein Bezug zur aktuellen Gebührendebatte hergestellt werden. Die simple Botschaft lautet: Die Lehre ist miserabel, weil die Professores sich nicht anstrengen und lieber außeruniversitären Nebenbeschäftigungen nachgehen; erst mit der Zahlung von Studienbeiträgen erhalten die Studierenden das Recht, eine gute Lehre einzufordern, und können dadurch „Konsumentenmacht“ ausüben. Wer als Mitglied des wissenschaftlichen Personals glaubt, man könne die Studierenden zur Kasse bitten und ansonsten weitermachen wie bisher, irrt sich; denn bekanntlich wollen Kunden für ihr Geld eine Gegenleistung. Mit der Einführung von Studiengebühren wird sich der Leistungs- und Erwartungsdruck auf das Lehrpersonal empfindlich erhöhen; und zwar um so mehr, je weiter an der Gebührenschaube gedreht wird. Dass es bei der derzeitigen Obergrenze von 500 EUR pro Semester nicht lange bleiben wird, ist bereits ausgemachte Sache, denn nach herrschender Reformlogik stellen gesetzliche Beschränkungen (ergo auch Gebührenobergrenzen) „bürokratische Leistungsbremsen“ dar, die den interuniversitären Wettbewerb behindern. Fazit: Studiengebühren sind auch und gerade ein Instrument zur Disziplinierung der Professores.

Bemerkenswert ist, dass der Gesetzgeber die „Freiwilligkeit“ von Studiengebühren vorgesehen hat anstatt deren Einführung direkt und obligatorisch im Gesetz zu verankern oder eine diesbezügliche Entscheidung den künftigen Hochschulräten zu überlassen. Warum dieser Umweg über die „alten“ Hochschulgremien? Ganz einfach: Kurz vor ihrer endgültigen Entrechtung soll die Professorenschaft in den „alten“ Gremien schnell noch einen letzten, unbequemen Job fürs Kapital erledigen. Die studentische Missgunst wird ihnen gewiss

sein (und genau das ist intendiert); mit Häme und Genugtuung werden die Studierenden sich die Hände reiben, wenn die Professores demnächst ihre Macht an den Hochschulrat abgeben müssen, und zudem versuchen, ihre neue „Konsumentenmacht“ geltend zu machen. Studierende und Lehrende auf diese Weise gegeneinander auszuspielen, entspricht ganz und gar dem Stil des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE), welches bekanntlich zur Bertelsmann-Stiftung gehört und auf dessen Betreiben das Hochschulfreiheitsgesetz maßgeblich zustande gekommen ist. Die vom CHE verfolgte Strategie der „wechselnden Allianzen“ besteht zum Beispiel darin, einerseits mit den Professores gegen die „nicht studierfähigen“ Studierenden zu paktieren (um Aufnahmetests für StudienbewerberInnen einzuführen) und andererseits mit den Studierenden gegen die „Allmacht“ der Professores zu pesten (um Lehrevaluationen durchzusetzen).

Wer sich auf den Standpunkt zurückzieht, der Universitätshaushalt müsse nun einmal irgendwie konsolidiert werden, und sich voreilig in den grellsten Farben ausmalt, welche tollen Sachen man mit den Gebühreneinnahmen anschaffen könnte, vergisst offenbar, dass der Geldsegen ohnehin nicht von langer Dauer sein wird: Wer ist denn so naiv zu glauben, dass die vermeintlichen Mehreinnahmen nicht sofort wieder vom Landesministerium einkassiert werden - durch Kürzungen an anderer Stelle. Dass bald schon neue Streichorgien folgen werden, ist gewiss, denn das absichtsvolle Knapphalten der Mittel ist ja ein essenzielles Element der aktuellen Reformpolitik. Das Credo lautet: Je knapper die Mittel, desto intelligenter müssen sie eingesetzt werden. Bertelsmann-Patriarch Reinhard Mohn jedenfalls, auf dessen Betreiben die aktuelle Hochschulreform u.a. zurückgeht (und der jede Unternehmenseinheit seines Medienimperiums, die nicht mindestens 10% Rendite abwirft, sofort schließen lässt), frohlockte in der Deutschen Universitätszeitung (15-16/1993): „In England hat die Hochschulreform Thatchers dazu geführt, dass am Ende ihrer Amtszeit der staatliche Anteil am Hochschuletat von vorher 90 Prozent auf unter 50 Prozent gesunken ist. (...), das finde ich außerordentlich positiv.“

Mit einer Gebühreneinführung verbindet sich übrigens noch ein weiteres Problem, welches Ihnen - als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern - vermutlich nicht gleichgültig sein dürfte: Es geht um nichts Geringeres als um die Zukunft der Wissenschaften selbst!

Denn nach Auffassung der Reformpromotoren geht es vorrangig gar nicht um die Erschließung neuer Finanzierungsquellen, sondern darum, die Geldströme an den „Ort der besten Verwendung“ zu bringen, wie CHE-Chef Müller-Böling erläutert (man ahnt bereits, welche „Orte“ das sein werden). M.a.W.: Es geht um einen neuen Modus der Ressourcenallokation. Angestrebt wird die irreversible Implementierung eines Angebot-Nachfrage-Mechanismus - und das wird schwerwiegende Konsequenzen für die Vielfalt der Wissenschaftslandschaft haben.

Denn angesichts steigender (Akademiker-)Arbeitslosigkeit und mit sorgenvollem Blick auf die eigenen Gebührenschulden würden die Studierenden in Zukunft mehr denn je zu den „rendite-“ und karriereträchtigen Studienfächern drängen und vermeintlich „brotlose Künste“ meiden. Die Hochschulen ihrerseits, ausgezehrt von den zyklisch wiederkehrenden Sparorgien und daher zunehmend auf die Gebühreneinnahmen angewiesen, würden im Zweifelsfalle nur noch jene Fächer anbieten, die vom Markt nachgefragt werden, und wirtschaftlich unrentable Fachbereiche schließen. In letzter Konsequenz entstünde dadurch eine wissenschaftliche Monokultur. Die multidisziplinäre Vielfalt, die die Universitäten heute noch auszeichnet, könnte bald der Vergangenheit angehören. Wie tief die Gräben zwischen den Disziplinen auch sein mögen - diese unheilvolle Entwicklung kann kein Wissenschaftler, keine Wissenschaftlerin ernsthaft wollen.

Den Einwand, dass die meisten anderen Hochschulen in NRW bereits Studiengebühren beschlossen hätten und dass die WWU nicht ins Hintertreffen geraten dürfe, lassen wir solange nicht gelten, bis der empirische Nachweis erbracht worden ist, dass sich die Verhältnisse dort aufgrund der Gebühreneinführung spürbar gebessert haben - und zwar für alle Statusgruppen. Wir schlagen deshalb ein ein- bis zweijähriges Moratorium vor, das dazu genutzt werden soll, die Entwicklung an jenen Hochschulen in NRW empirisch zu beobachten, die bereits Gebühren eingeführt haben. In einem interdisziplinär angelegten Projekt könnte etwa eruiert werden, welche konkreten sozialen, sozialpsychologischen, wissenschaftsspezifischen und organisationalen Effekte die Gebühreneinführung dort hat. Auf wirtschaftswissenschaftlich angeleitete Untersuchungen sollte dabei weitestgehend verzichtet werden; zumindest dürfen sie die Forschungsperspektive nicht dominieren, da sie zu den o.g. Punkten

- naturgemäß - kaum nutzbringende Erkenntnisse beizutragen vermögen.

Wie konflikthaft das Verhältnis zwischen Professoren und Studierenden ob der unterschiedlichen Interessenlagen auch sein mag: wo es um eine solch folgenschwere Entscheidung geht, sollten sich die Gruppen nicht auseinanderdividieren lassen (schon gar nicht vom Ministerium oder irgendeinem Großkonzern), sondern gemeinsam nach Auswegen aus der Misere suchen.

Die WWU sollte hier einen eigenen Weg gehen - ohne Studiengebühren.

Mit akademischen Grüßen

Jewgenij Arefiev, Vorsitzender der Ausländischen Studierendenvertretung (ASV)

www.asv.ms

Xyrgöh Jax húa

Sie können diesen Text nicht lesen? Da geht es Ihnen wie vielen Kindern auf der Welt: sie können nicht lesen und schreiben, weil sie arbeiten müssen oder die Schule zu weit weg ist. Sie können nicht unterschreiben, keine Preise vergleichen oder Fahrpläne lesen. Gemeinsam mit einheimischen Selbsthilfegruppen setzt sich terre des hommes dafür ein, dass Kinder lernen können. Bitte unterstützen Sie diese Projekte. Informationen senden wir Ihnen gerne kostenlos zu. Schicken oder faxen Sie uns diese Anzeige mit Ihrer Anschrift.

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not
Ruppenkampstraße 11a
49 084 Osnabrück

Telefon 05 41/71 01-0
Telefax 05 41/70 72 33
eMail info@tdh.de
Internet www.tdh.de

Spendenkonto
700 800 700
Volksbank Osnabrück eG
BLZ 265 900 25



terre des
hommes

Kreuzen Sie einen Block an, wenn Sie das entsprechende Wort in einer Besprechung, einem Seminar oder einer Telefonkonferenz hören. Wenn Sie horizontal, vertikal oder diagonal 3 aufeinander folgende Blöcke haben, stehen Sie auf und rufen laut „BULLSHIT!“

BULLSHIT-BINGO à la Hochschulreform 2006

Hochschulfreiheitsgesetz	Föderalismusreform	Hochschulautonomie	Gender mainstreaming	Hochschulreform (Führerdemokratie)
Governance watch Controlling	Profilierung	Akkreditierung & Evaluierung	Netzwerk networking	Modularisierung
Coaching & Mentoring	Ranking & Rating	Elite & Exzellenz ¹⁷	CHE*)	Umstrukturierung
Paradigmenwechsel	Portfolio-management	Effizienz & Synergie	Hochschulmarketing Hochschulwettbewerb	Drittmittelfähigkeit & Public Private Partnership
Teaching points & Credit points	Lehr- und Forschungserfolg	Auslastung & Absolventenquote	Corporate identity (Schuluniformen)	Innovation & Private Stiftungen
Führer/in Führung	Erfolgsfaktoren ¹⁸	HIS**)	Bottom-up ...	Nach 2 Glas Korweir: Top-down!

**) Hochschulinformationssystem; die Autorinnen: Dann doch besser gegendert: HER ("Humboldt Education Revival")!

aus: Stellungnahme von Prof. Dr. Susanne Elbel und Prof. Dr. Christina Oligschleger zum Hochschulfreiheitsgesetz vom 02.06.06

Internet: <http://www.anti-bertelsmann.de/2006/Replik-HFG.pdf>

Anzeige

Für Menschen in Not ist uns kein Weg zu weit.



Sudan, © Suen Torfinn

Bitte schicken Sie mir unverbindlich

- ☐ allgemeine Informationen über ÄRZTE OHNE GRENZEN
- ☐ Informationen für einen Projekteinsatz
- ☐ Informationen zur Fördermitgliedschaft
- ☐ die Broschüre „Ein Vermächtnis für das Leben“

Name

Anschrift



MEDECINS SANS FRONTIERES
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.

E-Mail

ÄRZTE OHNE GRENZEN hilft dort, wo die Menschen keinen Zugang zu medizinischer Versorgung haben – ungeachtet ihrer Hautfarbe, Religion oder politischen Überzeugung. In Krisen- und Katastrophengebieten in derzeit rund 70 Ländern.

ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.
Am Köllnischen Park 1 • 10179 Berlin
www.aerzte-ohne-grenzen.de
Spendenkonto 97 0 97 • Sparkasse Bonn • BLZ 380 500 00

Die Bildung hat Magersucht!

Eine phantastische Polemik!

Um gleich einen niederschmetternd-unsachlichen Einstieg zu garantieren, werde ich folgende Metapher bemühen: Stellen Sie sich bitte vor, die Bildung wäre eine schöne junge Frau, eine Venus von Milo, begehrenswert und fruchtbar. Wenn Sie dieses prachtvolle Wesen nun hinreichend vor Ihrem geistigen Auge sehen, dann erblicken Sie nicht nur ein umworbenes Gut, sondern eine selbständig entscheidende Frau, die ihre Gunst der Wahrheit und Schönheit schenkt. Spinnen Sie die Phantasie weiter und testen Sie an diesem Bild das Hochschulfreiheitsgesetz und die Studiengebühren trotz der „Verschlangung“ des Hochschulapparats. Alles, was von der Bildung bleibt, ist eine magersüchtige Bettlerin, eine Kurtisane des Geldes!

Oha! Denn nur wo Polemik draufsteht ist auch Polemik drin!

Nachdem wir also diese Front eröffnet haben, gönnen wir uns doch mal einen Rundblick!

Was passiert an der Uni? Wie sieht es denn aus mit dem Ranking & Rating, wie geht die Umstrukturierung voran und was macht die Elite? Welche Elite denn überhaupt? Das ist sicherlich eine spannende Frage, aber im Prinzip auch nur für die, die sich überhaupt noch wundern; für die Anderen reicht unsere wunderbare Schlagwortkanone. Fragen Sie sich doch einfach mal selbst: Sind Sie effizient? Sind Sie drittmittelfähig? Wie sehen Sie im Hochschulwettbewerb aus und kann man im Rahmen eines Public Private Partnership Profit aus Ihnen schlagen?

Alle Fragen mit „Nein“ beantwortet? Damit sind Sie leider aus dem Eliteraster gefallen!

Schade, aber keine Sorge, Sie befinden sich in guter Gesellschaft. Schauen Sie sich um in unserer bildungspolitischen

No Go Area. Da vorne sitzt die Ethnologie, ja und hier die Islamwissenschaft, denn die brauchen wir alle nicht mehr, sagt die Gesellschaft. Ach, nein, natürlich die Wirtschaft sagt das und die mag keine Orchideenfächer, weil die nichts „nutzen“. Die bringen nichts ein, sondern sind um Himmels Willen auch noch kritisch, und die Kritiker finden wir in einem noch tieferen Höllenkreis, weit entfernt von der göttlichen Excellenz der gesellschaftlichen Win-Win Situation. Denn warum, fragt sich der Pragmatiker, sollten Menschen dazu ausgebildet werden, einer Gesellschaft den Spiegel vorzuhalten und Kritik zu üben. Noch dazu, wenn man eine so herausragende Zeitung hat, die genauso heißt und wo doch schon alles Kritisierenswerte drin steht. Welche Uni kann sich denn bitte ein „kritisch“ im Portfolio leisten, wenn sie sich bei Mäzenen um Gelder bewirbt? Schließlich ist Bildung eine Dienstleistung! Wenn man da Kurtisane des Geldes schreibt, ist man natürlich polemisch, also schreibt man Dienstleistung. „Dienstleistung“ wie in Dienstleistungsgesellschaft.

Natürlich bleibt da wenig Platz für einen Moment der Selbständigkeit, also des Sich-Bildens der Persönlichkeit, das laut W. v. Humboldt dem Wort Bildung anhaftet. Womit man streng genommen behaupten könnte, selbstverständlich nur, wenn man polemisch formulieren würde, dass Universitäten, die nach W. v. Humboldt benannt wurden, wie jene große in Berlin, ihren universalgelehrten Namensgeber konterkarierten, würden sie die Bildung als Dienstleistung der Gesellschaft an die Wirtschaft begreifen, oder wie? Ist die Bildung eine Dienstleistung der Wirtschaft an die Gesellschaft? Können wir dann damit rechnen, dass man in Berlin bald an die Adidas-Hochschule und in Münster zum Nike-Lehrstuhl geht?

Sollte die Soziologie dafür sorgen, dass sie drittmittelfähig wird und Studien anlegen, die den Zusammenhang zwischen Sportschuhtragen und Gesellschaftsschicht positiv belegen? Wenn die beiden Professoren dafür noch Zeit finden, neben der Lehre, während tausende Studenten durchgeschleust

Abnehmen mit Antje Dubourg



werden, ganz wie es die Auslastung und Absolventenquote gebietet. Studenten, die nicht anders können, als die Soziologie von nun an als Kreuzworträtsel zu erleben: Wer schrieb die Dialektik der Aufklärung? Adorno.

Was hat man als Merkmal einer „entfesselten Hochschule“ zu sehen, wie sie sich das CHE so sehr wünscht? Germanistik als Multiple Choice? Schon mal einen besseren Witz gehört?

Schon jemand darüber nachgedacht, ob Effizienz ein Maßstab ist, der als oberste Maxime immer angesetzt werden kann?

Und wenn ich abermals polemisch frage: Wenn ich die Maxime der Effizienz an ihr Handeln anlege, Herr Bildungsminister Bertelsmann, welchen Nutzen zieht denn ein Medienbetrieb wie ihre „Stiftung“ aus einer solchen Hochschulpolitik?

Das eigentlich Fatale ist nur, das die Bertelsmann Stiftung mir keine Rechenschaft schuldig ist, da es sich ja um eine

private Stiftung handelt, die somit auch nicht vom Volk legitimiert wurde, womit die Frage unbeantwortet bleiben wird.

Wie auch diese: Warum eine Gesellschaft, die übrigens auf den europäischen Ranking „Bildungsausgaben prozentual zum Bruttosozialprodukt“ ganz hinten liegt, es zulässt, dass an einer der Säulen einer demokratischen Gemeinschaft gesägt wird, und zwar so sehr, dass bei all der ökonomischen Expertise der mündige Bürger auf der Strecke bleibt.

Denn man kann zwar über die Idealisierung des Bildungsbürgertums verschiedener Meinung sein, über ein Horrorszenario dürfte man aber auf einen Nenner kommen: Die Ankunft des

Dienstleistungsbürgers, der nicht mehr aufgeklärt ist, sondern abgeklärt!

Eine Welt aus Max Brüggemannern, die wissen, wem sie etwas schulden!

Was würde ein Max Brüggemann wohl zur Venus von Milo sagen? Würde er

sich fragen, wie viel sie kostet? Ob sie den Marmor wert war? Ob sie gut im Badezimmer aussieht? Max Brüggemann rückte sich ins Rampenlicht und wurde ein Dienstleistungsbürger der ersten Stunde, ein Effizienter.

Was würde er dazu sagen, dass die Venus von Milo gar nicht existent wäre ohne all die liebevollen Orchideenfächer, die sie umschwirren? Was würde uns die Venus von Milo

bedeuten, hätte kein Archäologe sie entdeckt, kein Althistoriker sie eingeordnet, sie kein Kunsthistoriker bewertet, ganz zu schweigen von den ganzen Altphilologen, die ihre ganze Epoche für uns sprechend machten und machen. Um ausnahmsweise ökonomisch zu sprechen: Sind wir bereit, den Preis zu zahlen, den unsere Kurzsichtigkeit kosten wird? Oder sind wir jetzt schon zu blind, um die Zeichen zu lesen?

Vielleicht ist manchmal die polemische Überspitzung eine gute Brille, schließlich ist auch ein Artikel nur eine Form der Dienstleistung. Wohl bekomms!

Rebecca Störte

Karawahnsinn

Die Beherrschung verlieren - Widerstand organisieren!

Unter dem Motto „Die Beherrschung verlieren - Widerstand organisieren!“ führte die Münsteraner Anti-G8-Initiative (www.mag8i.de.ms) vom 10. bis zum 13. Mai 2007 ein rebellisches Wochenende gegen die kapitalistische Globalisierung durch - unterstützt von vielen netten Münsteraner Aktivist/inn/en.

Der „Karawahnsinn“ ist nach Angaben der Veranstalter/innen schon lange als „eine politisch-kulturelle Aktion, eine Gegenbewegung zum G8-Gipfel in Heiligendamm vor, während und nach dem G8“ geplant gewesen. Es stellt „ein europaweites Netzwerk von Festivals, Events oder Treffen, Veranstaltungen und Karawanen (dar), um:

* Grenzen zu überwinden zwischen den Ländern und zwischen den Menschen,

Fortsetzung auf Seite 18



Zur Strecke gebracht und gut verpackt: Das Monster namens G8 (Performance-Künstler Jorge Hidalgo aus Münster) stellte ohne Plastikhülle eine erhebliche Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dar.

- * bestehende Netzwerke zu stärken und neue Kontakte zu knüpfen,
- * Räume zu schaffen, die dem Gespräch und dem Austausch dienen,
- * Denkprozesse anzustoßen,
- * den öffentlichen Raum zurückzuerobern,
- * zu kollektiver Bewegung zu motivieren.“ (www.vision07.net)

Konkret war der Plan, in Münster beim Wohnprojekt „Das Niederding e.V.“ an der Niederdingstraße (www.muenster.org/niederding) ein Aktionscamp aufzubauen, wo Campen, Volxküche („Vokü“), Info-Veranstaltungen, Workshops sowie die Planung von Innenstadtaktionen und Performances etc. angesagt waren. Eigentlich sollte es am Donnerstag, den 10. Mai, mit der Ankunft einer Fahrradkarawane von Widerständigen losgehen, die von Gent/Belgien unterwegs nach Heiligendamm zum G8-Treffen ist. Doch die vorübergehende Verhaftung von rund einhundert Fahrrad-Aktivist/inn/en in Utrecht/Niederlande - angeblich wegen des rechtswidrigen Verlassens des Radweges! - und eine spontane Aktion in Gronau anlässlich eines Urantransportes aus der dortigen Urananreicherungsanlage nach Russland, verhinderte das planmäßige Eintreffen der Karawane. Sie ist nur eine von sieben, die auf dem Weg nach Heiligendamm sind (Infos: www.g8-bikerides.net).

Dennoch wurde der Donnerstagsabend sehr nett, denn es wurde im Interkulturellen Zentrum „Don Quijote“ in der Scharnhorststraße 57 (www.donquijote.de.ms) der Film „Oaxaca - Zwischen Rebellion und Utopie“ gezeigt und anschließend mit der Filmemacherin diskutiert.

Der Film dokumentiert den Aufstand einer Basisbewegung gegen den durch Wahlbetrug an die Macht gekommenen Gouverneur von Oaxaca, Ulises Ruiz Ortiz. Während des Sommers 2006 wurde die mehrere Hunderttausend Einwohner/innen zählende süd mexikanische Stadt von ihren Bewohner/inn/en selbst regiert. Die Regierung verließ aus Angst die verbarrikadierte Stadt, die lokalen Polizeiorgane zogen sich zurück und schauten der Selbstorganisation der Bevölkerung nicht ohne Sympathie zu. Erst der brutale Einsatz der Bundespolizei, der mindestens 30 Todesopfer und zahlreiche Verletzte sowie die Inhaftierung und Verschleppung von weit über einhundert politischen Gefan-



Fahrradkarawane auf dem Weg von Gent nach Heiligendamm: Am Interkulturellen Zentrum Don Quijote in der Scharnhorststraße nahmen sich kompetente Fachkräfte der schlaglochgeschädigten Gefährte an.

genen forderte, führte zur Räumung der Stadt. Doch inzwischen ist die APPO („Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca“) wieder gut organisiert und bringt zu den beinahe monatlichen „Megamarchas“ immer noch Zehn- bis Hunderttausende auf die Straße.

Aufgrund des Regenwetters blieben die Karawahnsinnigen am Freitag im Don Quijote; ein eigens für den Karawahnsinn herbeigeschafftes Zirkuszelt musste leider in seiner Kiste bleiben, und die Planungen für Samstag und Sonntag gingen auch ohne Camp weiter.

Am späten Nachmittag traf dann die Fahrradkarawane ein, und man tauschte sich aus, was in Münster so alles falsch läuft, z.B. Häuserräumungen und Abrisse, Militarismus, unsoziale Kommunalpolitik, Lügen über leere Haushaltskassen bei gleichzeitigen Protzbauten etc. Daraufhin wurden gemeinsam Pläne für den Samstag geschmiedet...

Am Abend wurde dann erstmal gefeiert. Im Triptychon am Hawerkamp hieß es ab 20 Uhr: „G8 - Gute N8!“ „Move against G8!“ Im Rhythmus verschiedener Rapper, wie Aslan aus Münster oder Independenzia aus Bielefeld, sowie von Bands, wie „Daddy Longleg“ oder Kuela Beech, wurden kollektiv Beine geschaukelt. Es konnte ferner vegan gespeist oder diverse Infotische sowie eine Ausstellung besucht werden.

Am Samstag gab es vormittags eine Großpuppenaktion in der Innenstadt, die die Komplizenschaft der USA und der EU kritisierte und damit den Weg in

die Lokalpresse fand. Am Nachmittag gab es eine Straßentheater-Performance gegen die Ausbeutungs- und Plünderungskriege der G8-Staaten und deren Treffen, sowie gegen die völlig überzogene Repression Anfang Mai in Norddeutschland. In Berlin, Hamburg und Bremen durchsuchten rund 1.000 Polizist/inn/en am 9. Mai 40 Objekte und Wohnungen von Linken; es wurden pauschal dreizehn G8-Kritiker/innen als „Terroristen“ beschuldigt, wobei die Bundesanwaltschaft inzwischen zugeben musste, dass ihr hierfür jeglicher Beweis bzw. nötige Indizien fehlen.

„Ihr könnt nicht ALLES treten, was Ihr nicht versteht!“ war auf einem Transparent zu lesen, auf dem die Abschaffung des Paragraphen 129a StGB („Bildung einer terroristischen Vereinigung“) gefordert wurde. Der „129a“ ist ein Relikt aus bleiernen Zeiten, als es noch die „Bewegung 2. Juni“, die „Rote Armee Fraktion“ und die „Revolutionären Zellen“ gab. Mit diesem Paragraphen lässt sich alles und jede/r kriminalisieren, der/die auf linke Treffen und Kongresse fährt oder auch nur einschlägige Literatur liest bzw. einen Wecker im Gepäck hat - alles schon vorgekommen!

Um 14 Uhr fand in der Kulturkneipe „F24“ in der Frauenstraße die Vorstellung der „Initiative Münster Solidarisch“ statt, die die lokale Vernetzung gegen die neoliberale Umstrukturierung in Münster vorantreibt.

Später fand noch der Bastelkurs „Reconstructing our Houses“ in der Grevenener Straße statt. Dort, wo es im

Januar/Februar 2000 zur Besetzung der Uppenbergschule kam, wurden nun bunte Papphäuser gebaut. 42 Tage war die „Uppe“ besetzt und dann von der Stadtverwaltung auf Geheiß des Rates („Wir sind hier nicht in Kreuzberg“) abgerissen worden mit der Begründung, dort sozialen Wohnraum zu schaffen. Bis heute, sieben Jahre später, ist dort eine leere Sandfläche - sonst nix! Der Kapitalismus kann sich halt keine funktionierenden Experimente, die ihn widerlegen, leisten...

Schräg gegenüber waren dieses Jahr die Grevener Str. 57 und 59 besetzt. Sie wurden kurz vor dem Karawahnsinn abgerissen. Die ganze Häuserzeile der Grevener Straße (inklusive der Nr. 31, einem der ältesten besetzten Häuser noch aus den 1970ern) soll noch abgerissen werden - für eine Busspur! (Infos: <http://grevener.blogspot.de>)

Die gebastelten Papphäuser wurden flugs auf den Steinhäufen, der mal zwei besetzte Häuser war, gesetzt - nach dem Motto: „Unsere Häuser könnt Ihr uns nehmen, aber unsere Träume nicht!“

Gleichzeitig gab es in der Baracke in der Scharnhorststraße ein Aktionstraining. Hier wurden Techniken eingeübt, die die Bezugsgruppenbildung und die Entscheidungsfindung in größeren Gruppen erleichtern sollen. „In Rollenspielen

werden Aktionskonzepte und Verhalten in schwierigen Situationen erprobt. Wer sich gut vorbereiten will, wer eine Bezugsgruppe sucht, wer wissen will, was ihn/sie in Heiligendamm erwartet - oder sich einfach für den nächsten Naziaufmarsch vorbereiten will, ist hier richtig“, so die Veranstalter/innen. (Infos: <http://www.block-g8.org/>)

Im Anschluß daran gab es Infos zu juristischen Konsequenzen bei Aktionen, wie z.B. Blockaden, zur besonderen Situation in Mecklenburg-Vorpommern (Polizeigesetz) sowie grundsätzlich über die zu erwartende Repression anläßlich des G8-Treffens und des Widerstands. Auch die Fahrradkarawane, die aus Aktivist/inn/en unterschiedlicher Herkunftsländer besteht, konnte über die speziellen deutschen Repressionsmaßnahmen, wie verdachtsunabhängige Personenkontrollen und Personalienfeststellung sowie Platzverweise, Vorbeugehaft, Schnellverfahren, Versammlungsrecht etc., informiert werden.

Zwischendurch gab es vegane Vokü - wie überhaupt es hier mal erwähnt werden kann, dass es schon eine Leistung ist, als lokale Struktur immer zwischen 30 und 50 Aktivist/inn/en ein ganzes Wochenende lang mit Essen und Getränken zu versorgen: Hut ab!

Der Sonntag stand ganz im Zeichen der frühen Abreise der Fahrradkara-

wane, die bis zum Abend ihren langen Weg über Telgte und Warendorf nach Osnabrück schaffen musste (und auch schafft!). Deshalb fiel die geplante antimilitaristische Stadtrundfahrt aus. Infos über die Militärstadt Münster gibt es aber bei der www.antimilitaristishegruppe.de.ms. Die Karawanistas besetzten abends in Osnabrück noch kurzerhand ein Haus: „Für ein soziales Zentrum!“

Die Fahrradkarawane schaffte es gemäß ihrem Selbstverständnis tatsächlich, einige negative Auswirkungen der G8-Politik und des Kapitalismus allgemein lokal sichtbar werden zu lassen. Und es ist megaspannend, die täglichen Berichte über ihre Reise zu verfolgen (http://dissentnetzwerk.org/wiki/Bicycle-Caravan_%22West%22).

Zum Abschluß des Karawahnsinns in Münster wurde der Blick auf Heiligendamm gerichtet. Angesichts der zu erwartenden Repression, z.B. mittels Kampfstoffen wie CN- oder CS-gas, die selbst im Kriegseinsatz nach der Genfer Landkriegskonvention verboten sind, in der deutschen demokratischen BRD von der Polizei aber angewendet werden, gab es einen Sanitäts-Workshop. Zwei Leute von einer Autonomen Sanit-Gruppe zeigten, was man tun kann, wenn es zu brutalen Übergriffen der Polizei kommt und es Verletzte gibt (Infos: <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/sanis/hilfe/online/index.htm>).

So wurde gegen Ende des Karawahnsinns als Vorbereitung auf Heiligendamm noch einmal klar, dass aufgrund der Demonstrationsverbote und des Ausbaus der Festung Heiligendamm (allein der 13 km lange Zaun hat 12 Millionen Euro verschlungen - weitere Infos: www.gipfelsoli.org) von einem „Demonstrationsrecht“ bzw. von „Grund- und Freiheitsrechten“ keine Rede sein kann. Und das für ein Treffen, das in keiner Weise legitimiert ist. Wir sehen uns im Knast!

Beitrag und Fotos:
Edo Schmidt



Die Wüste lebt: An der Grevener Straße 59 wurde bereits neu gebaut. Allerdings von den Plänen der Wohn- und Stadtbau in Details abweichend. Dem Straßenbauwahn der Stadt sollen noch mindestens fünf weitere Häuser an der Grevener Straße weichen.

Karawahnsinn gegen G8 - Terroristen in Münster?

Ein blaues Monster erschreckt Kinder vor der Lambertikirche, kleine bunte Häuser erheben sich auf dem Schutthaufen des ehemals besetzten Hauses in der Grevener Straße 59, seltsame Fahrradkonstruktionen kurven zwischen weißgewandeten Kellnern auf dem Prinzipalmarkt hindurch, Angela Merkel und George W. Bush schauen in Übergröße mit gestrengem Blick auf das Wahlvolk hinab. Es ist der Karawahnsinn!

Vom 5. bis zum 8. Juni 2007 trifft sich in Heiligendamm an der Ostsee die Gruppe der G8, das sind die Regierungen der acht mächtigsten Industriestaaten, die hier auch für den ganzen Rest der Welt wichtige Entscheidungen vorbereiten, welche dann in internationalen Organisationen wie der Welthandelsorganisation, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds umgesetzt werden sollen. Es geht um zentrale weltpolitische Themen wie Migration, AIDS, Klimawandel und Entwicklung. Viele PolitikerInnen verkaufen der Bevölkerung dieses Treffen als eine Art Wohltätigkeitsveranstaltung, bei der dem armen Teil der Welt Geschenke gemacht werden: Entwicklungshilfe, Entschuldung, Industrialisierung und so weiter. Der globalisierte Markt ist der Weg zu Wohlstand und Demokratie für alle, ist ein seit Jahrzehnten auf allen Gipfeltreffen verbreitetes Credo. Nun ja, privatisiert und kommerzialisiert wurde mittlerweile vieles: vom Grundwasser über Bildungseinrichtungen und ehemals öffentliche Infrastrukturen wie Bahn und Post bis zu Knästen und Flüchtlingslagern. Während letztere florieren, ist das Resultat in vielen anderen Privatisierungsfällen ein ökonomisches und soziales Desaster. Hier setzt die Kritik der so genannten Globalisierungsgegner oft an, aber damit hört sie noch lange nicht auf: Die Abschottung der reichen Industrienationen gegen Flüchtlinge, die ungehinderte Ausbeutung billiger Arbeitskräfte, Rohstoffe und anderer natürlicher Ressourcen in der so genannten Dritten Welt werden auf solchen Gipfeltreffen festgeschrieben und für die Weltöffentlichkeit mit einem humanitären Deckmäntelchen versehen, während in der Praxis soziale Rechte zum Papiertiger degradiert, ökologische Standards unterlaufen und die Lebensgrundlagen vieler Menschen weiter zerstört werden. Die Proteste hiergegen haben vielerorts bereits begonnen, so auch in Münster, das vom 11. bis 13. Mai Zwischenstation einer Fahrradkarawane war, die in Gent in Belgien gestartet ist, in Utrecht eine unfreiwillige Zwischenstation in Polizeigewahrsam einlegte und nun weiter bis nach Rostock fährt. Münster zeigte sich



von seiner üblichen Seite: Regen. Satte Flaneure auf dem Prinzipalmarkt, aber auch interessierte und diskussionsfreudige Menschen. Ein Straßentheater erregte Anstoß, weil der Darsteller der G8 mit des Kaisers neuen Kleidern, also weniger als wenig bekleidet ist. Da er nicht einfach seinen Ausweis aus der Tasche ziehen wollte, hielten sich die eifrigen Beamten an die übrigen DarstellerInnen (u.a. Kinder) und drohten erfolglos mit Festnahmen, bevor sie sich in ihre Statistenrolle in dem Stück letztlich doch recht passabel einfügten. Terroristen-Alarm? Wenige Tage zuvor wurden in Norddeutschland viele alternative und linke Projekte durchsucht, Computer beschlagnahmt, Server lahmgelegt und - tja, offenbar bis jetzt nichts gefunden, was den Verdacht einer „terroristischen Vereinigung“, die als Begründung erhalten musste, bestätigte. Diese Aktion ist Teil einer bislang beispiellosen Aufrüstung im Dienste der so genannten inneren Sicherheit. Schon vor einem Jahr wurde ein 2,5 Meter hoher und 12 Millionen Euro teurer Zaun weiträumig um den Tagungsort Heiligendamm herumgebaut, zigtausende Polizeibeamte werden jeden Protest peinlich genau überwachen, mit Abhöranlagen, Sonderrechten für

die Polizei und Kriegsschiffen vor Heiligendamm. Wovor haben die eigentlich so viel Angst? Eine Frage, die auch am Karawahnsinnswochenende viele beschäftigte: Der Verfassungsschutz glaubt doch wahrscheinlich selber nicht, dass hochgefährliche Anschläge in alternativen Jugendzentren vorbereitet werden? Und so kamen viele zu dem Schluss, dass die Polizeiaktion vor allem als medial effektiver Einschüchterungs- und Störversuch geplant gewesen war, die den OrganisatorInnen von Protesten, deren Infrastruktur auf diese Weise lahmgelegt wird, genauso wie jenen gelten soll, die vielleicht anlässlich des G8-Gipfels zum ersten Mal in ihrem Leben auf eine Demonstration gehen wollen. Nicht vor „Terroristen“ haben die Herrschenden offenbar Angst, sondern davor, dass viele tausend wütende und enttäuschte Menschen, die sich bislang nicht gewehrt haben, den Mut finden, sich gemeinsam der Politik der G8, der großen Koalition und der kapitalistischen Umverteilung von unten nach oben entgegenzustellen.

Beitrag und Foto: Thorsten Hallmann

Mehr lokale Infos: www.mag8i.de.ms

G8 und die marktförmige Hochschule

Jedes Jahr treffen sich die Regierungschefs der acht größten Industriestaaten: die G8. Dieses Jahr in Heiligendamm in Mecklenburg-Vorpommern. Das habt ihr mitbekommen. Die Politik der G8 dient dem eigenen Machterhalt und ist keiner demokratischen Kontrolle unterworfen. Vielmehr wird immer deutlicher, dass die Politik vor allem (markt-)wirtschaftlichen Interessen folgt. Während der Kamingespräche, die mittlerweile zu riesigen Gipfeln mutiert sind, werden strategische Ziele abgesteckt, auf die wir keinen Einfluss haben. Deshalb sprechen GlobalisierungsgegnerInnen davon, dass die G8 in keiner Weise legitimiert sind.

Was die G8 besprechen, erkennen wir nur indirekt an den Folgen. Wir sehen, dass für Rohstoffe und den Erhalt der Wirtschaftssysteme Kriege geführt werden. Die G8-Staaten sind zudem mit Abstand die größten Waffenexporteure. Gleichzeitig schotten sie ihre Grenzen gegen EinwandererInnen ab. Die G8-Staaten sind in höchstem Maße verantwortlich für den weltweiten CO-2 Ausstoß und damit dem Klimawandel, von dem wiederum zuerst die kleinen Staaten auf der Südhalbkugel betroffen sein werden. Die G8 sind nicht bereit eine Entschuldung der Länder des Südens umzusetzen, auch wenn sie zuletzt in Gleneagles 2005 vollmundige Versprechen dazu machten. Entschuldung findet nur bei Gegenleistung statt. So müssen kleine Staaten ihre Handelsbarrieren öffnen, um davon zu profitieren. Direkte Konsequenz ist der Ausverkauf ihrer Ressourcen und Industrien.

Grund genug für Proteste gegen die G8. Inwiefern auch den „normalen“ Studierenden die G8 tangieren erschließt sich daraus aber nicht. Den Weltfrieden wollen viele. Warum sollte man sich an Protesten gegen die G8 beteiligen?

Generell Agreement on Trade Services

Die Marktinteressen lassen sich nur mit Privatisierungen durchsetzen. Privatisiert wird zunehmend und dazu zählen mittlerweile nicht nur staatliche Firmen wie die Bahn oder Post, sondern auch grundlegendes wie Wasser, Patente auf Erbgut und eben Bildung. Seinen Ursprung hatte diese Politik in der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) und mit dem General Agreement on Trade Services (GATS) im Jahr 1995. Das GATS ist ein Handelsabkommen, das den Umgang mit Dienstleistungen über die Landesgrenzen hinaus regelt. Dort heißt es:

GATS Art. 1 Abs. 3: GATS umfasst alle Dienstleistungen, mit Ausnahme solcher Dienstleistungen, die im Rahmen staat-

licher Zuständigkeit erbracht werden. Dienstleistungen, die im Rahmen staatlicher Zuständigkeit erbracht werden, werden definiert als Dienstleistungen, die weder zu kommerziellen Zwecken noch im Wettbewerb mit einem oder mehreren Dienstleistungserbringern erbracht werden.

Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, wie die Forderung nach mehr Wettbewerb unter den Hochschulen im Zusammenhang mit der Globalisierung stehen. Die Hochschulen sollen marktförmig angepasst werden. Dann fallen sie auch unter das GATS. Die Einführung von Studiengebühren soll Bildung zur Ware machen. Waren können verkauft werden und aus dem Verkauf lässt sich Gewinn erzielen: Gewinn für den Kapitaleigner und nicht mehr Bildung als öffentliches Gut mit gesellschaftlichem Nutzen.

Je teurer die Ware Bildung desto wertvoller. Die Bildung an deutschen Hochschulen soll dem in nichts nachstehen und somit vor allem teurer werden. Zu teuer wird sie für diejenigen, die keine KapitaleignerInnen sind oder sich dem Verwertungsprozess verschließen: Über Elitenbildung der direkte Weg in die Zweiklassengesellschaft.

Die Form der Bildung ist eine erkaufte Bildung. Es ist nicht vorgesehen, dass die am Bildungsprozess Beteiligten auch über die Form der Bildung selbst bestimmen. Die Form und Inhalte richten sich nach wirtschaftlichen Interessen. Die Hochschulen werden zu Ausbildungsfabriken für die Wissensgesellschaft. Professorinnen und Professoren, die nicht der Elite angehören müssen angepasst und flexibel sein. Sie werden ausgeliehen an Drittländer, in denen mit ihnen Gewinn erwirtschaftet werden kann. Mitbestimmung, wie sie heute existiert wird in diesem System überflüssig und demokratische Elemente wie der Beteiligung im Hörsaal und in der Selbstverwaltung der Universitäten, werden abgeschafft.

Bildung als Exportgut

Während manche Studierende vom Eigenheim im Grünen, also der Kapitalanhäufung auf Umweltkosten, träumen, bereiten Menschen mit mehr Kapital die Eroberung des Bildungsmarktes vor. Wie dies funktionieren kann zeigt sich mit dem German Institute of Science and Technology (GIST) in Singapur. Sie wurde 2002 als Kooperation der TU München und den Hochschulen Singapurs mit freundlicher Unterstützung von BASF, Merck, Siemens, Altana, Bayer und Allianz gegründet. Der Exportschlager „Deutsche Hochschule“ ist auch in Kairo zu finden. Dort kooperieren die Universitäten Ulm und Stuttgart mit privaten Finanziers. Als „University Patrons“ stehen Liz Mohn (Bertelsmann Stiftung), Heinrich von Pierer (Siemens) und Erwin Teufel (ehem. Ministerpräsident BaWü) für gute deutsche Wertarbeit. Gefördert mit Mitteln des BMBF über vier Millionen Euro jährlich werden deutsche ProfessorInnen, Forschung und Technologien ins Ausland exportiert. Unternehmen entwickeln die Lehrpläne gemeinsam mit den Hochschulen, wirtschaftsnah und ohne die überflüssige Mitbestimmung, die in Bayern und BaWü mit der Abschaffung der verfassten Studierendenschaft seit 1970 sowieso nicht mehr existiert. Ganz im Widerspruch zur Forderung unserer Regierungen an die südlichen Länder nach einer Demokratisierung ihrer Staaten. Ziel ist es hochqualifizierte, passfähige Fachkräfte direkt vor Ort auszubilden. Auswahl der Studierenden und Erhebung von Studiengebühren sind obligatorisch. Die Gebühren betragen zwischen 2.500 Euro und 4.500 Euro pro Semester. Das entspricht dem Jahresgehalt eines ägyptischen Beamten im mittleren bis gehobenen Dienst. Diese Hochschulen gelten als Vorbild für die Umstrukturierung auch inländischer Hochschulen zur Anpassung an den Markt.

Fortsetzung auf Seite 22



Solcherlei Bestrebungen stehen im Widerspruch zu sozialistischen Utopien von Studierenden, die mit ihrem Ingenieursstudium einmal Solarzellen herstellen und die Welt retten wollen.

Die G8 streben eine auf Wettbewerb und Marktwirtschaft beruhende Weltordnung an. Diese soll die Vorherrschaft der G8-Staaten sichern und die übrigen Länder weiter unterdrückt halten. Die Anforderung an die südlichen Länder, demokratische Ordnungen zu etablieren, ist dabei nachrangig, auch wenn uns dies anders verkauft wird. Die Demokratie dient der Stabilisierung der Staaten. Wichtiger für die G8-Länder ist die Öffnung ihrer Wirtschaftsgrenzen für die größten Industrienationen.

Wettbewerb um das freiheitlichste Hochschulgesetz

Ob einzelne Unternehmen oder Landespolitiker, die sich am Umbau der Hochschulsysteme beteiligen, direkten Gewinn daraus ziehen ist nicht ersichtlich. Es ist eher so, dass dieser Umbau einer markliberalen Ideologie folgt. Zusammen mit einer Standortpolitik, die die Vorherrschaft der G8-Staaten, allen voran den USA, sichert, wird sie marktradikal. Sicher ist, dass die Hoch-

schule von heute ohne einen Bruch mit dieser Politik in 20 Jahren nicht mehr existieren wird. Minister Pinkwart spricht vom Wettbewerb der freiheitlichsten Hochschulgesetze. In diesem Wettbewerb geht derzeit das Land Hessen den nächsten Schritt. Mit der Goethe-Universität Frankfurt soll eine staatliche Hochschule in eine Stiftungsuniversität umgewandelt werden. Diese soll zum einen die Beteiligung der Wirtschaft erhöhen und zum anderen eine unternehmerische Hochschule werden. Zu diesem Zwecke soll im Gesetz verankert werden, dass der Senat der Hochschule über den Erhalt oder die Abschaffung der verfassten Studierendenschaft autonom entscheiden kann.

Damit ist ein weiterer Schritt, ein Modellprojekt zur Abschaffung der verfassten Studierendenschaft getan, nachdem die 25 Prozent-Klausel (die Studierendenschaft kriegt ihr Geld nur vollständig bei 25 Prozent Wahlbeteiligung) nicht zum gewünschten Erfolg geführt hat. In Nordrhein-Westfalen könnte eine Novelle des Hochschulfreiheitsgesetzes, dass sich mit der verfassten Studierendenschaft beschäftigt, bereits in den kommenden Semesterferien vom Innovationsministerium vorgestellt wer-

den. Schon bei der Einführung von Studiengebühren haben wir gesehen, wie die Hochschulseenate mit ihrer neuen Autonomie umgehen. Nur mit Hilfe der staatlichen Sicherheitsorgane war eine marktradikale Umwandlung überhaupt möglich. Ein ähnliches Gesetz wie in Hessen könnte trotzdem die Selbstverwaltung der Studierenden in NRW in arge Bedrängnis bringen. Und wir brauchen uns nichts vormachen: Im Sinne einer marktorientierten Hochschule ist die verfasste Studierendenschaft überflüssig und sogar störend. Einzig die Teilnahme z.B. an der Verteilung von Studiengebühren ist innerhalb der unternehmerischen Hochschule hilfreich und sichert den Hochschulmarkt vor einem Aufstand der Beteiligten. - Jeder/m sein Häppchen Mitbestimmung die er/sie braucht.

Es ist eine sehr kompakter Text über den Umbau der Hochschulen und die Politik der G8 geworden. Eine weitergehende Diskussion ist dringend notwendig, vielleicht auf einem der Gegengipfel in Heiligendamm. Wir sehen uns.

Olaf Götze

„Leute bleibt heiter, der Häuserkampf geht weiter“

Die Geschichte der InstandbesetzerInnenbewegung in Münster 1972 - 2007: Wie in vielen Universitätsstädten kam es auch in Münster ab Anfang der 1970er Jahre zu zahlreichen Hausbesetzungen. Die Aktionen richteten sich gegen die Innenstadtumstrukturierungen, gegen steigende Mietpreise und spekulativen Leerstand. Sie waren immer auch Ausdruck eines politischen Konzepts, welches sich gegen den Kapitalismus richtete. Das kollektivistisch organisierte Leben in den besetzten Häusern galt als Gegenmodell zu der als entfremdet wahrgenommenen Lebensweise im kapitalistischen System.

Ziel dieses Artikels ist es, die Geschichte des Häuserkampfes in Münster von 1972 bis heute zu skizzieren

25 Jahre Häuserkampf in Münster - eine Chronologie

Grevener Straße 31

Am 15. November 1972 wurde das bis dahin seit einem Jahr leer stehende Haus in der Grevener Straße 31 von Studierenden besetzt. Ein Hintergrund dieser Besetzung war die katastrophale Wohnsituation in Münster. 25% der Erstsemester standen Ende Oktober 1972 auf der Straße, 2000 Studierende waren ohne Bleibe und übernachteten zum Teil in Zelten. Am 18. November 1972 schloss der Allgemeine Studierenden Ausschuss (AStA) der Uni mit der Stadt Münster einen Vertrag über die weitere Nutzung der Grevener Straße 31 durch die BesetzerInnen.

Frauenstraße 24

Die erfolgreiche Besetzung der Grevener Straße 31 wirkte sich positiv auf die überwiegend studentische HausbesetzerInnenzene in Münster aus.

Wenige Wochen später wurde das abrisssbedrohte Haus in der Frauenstraße 24 besetzt. Zuvor hatte ein Makler das Gebäude „systematisch verkommen lassen“ und eine Abbruchgenehmigung erreicht, „die das Grundstück zum profitträchtigen Spekulationsobjekt machte“, so die HerausgeberInnen der „Schlimmer wohnen in Münster“ - „Broschüre gegen Umstrukturierung und Wohnungsnot“. Durch eine der längsten Hausbesetzungen in der Geschichte der Bundesrepublik konnte der Abriss verhindert werden. Die bis heute existierende selbstverwaltete Kneipe im Erdgeschoss des Wohnhauses Frauenstraße 24 wurde von den BesetzerInnen als Treffpunkt und zur Finanzierung von Aktionen und Gerichtsprozessen betrieben. Nach gescheiterten Räumungsversuchen und einem versuchten Brandanschlag auf das Gebäude wurde die „f24“ erst 1981 legalisiert. „Das Haus wurde vorm Abriss gerettet und die Kneipe blieb und ist nun seit über zwei Jahrzehnten in Trä-



gerschaft des gleichnamigen Vereins. Dies bedeutet konkret: wir arbeiten nicht-kommerziell, eventuelle Gewinne kommen der Kulturarbeit zugute. Und: alle wichtigen Entscheidungen werden nicht von einem allein, sondern im Verein gefällt und umgesetzt“, so die f24 im April 2007.

Seertürnerstraße

In Münster gründete sich die „Wohnraumrettungsinitiative“ (WRI), die sich intensiv mit dem Schwerpunktthema Wohnungsnot beschäftigte.

Die Besetzung am 26. Januar 1980 war entsprechend gut organisiert: 700 Menschen besetzten mehrere Häuser in der Seertürnerstraße.

Marienthalstraße 8

Am 13. Oktober 1980 wurde das gut erhaltene Haus Marienthalstraße 8 besetzt, welches vier Monate später, am 17. Februar 1981, durch ein großes Polizeiaufgebot geräumt wurde.

Steinfurter Straße

Im Dezember 1981 besetzten wohnungssuchende StudentInnen das ehemalige Coca-Cola Gebäude an der Steinfurter Straße. Sie forderten die Umwandlung des nicht mehr genutzten Verwaltungsgebäudes in ein Studentenwohnheim, um die katastrophale Wohnungsnot zu lindern.

In den folgenden Jahren kam es nur noch vereinzelt zu kurzen Besetzungen.

1989 gründete sich das „Bündnis gegen Wohnungsnot und Umstrukturierung“. Die Mitglieder dieses Bündnisses organisierten fortan zahlreiche Aktionen gegen Wohnungsnot.

Zur Unterstützung marokkanischer Studenten wurde ab August 1990 eine Notunterkunft in der Steinfurter Straße besetzt. „Die StudentInnenschaft hatte seit Februar 1990 einen rechten AStA

Fortsetzung auf Seite 24

und dieser versuchte gemeinsam mit der Uni-Verwaltung die Marokkaner aus der Notunterkunft zu vertreiben. Wider Willen mussten die BesetzerInnen monatelang stellvertretend die Notunterkunft besetzen“, so die autonome Häusergruppe. Die BesetzerInnen konnten schließlich die Errichtung einer Notunterkunft an der Grevenener Straße erreichen.

Von September 1990 bis Herbst 1991 erschienen mit dem Untertitel „Häuserzeitung Münster“ vier Ausgaben der „na warte!“. Sie wurde konzipiert als lokales Sprachrohr für alle, die „gegen Umstrukturierung, Spekulanten und Vermieter, für preiswerten selbstbestimmten Wohnraum und für besetzte Häuser kämpfen (wollen).“

Engelstraße

Nach intensiver Vorbereitung wurde am 19. Oktober 1990 die Engelstraße 59 von AktivistInnen der libertären Szene besetzt. Durch viele AktivistInnen konnte eine Räumung zunächst verhindert werden. Die InstandbesetzerInnen erhielten Unterstützung aus der Bevölkerung und organisierten ihren kollektiven Alltag in dem gut erhaltenen Haus ohne Strom und fließendes Wasser.

Nachdem das bundesweite BesetzerInnenzentrum in der Mainzer Straße in Ost-Berlin geräumt worden war, kam es auch in Münster zu Protestaktionen.

Unter Einsatz von Blendschockgranaten räumten am 4. Dezember 1990 zwei Hundertschaften der Polizei und ein Mobiles Einsatzkommando (MEK) der Dortmunder Polizei das Gebäude. Die vier im Haus verbliebenen BesetzerInnen, bewaffnet mit Wasserpistolen und verumt mit roten Pappnasen, wurden festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und verhört. Gegen die 50 AktivistInnen, die währenddessen in der Engelstraße gegen die Räumung und den Abriss des Gebäudes demonstrierten, ging die Polizei mit Gummiknüppeln vor.

Breul/ Tibusstraße

Die Häuser Breul 32 bis 38 und Tibusstraße 30a, b und c wurden 1880 als Unterkunft für Kanalarbeiter gebaut. Diese älteste Arbeitersiedlung innerhalb der Münsteraner Altstadt entwickelte sich ab 1989 zu einem Zentrum alternativen Lebens.

Die Wohnbau GmbH hatte die Häuser übernommen. Ihr Chef, der CDU-Politiker Tono Dreßen, wollte die Gebäude abreißen lassen um dort lukrative Eigentumswohnungen zu bauen.



Wohnbau-Verwalter Wilhelm Wobbe bezeichnete sich selbst öffentlich als „Entmieter“. Seine Aktionen wurden von den BewohnerInnen als Psychoterror empfunden. Schließlich musste er seinen Posten räumen, nachdem das Münsteraner „Stadtblatt“ 1992 berichtet hatte, dass er vor den Augen von Bewohnern auf den Dachboden des Breul 34 gepinkelt hatte, um „die Substanz zu testen“ (Wobbe).

Die 55 Bewohnerinnen und Bewohner gründeten den bis heute aktiven „Verein zur Erhaltung preiswerten Wohnraums“ (VzEpW). Schließlich konnten sie den Abriss verhindern und bis 1998 ihre Häuser sanieren.

„Zehn Jahre lang war unser Wohnprojekt abrisssbedroht, die meisten Bewohnerinnen und Bewohner hatten - wenn überhaupt - nur Pseudountermietverträge, in denen uns gedroht wurde, dass die Häuser abgerissen werden und wir innerhalb von drei Monaten wieder ausziehen müssten. Wir haben uns erfolgreich gegen die Abrisspläne gewehrt, haben Straßenfeste, Benefizkonzerte, Demos, direkte gewaltfreie Aktionen organisiert und unsere Räumungsprozesse gewonnen. Aus einer „Zwangsgemeinschaft“, die sich bilden musste, um sich gegen die Spekulanten zu wenden, aus unterschiedlichsten Leuten also, ist eine Gemeinschaft von Freundinnen und Freunden gewachsen. Früher wurden wir von der Lokalpresse

angegriffen als „Münsters Hafenstraße“: „Dieser Schandfleck muss beseitigt werden. „Nach der Sanierung hat unser „Verein zur Erhaltung preiswerten Wohnraums“ Preise für ökologisches und selbstverwaltetes Bauen bekommen. Von „Münsters Hafenstraße“ zum Vorzeigeprojekt des Landes NRW. Wir produzieren unseren eigenen Strom“, so ein Breul-Bewohner in dem 2006 im Karin Kramer Verlag erschienenen Buch „ja! Anarchismus - Gelebte Utopie im 21. Jahrhundert“.

Schulstraße

In der Silvesternacht 1999/2000 zogen zig Menschen unbemerkt in das ehemalige Uppenbergschulgebäude in der Schulstraße ein und hingen ein Transparent mit der Aufschrift „Besetzt!“ aus dem Fenster.

Ein Ziel der Besetzung war die Schaffung eines Raumes, „in dem sich Menschen fernab des Konsum- und Verwertungswahns treffen und ihre Träume und Utopien leben können“. Anfang 1999 hatte sich eine Initiative für ein „Libertär Unabhängiges Zentrum“ (LUZI) gebildet, die sich über mehrere Monate traf, Ideen sammelte und konkretisierte. Gegen Jahresende waren einige Leute auf die ehemalige und leerstehende Uppenbergschule aufmerksam geworden. „Das schöne, 128 Jahre alte Gebäude sollte nach den Plänen der Stadt und im Einverständnis aller Ratsfraktionen abgerissen werden und einem Parkhaus

oder einem modernen Luxuswohnkomplex weichen“, so eine Besetzerin in der Monatszeitung ‚Graswurzelrevolution‘.

Nach einer Woche Leben in akuter Räumungsgefahr teilte die Stadtverwaltung den InstandbesetzerInnen mit, dass sie bis zur Ratssitzung am 9. Februar geduldet seien und garantierten ihnen Straffreiheit. Am 9. Februar 2000 beschloss der Rat der Stadt Münster einen „zügigen Rückbau“ des Gebäudes.

Am 10. Februar 2000, um 6 Uhr morgens, wurden die BesetzerInnen von mehr als 200 Polizisten entfernt. 100 BesetzerInnen legten nach der Räumung spontan für eine Stunde den Berufsverkehr lahm und demonstrierten lautstark gegen die Räumung und den sofort vollzogenen Abriss.

Eine Besetzerin: „Auch wenn das Gebäude zerstört werden konnte, so werden doch die Utopien, die darin verwirklicht wurden, weiter leben. Weiter leben werden viele Kontakte und Freundschaften, die in der Uppenbergschule aufgebaut wurden. Weiter leben wird auch die Erinnerung an ein Zentrum, in dem sechs Wochen lang ein kulturelles und politisches Programm auf die Beine gestellt wurde. Es wurde zusammen diskutiert, gelacht, geweint, gefeiert und getanzt und erfahren, wie wichtig selbstbestimmte Räume sind.“

Um die Gemüter der BesetzerInnenszene zu beruhigen, vermietete die Stadt ein kleines Ladenlokal in der Grevener Straße an die BesetzerInnen. Bis heute wird das nun von Räumung bedrohte ‚Versetzt‘ als Treffpunkt genutzt.

Der Kampf für ein Soziales Zentrum in Münster war damit aber keineswegs beendet.

Robert-Koch-Straße

Am 13. April 2001 wurde ein seit 1999 leerstehendes Gebäude in der Robert-Koch-Straße besetzt. In der Presseerklärung der BesetzerInnen heißt es:

„Seit dem heutigen Karfreitag existiert in Münster ein neues soziales und kulturelles Zentrum! Das ehemalige Gesundheitsamt in der Robert-Koch-Straße wird hiermit nach mehrmonatigem Leerstand endlich wieder genutzt. Wie schon in der Uppenbergschule haben wir nun erneut einen Freiraum geschaffen, um unsere Idee von einem selbstverwalteten und nicht-kommerziellen Zentrum weiterzuentwickeln. Linkspolitische Gruppen, Infoläden, Therapiegruppen, Frauen/Lesben-Initiativen, alternative MusikerInnen, Volxküche

sowie preiswerter Café-/Kneipenbetrieb – all das wird schon zu lange von profitorientierten Entscheidungsträgern in Rat & Verwaltung an den Rand gedrängt. Diese Klientelpolitik setzt mit prestigeträchtigen Millionenprojekten wie der Musikhalle (oder York-Center, Hafenmodernisierung, Cineplex etc.) auf die Kommerzialisierung von Kultur und ungebremsten Konsum, statt gewachsene Strukturen und alternative Initiativen zu fördern bzw. erhalten.“

Am 19. April 2001 erzwangen 180 PolizistInnen im Auftrag der Stadtverwaltung das Ende dieses Projektes.

Die BesetzerInnenszene beschränkte sich in den folgenden Jahren auf öffentlichkeitswirksame Aktionen. Für ein Soziales Zentrum geworben wurde fortan z.B. bei Informationsveranstaltungen des Infoladens ‚Bankrott‘, im Umweltzentrum, bei den jährlich stattfindenden Festen der seit 1990 existierenden Münsteraner Wagenburg, sowie bei den alternativen Straßenfesten der abrisssbedrohten Niederdingstraße, der Grevener Straße, der Frauenstraße 24 und von Breul und Tibusstraße.

Aufsehen erregen konnte die Initiative für ein autonomes, selbstverwaltetes Kultur- und Kommunikationszentrum (ask) als sie 2005 symbolisch eine Besetzung auf dem Aasee durchführte.

Grevener Straße 31-57

Im Dezember 2006 und Ende März 2007 wurde das Haus Grevener Straße 57 jeweils für mehrere Tage besetzt, um gegen den geplanten Abriss zu demonstrieren.

Am 1. April 2007 wurde die Grevener Str. 59 besetzt. Die Besetzung richtete sich gegen die Pläne der Stadt, die Häuser Grevener Straße 31 bis 59 abzureißen und so preiswerten Wohnraum zu zerstören. Die BesetzerInnen forderten ein unabhängiges Gutachten über den Zustand der Gebäude. Mit der Besetzung sollte zudem der Forderung nach einem selbstverwalteten Sozialen Zentrum Nachdruck verliehen werden. Die Forderungen der BesetzerInnen wurden von der städtischen Wohn- und Stadtbau ignoriert. Stattdessen wurden Fakten geschaffen: Am 24. April wurde das besetzte Haus geräumt und mit dem Abriss der Häuser 57 und 59 begonnen. Gegen zehn Hausbesetzer wurde Strafanzeige gestellt.

Nach dem Bebauungsplan soll die gesamte Häuserzeile Grevener Straße 31 bis 59 abgerissen werden um dort lukrativere Gebäude zu bauen.

„Das Handeln der Wohn- und Stadtbau ist unsozial und steht im Kontrast zu ihrer in der Presse verkündeten Gesprächsbereitschaft, ‚Geduld und Diplomatie‘.

Wir haben uns während der Besetzung von dem guten Zustand des Gebäudes in der Grevener Straße 59 überzeugen können. Eine Baufälligkeit war nicht zu erkennen. Es ist ein Skandal, dass hier mutwillig von der ‚Wohn- und Stadtbau‘ gut erhaltener, günstiger Wohnraum zerstört wurde. Wir unterstützen die Forderungen der ehemaligen BesetzerInnen und fordern die ‚Wohn- und Stadtbau‘ auf, die Strafanzeigen umgehend zurückzuziehen. Von der Stadt Münster fordern wir eine Bestandsgarantie für die noch immer abrisssbedrohten Häuser Grevener Straße 31 bis 55“, so ein offener Brief des Vereins zur Erhaltung preiswerten Wohnraums vom 6. Mai 2007.

Die aktuellen Auseinandersetzungen um die Häuser in der Grevener Straße, in der 1972 der Häuserkampf in Münster seinen Anfang nahm, zeigen, dass die „Geschichte des Häuserkampfes in Münster“ noch nicht zu Ende ist.

Bernd Drücke

Ein längerer Häuserkampf-Artikel von Bernd Drücke erscheint zu den Skulpturprojekttagen im Juni 2007 auf der Homepage: www.uwz-archiv.de

Artikel

Makel Mädchen

Mädchen werden auf Grund ihres Geschlechts gering geschätzt, benachteiligt oder vernachlässigt. Der Zugang zu Bildung, Ernährung und medizinischer Versorgung wird ihnen erschwert. Sie werden als billige Arbeitskräfte ausgebeutet, als Prostituierte verkauft oder gegen ihren Willen verheiratet. terre des hommes setzt sich weltweit dafür ein, dass die Rechte und Bedürfnisse von Mädchen geachtet werden. Mädchen werden gestärkt, damit sie über ihr Leben selbst bestimmen können. Informationen erhalten Sie kostenlos. Schicken Sie uns diese Anzeige mit Ihrer Anschrift.

terre des hommes Telefax 0541/707233
Postfach 4126 eMail info@tdh.de
49031 Osnabrück Internet www.tdh.de



terre des
hommes

© 2007 terre des hommes

Titelthema:

Die Zukunft der Soziologie an der Uni Münster

Die Ereignisse überschlagen sich. Kurz nach Redaktionsschluss erhielt der Semesterspiegel die Stellungnahme des Rektorats bezüglich der Entscheidung darüber, wie es am Institut für Soziologie weitergehen soll. Was am Institut für Soziologie als skandalös angesehen wird (siehe Interview Professor Wienold), ist beschlossene Sache. Das Berufungsverfahren für die Nachfolge Hermann ist ausgesetzt, bis die Ergebnisse einer externen und internen Evaluation Mitte 2008 vorliegen, wird eine Vertretung empfohlen. Die Stellungnahme konnten wir noch ins Blatt nehmen, jedoch war es uns nicht möglich, Reaktionen darauf seitens des Institutes oder der Fachschaft einzuholen. Laufend über aktuelle Entwicklungen informieren kann sich jeder auf den Webseiten des Instituts und der Fachschaft Soziologie (<http://egora.uni-muenster.de/soz/admin/index.shtml> beziehungsweise <http://fssoziologie.wordpress.com/>). Die folgenden Interviews und Beiträge spiegeln daher den Informationsstand vor Bekanntgabe des nachstehenden Rektoratsbeschlusses wider, verdeutlichen aber nichtsdestotrotz die unterschiedlichen Standpunkte in der Debatte.

Die Redaktion

Erklärung des Rektorats der WWU Münster zum Institut für Soziologie:

Das Rektorat der Universität Münster hat die Entscheidungen über eine zur Zeit vakante Professur für Soziologie und eine zum kommenden Wintersemester frei werdende weitere Professur am Institut für Soziologie ausgesetzt, bis ein internes und externes Evaluationsverfahren für die Soziologie und zahlreiche weitere Fächer und Lehr-einheiten voraussichtlich Mitte 2008 abgeschlossen sein wird.

Das Rektorat empfiehlt dem Fachbereich, beide Professuren im Wintersemester 2007/2008 und im Sommersemester 2008 vertreten zu lassen.

In dem Beschluss des Rektorats zur Personalsituation im Institut für Soziologie, der dem Dekan des Fachbereichs Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften und dem Institut für Soziologie zu gegangen ist, wird darauf hingewiesen, „dass nach Beschluss des Lenkungsausschusses Evaluation vom 24. April 2007 für das Fach Soziologie eine in Kürze beginnende interne und externe Evaluation gemäß der Evaluationsordnung vorgesehen ist, die Mitte 2008 abgeschlossen sein soll“.

Das Rektorat habe deshalb folgenden Beschluss gefasst: „Das Berufungsverfahren auf die W3-Professur für Soziologie mit dem Schwerpunkt „Vergleichende Sozialstrukturanalyse“ (Nachfolge Hermann) wird ausgesetzt, da erst nach Abschluss des Evaluationsverfahrens, das möglicherweise zu einer Umstrukturierung und Neuausrichtung der Soziologie führt, eine Entscheidung getroffen werden kann. Über die Wiederzuweisung und Neuausschreibung der W2-Professur für Soziologie (Nachfolge Lauterbach) kann sinnvollerweise ebenfalls erst nach Abschluss des Evaluationsverfahrens entschieden werden. Dem Fachbereich wird empfohlen, beide Professuren im Wintersemester 2007/2008 und im Sommersemester 2008 vertreten zu lassen. Für Erläuterungen dieses Beschlusses steht das Rektorat jederzeit im Rahmen eines Gesprächs zur Verfügung“.

Anzeige

Xyrqöh Jax hüa

Sie können diesen Text nicht lesen? Da geht es Ihnen wie vielen Kindern auf der Welt: sie können nicht lesen und schreiben, weil sie arbeiten müssen oder die Schule zu weit weg ist. Sie können nicht unterschreiben, keine Preise vergleichen oder Fahrpläne lesen. Gemeinsam mit einheimischen Selbsthilfegruppen setzt sich terre des hommes dafür ein, dass Kinder lernen können. Bitte unterstützen Sie diese Projekte. Informationen senden wir Ihnen gerne kostenlos zu. Schicken oder faxen Sie uns diese Anzeige mit Ihrer Anschrift.

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not
Ruppenkampstraße 11a
49 084 Osnabrück

Telefon 0541/7101-0
Telefax 0541/707233
eMail info@tdh.de
Internet www.tdh.de

Spendenkonto
700 800 700
Volksbank Osnabrück eG
BLZ 265 900 25



terre des
hommes

J. Faust 2007

Interview I

Interview mit Professor Dr. Hanns Wienold, Stellvertretender geschäftsführender Direktor des IfS

SSP: Wie ist es zu der aktuellen Situation am Institut für Soziologie gekommen?

Wienold: Im Januar wurde vom Rektorat beschlossen, meine Stelle und die Stelle von Dr. Hülsmann zu streichen. Davon haben wir jedoch erst im März erfahren. Wir wurden dann vom Rektorat zu einem Strukturgespräch eingeladen, in dem es auch um das laufende Berufungsverfahren für die Nachfolge Professor Hermanns ging. Das Rektorat wollte, nachdem der Erstplatzierte, Professor Lessenich, abgesagt hatte, die Stelle als Juniorprofessur neu ausgeschrieben lassen, statt die Berufungsliste weiter durchzugehen. Das haben wir natürlich abgelehnt. Insgesamt ist die aktuelle Situation das Ergebnis eines längeren Prozesses.

SSP: Was bedeuten die aktuellen Pläne des Rektorats konkret?

Wienold: Wir müßten 2009 den Lehr- und Forschungsbetrieb mit 1,5 Professuren plus zwei Juniorprofessuren, die nur vier Stunden Lehrdeputat haben, aufrecht erhalten. Das Rektorat ist der Meinung, die Lücken in der Lehre könnten über Lektorate oder Lehraufträge geschlossen werden. Ökonomisch gesehen ist das natürlich günstiger. So wäre aber weder ein Master- noch ein Bachelorstudiengang sinnvoll zu leisten. Von Forschung und Drittmittelwerbung ganz zu schweigen.

SSP: Wie sieht die Zukunft des Instituts für Soziologie aus?

Wienold: Eine Option ist, dass das Institut nur noch als Rumpfinstitut weiterexistiert und hauptsächlich für die Lehrerausbildung zuständig ist, ohne eigenes Forschungsprofil und ohne eigene Soziologie-Studiengänge und die andere Option besteht darin, dass das Institut völlig in anderen Instituten aufgeht. Das Rektorat prüft derzeit, ob die Soziologie als eigenständiges Institut weiterexistieren soll. Es ist nicht das erste Mal, dass die Existenz des Instituts durch das Rektorat in Frage gestellt wird. 2003 konnte der Senat die Abwicklung der Soziologie noch verhindern.

SSP: Welche Gründe gibt es für die Kürzungen bei der Soziologie?

Wienold: Zum einen sind das die Auswirkungen des Qualitätspaktes, in dem vereinbart wurde, circa 80 Stellen an der

Uni Münster abzubauen. Es gibt da einen großen Druck Stellen zu streichen. Wir sind in den letzten Jahren von zehn Professuren auf vier heruntergekürzt worden. Bei uns hat man sich schon ordentlich bedient.

Zum anderen besteht da ein Zusammenhang zu der sogenannten Exzellenzinitiative. Die Uni muss, um attraktive Anträge stellen zu können, gewissermaßen in Vorleistung gehen und zum Exzellenzcluster passende Stellen einrichten. Diesen Zusammenhang wird das Rektorat natürlich bestreiten.

SSP: Das Rektorat spricht von einer Negativentwicklung des Institutes und begründet damit die Kürzungen. Wie sehen Sie das?

Wienold: Die vom Rektorat ausgemachte „Negativentwicklung“ ist eine ganz punktuelle Geschichte und bezieht sich auf die Höhe der Drittmittelausgaben für das Jahr 2006, die bei ca. 40.000 Euro lagen. Für 2007 werden sie bei etwa 240.000 Euro liegen, womit wir auf dem normalen Stand sind. Wir hatten schon 2006 zwei weitere Drittmittelprojekte eingeworben, konnten jedoch das Geld im vergangenen Jahr noch nicht ausgeben, unter anderem bedingt durch Einstellungs- und Buchungstermine. Alles Tatsachen, die dem Rektorat bekannt waren oder sein müssten.

SSP: Wie sieht es mit den anderen zwischen Rektorat und Institut vereinbarten Kriterien wie Studierendenzahlen, Abschlüsse und Promotionen aus?

Wienold: Diese Kriterien haben wir voll erfüllt. Das Rektorat dagegen hält sich nicht an seine Zusagen und will mit einer an den Haaren herbeigezogenen Argumentation dem Institut Stellen wegnehmen. Mit den eigentlich vereinbarten fünf Professuren könnte man den Betrieb aufrecht erhalten, mit 1,5 plus zwei Juniorprofessuren wird das kaum gehen. Auf dieser Basis kann das Institut nicht langfristig planen. Der Wortbruch des Rektorats macht uns ärgerlich.

SSP: Wie bewerten Sie die Bestrebungen des Rektorats im Hinblick auf aktuelle hochschulpolitische Entwicklungen?

Wienold: Das passt alles gut in die derzeitige Landschaft. Hochschulpolitische Entscheidungen werden zunehmend an kurzfristige Indikatoren gekoppelt und damit das Marktmodell auf die Universitäten übertragen. Die Institute müssen um Drittmittel konkurrieren, um zu überleben. Die Nachfrage nach soziologischer Forschung oder Ausbildung spielt da keine Rolle mehr, es zählen nur noch Leistungsgesichtspunkte.

SSP: Welche Auswirkungen wird das in Zukunft auf die Studierenden haben?

Wienold: Genau genommen hat die Zukunft schon begonnen, ein durchschnittliches Seminar hat 80 TeilnehmerInnen, teilweise bis zu 150. Die Betreuung der Studierenden ist so kaum noch möglich. Wenn die derzeit vakante Professur nicht besetzt, sondern als Juniorprofessur neu ausgeschrieben wird, könnte sich zum kommenden Wintersemester die Betreuungsrelation noch verschlechtern. Ich befürchte, dass es in Zukunft keine Seminare, in denen Inhalte diskutiert werden, sondern fast nur noch Vorlesungen mit Klausuren als Leistungsüberprüfung geben wird. Das ist für die Soziologie als kritisch-reflexives Fach besonders problematisch.

SSP: Können die Pläne des Rektorats noch verhindert werden?

Wienold: Ich denke schon. Wir werden jedoch weiter unter Druck sein, auch in den kommenden Jahren. Und wir werden weiter kämpfen müssen, um sinnvoll forschen und lehren zu können.

SSP: Was sollte Ihrer Meinung nach jetzt passieren?

Wienold: Als erstes muss das Berufungsverfahren für die noch vakante Professur zügig fortgeführt werden. Alles andere wäre ein Skandal und würde auch die Kollegen anderer Fächer beunruhigen. Dann brauchen wir unbedingt wieder die Stelle von Professor Lauterbach und zwar für das kommende Wintersemester. Die Streichung meiner Professur zu 2009 muss ebenso rückgängig gemacht werden wie die der Mittelbaustelle von Herrn Hülsmann. Die Kürzungen sind eine willkürliche Maßnahme des Rektorats, das bedauerlicherweise das große Potential des Institutes für die Universität wie für Münster nicht wahrnehmen will.

Die Fragen stellte Barbara Rupflin.

Interview II

Interview mit Dr. Klaus Kraemer zum Thema Stellenkürzungen am IfS der WWU Münster

Dr. Klaus Kraemer ist Privatdozent am Institut für Soziologie der Uni Münster und wissenschaftlicher Mitarbeiter des FIAB, dem Forschungsinstitut Arbeit Bildung Partizipation der Ruhr-Universität Bochum.

SSP: Was genau bedeutet die Reduzierung der Professorenstellen für die Lehr- bzw. Lernsituation?

Kraemer: Wenn die beiden Professorenstellen nicht wiederbesetzt werden, wird sich die Situation in der Lehre dramatisch verschlechtern! Inzwischen ist es so, dass eine Vielzahl von Seminaren nicht mehr als Seminare, sondern als Vorlesungen durchgeführt werden. Das führt zu einer deutlichen Qualitätsveränderung. Wie will man Seminare mit 80, 100 oder gar mehr Teilnehmern durchführen? Das ist nicht möglich! Ich sehe eine große Diskrepanz: Auf der einen Seite wird von allen Disziplinen und so auch von der Soziologie zurecht erwartet, dass die Qualität der Lehre verbessert wird. Und von den Studierenden werden in Zukunft Studiengebühren verlangt. Auf der anderen Seite werden einem die notwendigen Ressourcen weggenommen. Diese Ressourcen reichen aber jetzt schon nicht mehr aus.

Sollte es wirklich zu diesen beiden Stellenstreichungen kommen, wird die Soziologie mittelfristig von der Bühne der WWU Münster verschwinden! Nischen wird es wohl immer geben, aber in institutionalisierter Form wäre sie gefährdet. Eine Trennung von Forschung und Lehre funktioniert auf Dauer nicht. Akademische Lehre funktioniert nur dann, wenn man gleichzeitig in der Forschung aktiv ist.

SSP: Wie wird sich eine Reduzierung auf Sie persönlich auswirken?

Kraemer: Auf mich als Privatdozent wird die Reduzierung keinen Einfluss haben. Ich teile aber die Einschätzung meiner Kolleginnen und Kollegen, dass hiermit die akademische Disziplin getroffen wird. Das Rektorat rühmt sich zurecht damit, eine bedeutende Universität in Deutschland zu sein. Eine Universität, die sich von kleineren gerade dadurch unterscheidet, dass alle wissenschaftlichen Disziplinen vertreten sind. Mir ist schleierhaft, wie dieses Bild in Zukunft aufrecht gehalten werden soll, wenn man dabei auf eine so wichtige Disziplin wie die Soziologie verzichten will.

SSP: Wer trägt die Verantwortung für die angekündigten Streichungen?

Kraemer: Noch ist nichts entschieden! Momentan ist es noch ein Planspiel und sind es Überlegungen im Rektorat. Ich hoffe, dass das Rektorat die möglichen Konsequenzen in ihre Überlegungen miteinbezieht.

SSP: Kamen die Ankündigungen überraschend für das IfS? Oder gibt es eine Vorgeschichte zu den aktuellen Ereignissen?

Kraemer: Die Vorgeschichte in Münster ist eine sehr lange. Jetzt hat sich die Situation aber dramatisch verschärft. Vor einigen Jahren hatte die Soziologie noch zehn Professuren und war damit sehr gut aufgestellt, um die neuen Anforderungen der Lehre erfolgreich bewältigen zu können. Allerdings erwartete man nach den letzten Stellenkürzungen, dass es zumindest bei den vier Professuren bleiben wird. Deshalb ist die Reaktion auf die Pläne des Rektors fast aller Kolleginnen und Kollegen Fassungslosigkeit gewesen. Wir waren mehr oder weniger entsetzt über die Planspiele im Rektorat.

Mir ist wichtig, hinzuzufügen, dass den Kolleginnen und Kollegen nicht nur in der Stadt, sondern auch bundesweit und international die Unterstützung für das Anliegen der Soziologie in Münster groß ist. Solidaritätsbekundungen von Seiten der Deutschen Forschungsgesellschaft und dem Fach der Soziologie in Deutschland, das uneingeschränkt hinter der Soziologie in Münster steht, zeigen, dass diese Pläne eine neue Qualität haben!

SSP: Sind solche Kürzungen auch in anderen Fachbereichen zu erwarten?

Kraemer: Auf jeden Fall! Mit großer Sorge betrachte ich bspw. die Entwicklungen am Zentrum für Umweltforschung (ZUFo), an dem ich sechs Jahre gearbeitet habe und Geschäftsführer des sozialwissenschaftlichen Bereichs gewesen bin. Eine hervorragende Institution, die im Bereich der Umweltforschung interdisziplinär arbeitete, steht auf der Kippe.

Nach meinen Informationen plant das Rektorat in anderen Bereichen die Streichung von 180 Stellen. Der Hintergrund ist eine Unterdeckung des Haushalts in Höhe von ca. 5% jährlich. Und durch die neue Finanzautonomie spielt das Land den Schwarzen Peter zurück an die Universität. Und dort wird nach Kriterien entschieden, die wissenschaftspolitisch so nicht begründbar, zumindest fragwürdig sind.

SSP: Welche Bedeutung hat das IfS für die Uni Münster?

Kraemer: Tausende Studenten lernen in Haupt- oder Nebenfach an diesem Institut. Die Soziologie hat eine ganz wichtige Dienstleistungsfunktion für andere benachbarte Disziplinen: in der Lehrerbildung und in anderen pädagogischen Studiengängen. Mir ist unklar, wie das aufrecht erhalten werden soll, zumal viele soziologische Lehrmodule in nicht-soziologischen Studiengängen verankert sind. Das Rektorat muss auf diese völlig ungeklärten Fragen antworten.

SSP: Welche Bedeutung hat die Soziologie für die Wissenschaft?

Kraemer: Die Soziologie ist die einzige wissenschaftliche Disziplin, die sich mit Fragen des gesellschaftlichen Wandels systematisch beschäftigt. Die Soziologie ist die Wissenschaft der gesellschaftlichen Selbstbeobachtung. Und wenn eine Gesellschaft darauf verzichtet, verzichtet sie auf Selbstaufklärung. In der heutigen Zeit beobachten wir eine rasante Veränderung im Bereich von Kultur und Politik, insbesondere aber auch im Bereich der Wirtschaft. Für mich ist es völlig unverständlich wie man da auf eine so wichtige Reflexionsinstanz verzichten kann. Wichtige Wandlungsprozesse der modernen Gesellschaft sind ohne die soziologische Expertise überhaupt nicht verständlich. Ein Beispiel: Die Prozesse in der Ökonomie, auf den Märkten, in den Unternehmen sind ohne soziologischen Sachverstand nicht nachvollziehbar. Wir erleben an anderen Universitäten eine ähnliche Entwicklung wie in Münster. Allerdings nicht so dramatisch. - Das muss man so sagen!

SSP: Was erhofft man sich von der Vollversammlung?
 Kraemer: Die Vollversammlung ist von Seiten der Fachschaft einberufen worden, wird aber sicherlich von den Lehrenden mitgetragen.
 Ich erwarte, dass sichtbar wird, wie viele Studenten, aber auch wie viele Kolleginnen und Kollegen die Resolution

des Institutes nicht nur virtuell, sondern auch physisch mittragen und dass man sich über neue Entwicklungen im Rektorat, aber auch über weitere Schritte des öffentlichen Protests austauscht.
SSP: Sind Kürzungen zu diesem Zeitpunkt noch zu verhindern?
 Kraemer: Das ist Spekulation. Die Kol-

leginnen und Kollegen sind den Schritt an die Öffentlichkeit gegangen, weil sie fest überzeugt sind, dass die Artikulierung von Protest der Weg ist, das Beste für die Soziologie zu erreichen.
SSP: Ich danke für das Gespräch!
Für den SSP fragte Mareen Kappis.

Fachschaft Soziologie ruft zur Rettung des Instituts für Soziologie auf

Nach dem Bekanntwerden weitreichender Kürzungspläne des Rektorats rief die Fachschaft Soziologie ihre Studierenden zur Solidarität mit dem Institut auf.

Anlass der Empörung ist nicht nur der öffentlich gewordenen Abbau von zwei Stellen, sondern auch die seit Jahren schleichende Ausdünnung des Personals. Seit 2000 sind 5 Professuren nicht nachbesetzt worden und die Stellenzahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter wurde um die Hälfte reduziert. Dadurch steigt der Numerus Clausus kontinuierlich an und immer weniger Studienanfänger werden zugelassen.
 Verschärfend kommt hinzu, dass durch die Umstellung auf den Bachelor-Studiengang ohnehin der Betreuungsbedarf pro Studierenden gestiegen ist. Angebot und Nachfrage nach einem Studienplatz stehen damit in keinem Verhältnis mehr.
 „Jetzt reicht es endgültig“, sagt Fachschaftler Björn Wendt „es kann nicht angehen, dass Studienfächer, die zur Erforschung und Lösung gesellschaftlicher Probleme essenziell sind, ohne schlüssige Argumente auf diese Weise abgewickelt werden. Das werden wir nicht hinnehmen.“ Um diesem Trend entgegenzuwirken hat sich die Fachschaft mit dem Institut zusammengetan um unter dem Motto „Finger weg von der Soziologie“ gegen die Kürzungspläne des Rektorats vorzugehen. „Wir fordern nicht nur ein Absehen von den aktuellen Plänen, sondern auch die Rückgabe der seit 2000 gestrichenen Stellen“ so Fachschaftler Tobias Brändle. Mit ihren Forderungen steht die Fachschaft nicht allein, mittlerweile



haben über 4000 UnterstützerInnen die Resolution zum Erhalt der Soziologie in Münster unterzeichnet. Gordon Martin von der Fachschaft berichtet von „zahlreichen Fachschaften in Münster und Europa, die ihre Unterstützung zugesichert haben.“ Gerade die vor wenigen Wochen durchgesetzten Studiengebühren in Höhe von 275 Euro erregen dabei die Gemüter der Fachschaftler, wurde doch behauptet diese dienten der Verbesserung der Lehre.

„Jetzt zeigt sich wie paradox das Verhalten des Rektorats ist. Studiengebühren und Stellenstreichungen sollen eine Verbesserung der Lehre sicherstellen?“ fragt sich Benedikt Engelmeier, der für die Studierenden im Vorstand des Instituts sitzt.
Fachschaft des Instituts für Soziologie

Interview III

Interview mit der Fachschaft Soziologie

SSP: Wer ist verantwortlich für die Stellenkürzungen?

Fachschaft Soz: Das Rektorat. Es hat in einer Sitzung im Januar aufgrund einer vermeintlichen Negativentwicklung in der Soziologie beschlossen, eine Professur und eine akademische Ratsstelle in der Soziologie zu streichen. Das ist nur die Spitze des Eisberges, denn bereits seit Jahren werden Professuren in der Soziologie abgebaut.

SSP: Wie werden die Stellenkürzungen begründet?

Fachschaft Soz: Es gab 2004 Zielvereinbarungen, in welchen die Stellen von Prof. Wienold und Dr. Hülsmann mit Pfändern versehen wurden. Diese Zielvereinbarungen wurden erfüllt. Trotzdem werden vom Rektorat die Stellen nun gestrichen, und zwar mit ökonomischen Argumenten, die ebenso wenig zutreffend sind.

SSP: Warum sind vor allen Dingen die Geisteswissenschaften von den Kürzungen betroffen?

Fachschaft Soz: Das liegt an dem Stellenwert den eine Gesellschaft ihren Problemen zuspricht. Heute lässt sich häufig beobachten, dass nur Naturwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften ein hoher Nutzen für die Gesellschaft zugesprochen wird. Dabei wird einseitig nur die wirtschaftliche Verwertbarkeit berücksichtigt und nicht die Brauchbarkeit für die Gesellschaft an sich. Das liegt vielleicht auch daran, dass der Nutzen eines gerechteren Bildungssystems, besserer Integration und weniger Armut nicht in marktwirtschaftlichen Kategorien gemessen werden.

SSP: Woran liegt das?

Fachschaft Soz: Es scheint einfach an einer gesellschaftlichen Debatte darüber wie wir leben wollen zu fehlen. Es werden technokratische Rankings von Einrichtungen, wie dem CHE (Centrum für Hochschulentwicklung) der Bertelsmann Stiftung erstellt und Bundeswettbewerbe zur Suche nach vermeintlicher Exzellenz ausgeschrieben. Auf Grund ihrer Ergebnisse werden Urteile gefällt, obwohl ihre Maßstäbe nicht aus einer demokratischen und offenen Diskussion resultieren. Die Gesellschaft begibt sich damit freiwillig in eine Abhängigkeit zu den von ihr selbst geschaffenen Institutionen.

SSP: Wie werden sich die Stellenkürzungen auf die Studiensituation auswirken?

Fachschaft Soz: Seit 2000 sind 5 Professuren nicht nachbesetzt worden und die Stellenzahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter wurde um die Hälfte reduziert. Dadurch steigt der Numerus Clausus kontinuierlich an und immer weniger Studienanfänger werden zugelassen. Verschärfend kommt hinzu, dass durch die Umstellung auf den Bachelor-Studiengang ohnehin der Betreuungsbedarf pro Studierenden gestiegen ist. Angebot und Nachfrage nach einem Studienplatz stehen damit in keinem Verhältnis mehr. Seminare sind überfüllt und das Finden eines Dozenten oder einer Dozentin für die Abschlussarbeit wird immer schwieriger, weil immer weniger da sind.

SSP: Ist die Anzahl von eineinhalb Professorenstellen der Menge der Soziologiestudierenden angemessen?

Fachschaft Soz: Angemessen ist die falsche Frage. Ausreichend sind die Stellen nicht, wenn man damit den aktuellen Lehr- und Forschungsbetrieb aufrechterhalten will. Es wäre zwar möglich, wenn man immer weniger Studierenden zulässt. Die Frage ist aber: Ob es für eine Uni wie Münster „angemessen“ ist, keine Soziologie-Studierenden mehr zu haben? Nach unserer Meinung Nein!, wenn man sich die ganzen gesellschaftlichen Probleme anschaut, die wir eben erwähnt haben.

Wenn man nun noch an die leider vor wenigen Wochen durchgesetzten Studiengebühren in Höhe von 275 Euro denkt und dort noch behauptet wurde, diese würden der Verbesserung der Lehre dienen, so zeigt sich jetzt wie paradox das Verhalten des Rektorats ist. Studiengebühren und Stellenstreichungen sollen eine Verbesserung der Lehre sicherstellen? Das kann man nur als Unlogik bezeichnen.

SSP: Wie sieht die Zukunft der Soziologie an der Uni Münster aus?

Fachschaft Soz: Da muss man wohl zwei Szenarien aufmachen. Das eine wäre quasi das Trauerspiel: Es würde kein Institut mehr geben. Im Lehramtsnebenfach würden zwar Soziologieanteile vermittelt, aber es gibt keine Kopp-

lung an einen Forschungsbetrieb. Die soziologischen Fragen unserer Zeit, wie die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, der Wandel der Arbeitswelt, die zunehmenden Ungleichheiten im Bildungssystem, das Wiedererstarken von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die soziale und kulturelle Integration von MigrantInnen, aber auch die Folgen ökonomischer Globalisierungsprozesse für die Familien und das Zusammenleben der Menschen, würden nicht mehr durch eine Soziologie behandelt, aber das würde diese Probleme nicht verschwinden lassen. Um es auf den Punkt zu bringen: Nur weil man die Wissenschaft abschafft, die sich mit diesen Problemen beschäftigt, schafft man die Probleme nicht ab.

Das andere Szenario wäre der Erhalt der Soziologie in einer „angemessenen“ Größe. Dadurch würden sicherlich nicht alle Probleme abgeschafft und das Leben auf der Erde dem Paradies gleich, aber es gäbe zumindest die Möglichkeit kritische Fragen zu stellen, Entwicklungen zu reflektieren, zu hinterfragen und auf Probleme aufmerksam zu machen.

SSP: Können die Kürzungen jetzt noch verhindert werden?

Fachschaft Soz: Ja, sie sind von Menschen gemacht und können von eben solchen auch wieder gestoppt oder geändert werden.

SSP: Danke für das Gespräch!

Weitere Informationen finden sich unter:

www.fachschaft-soziologie.de.vu

Die Fachschaft ist zu erreichen über: fs-soz-ms@gmx.de

Erhalt der Soziologie an der Universität Münster

Stellungnahme zum Berufungsverfahren an der Soziologie von Prof. Dr. Stephan Lessenich, Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften an der Universität Jena

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

überzeugt und zugleich gehemmt wende ich mich heute an Sie bzw. Euch in Unterstützung der Forderung nach Erhalt der Soziologie an der Universität Münster. Überzeugt bin ich nicht nur von der Unverzichtbarkeit soziologischer Gesellschaftsanalyse und Zeitdiagnose einerseits und der Irrationalität weiterer Teile der gegenwärtigen Studien- und Hochschulreform andererseits - zu beidem haben die Kollegen Nassehi und Brunkhorst in ihren eigenen Stellungnahmen für meine Begriffe alles zu Sagende in hervorragender Weise auf den Punkt gebracht; überzeugt bin ich zudem auch von der Güte der gesellschaftsanalytischen und zeitdiagnostischen Arbeit konkret der Münsteraner Soziologie sowie von ihrer Relevanz im Gefüge der Studienfächer an der Westfälischen Wilhelms- Universität.

Gehemmt bin ich in meiner - inhaltlich eindeutigen - Positionierung allerdings formal dahingehend, dass ich in jüngster Zeit selbst Teil des Ereignis- und Prozesszusammenhangs rund um die Münsteraner Soziologie gewesen bin. Ich habe im März d. J. nach reiflicher Überlegung einen Ruf auf eine W3-Professur für Soziologie mit dem Schwerpunkt Vergleichende Sozialstrukturanalyse am IfS der WWU abgelehnt. Ich habe dies weder wegen eines eindeutig besseren Bleibeangebots der Universität Jena noch wegen der Qualität bisheriger Forschung und Lehre am IfS - und trotz des hohen persönlichen Engagements der in Institut und Fakultät am Berufungsprozess Beteiligten - getan. Dazu bewogen hat mich letzten Endes maßgeblich der - nunmehr im Nachhinein insbesondere für die am Institut unmittelbar betroffenen Kolleginnen, Kollegen und Studierenden schmerzlich bestätigte - Eindruck, dass die Universitätsleitung der WWU dem Fach Soziologie sowie dem dieses Fach in Lehre und Forschung vertretenden Institut keine hinreichende und insbesondere verlässliche, nicht nur materielle, sondern insbesondere auch ideelle Rückendeckung zu geben bereit war (und offensichtlich ist).

Ich kann mangels historisch-kritischer Kenntnis der vergangenen Entwicklungen im Verhältnis von Institut, Fakultät und Universitätsleitung nicht beurteilen, wie objektivberechtigt oder subjektivinteressiert, wie „rational“ oder „irrational“ die offenkundigen Vorbehalte der Universitätsleitung Fach und Institut gegenüber sein mögen. Ich kann nur sagen, dass mich eine ähnliche akademische Wertschätzung von Fach und Institut, wie ich sie gleichzeitig an der Universität Jena erfahren habe, zu einer Annahme des Rufes auf eine (höher dotierte) Professur in Münster hätte ermutigen können. Da mir dieser Eindruck letztlich nicht vermittelt wurde, kann ich nachvollziehen, in welcher prekärer Lage sich die Münsteraner Kolleginnen und Kollegen befinden - und dass sie sich von ihrer Universität im Stich gelassen fühlen.

In dieser Situation unterstütze ich auf diesem Wege Ihre Forderung nach Erhalt eines langfristig funktionsfähigen Instituts für Soziologie und wünsche Ihnen - mit besagter und hoffentlich dennoch als produktiv wahrgenommener persönlicher Hemmung - allen nur erdenklichen Erfolg bei diesem Unternehmen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Prof. Dr. Stephan Lessenich



Resolution

Für den Erhalt der Soziologie an der Universität Münster

Hiobsbotschaft für die Soziologie in Münster! Wie aus dem Rektorat bekannt wurde, ist geplant, dem Institut für Soziologie zwei weitere Professorenstellen zu streichen, nachdem erst zu Beginn des Jahres angekündigt wurde, eine Professur und eine Mitarbeiterstelle bei Freiwerden zu ‚kassieren‘. Damit ist die Existenz der Soziologie als selbständiges Institut an der Universität Münster bedroht.

Die aktuellen Stellenstreichungen fügen sich ein in eine schon seit vielen Jahren andauernde Politik des personellen Abbaus der Soziologie in Münster. Seit dem Jahr 2000 ist der Personalbestand von insgesamt 10 Professuren auf mittlerweile 5 Professuren dezimiert worden. Erst im Januar 2007 wurde eine weitere Professur gestrichen. Nach dem geplanten Wegfall von zwei weiteren Professorenstellen würden dem Institut in wenigen Jahren noch ganze 2 Professuren verbleiben. Auch die wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen wurden in den letzten Jahren um mehr als 50% reduziert. Damit wäre ein qualifizierter Lehrbetrieb auf der Basis eigenständiger Forschung nicht mehr möglich.

Kann die Universität Münster – die von den Studierendenzahlen und der Vielfalt der angebotenen Studiengänge her zu den größten Universitäten der Bundesrepublik zählt – es sich wirklich leisten, angesichts drängender gesellschaftlicher Krisen und Problemlagen auf das spezifische Forschungspotenzial der Soziologie zu verzichten?

Profil bildend für das Institut für Soziologie in Münster ist die wissenschaftliche Bearbeitung sozialer Krisen und Integrationsprobleme als Folge sozio-ökonomischer Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse. Schwerpunktthemen in Forschung und Lehre sind die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, der Wandel der Arbeitswelt, die zunehmenden Ungleichheiten im Bildungssystem, das Wiedererstarken von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die soziale und kulturelle Integration von MigrantInnen, aber auch die Folgen ökonomischer Globalisierungsprozesse für die Familien und das Zusammenleben der Menschen.

In der akademischen Lehre leistet das Fach Soziologie in Münster einen unverzichtbaren Beitrag zu einer Vielzahl von Studiengängen. Neben den bisherigen Master- und Promotionsstudiengängen bietet es einen Bachelorstudiengang an, zur Zeit wird ein Master- und Promotionsstudiengang mit dem Schwerpunkt „Sozialstrukturanalyse moderner Gesellschaften“ vorbereitet. Einen Schwerpunkt in der Lehre bildet die Ausbildung in der empirischen Sozialforschung, in der die Soziologie wichtige Serviceleistungen für andere sozialwissenschaftliche Disziplinen erbringt.

Die feste Verwurzelung der Soziologie im Kanon der Wissenschaften an der Universität Münster zeigt sich zudem darin, dass sie fächerübergreifend wichtige Anteile an einer Vielzahl von Studiengängen wie Geographie, Psychologie, Kommunikationswissenschaft, Politikwissenschaft und Erziehungswissenschaft übernimmt. Außerdem erbringt sie wichtige Anteile in den verschiedenen Lehramtsstudiengängen.

Insgesamt studieren etwa 2700 StudentInnen im Rahmen grundständiger Studiengänge mit sozialwissenschaftlichen Schwerpunkten sowie etwa 3000 Lehramtsstudierende im Rahmen ihres erziehungswissenschaftlichen Begleitstudiums.

Die vielfältigen Beiträge der Soziologie zu den diversen Studiengängen können aber auf hohem wissenschaftlichem Niveau auf Dauer nur gewährleistet werden, wenn sie fundiert sind in einer Forschungspraxis, die die jeweils aktuellen gesellschaftlichen Konflikte und Problemlagen im Blick hat. Ebendies aber ist nur in einem eigenständigen Institut mit einer hinreichenden Ausstattung an wissenschaftlichem Personal möglich. Eine Entkoppelung von Lehre und Forschung würde auf eine Verschulung des akademischen Studiums hinauslaufen. Ist das wirklich gewollt?

Die seit Jahren zu beobachtende schrittweise personelle Dezimierung des Faches Soziologie in Münster hat inzwischen zu einer massiven Verschlechterung der Studienbedingungen durch überfüllte Seminare und zu einer kaum noch zumutbaren Prüfungsbe-

lastung der Lehrenden geführt. Das konterkariert alle Argumente für eine „Verbesserung der Lehre“ durch die Einführung von Studiengebühren.

Wir fordern daher mit Nachdruck die Rückgabe gestrichener ProfessorInnen- und MitarbeiterInnen-Stellen sowie ein Ende des Abbaus des Faches Soziologie in Münster. Ein eigenständiges soziologisches Institut mit seinem Forschungs- und Lehrpotenzial ist an einer wissenschaftlichen Hochschule von der Größe und dem Rang der Universität Münster zwingend notwendig!

Gerade heute, wo allenthalben von unveränderlichen ‚Sachzwängen‘ und ökonomischen Erfordernissen die Rede ist, scheint der kritische Stachel einer Soziologie, die sich als ‚Störenfried‘ im eingespielten gesellschaftlichen Funktionsgefüge versteht, unverzichtbar. Eine freiheitliche Gesellschaft erkennt man auch daran, wie viel Soziologie sie sich leistet.

Der Vorstand des Instituts für Soziologie
Die Fachschaft Soziologie



Kommentar: Soziologie - ein Opfer der Profitgesellschaft?

Es sieht so aus, als hätte es niemand kommen sehen, doch dabei stand es schon seit langer Zeit fest. Seit vielen Jahren verfolgt das Rektorat eine Politik des Personalabbaus in der Soziologie. Waren am Institut im Jahr 2000 noch zehn Professoren beschäftigt, wurde das Personal mittlerweile halbiert. Erst im Januar dieses Jahres wurde eine weitere Professur gestrichen. Die düstere Zukunftsvision, dass die Soziologie bald ganz von der Bildfläche der Universität Münster verschwindet, scheint nun bald Wirklichkeit zu werden.

Trotz dem schon immensen Stellenabbau und der immer größer werdenden Zahl von Studierenden sollen nun - so befürchten informierte Kreise - bis 2009 auch noch zwei weitere Professorenstellen abgebaut werden. Ebenso soll die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter um ganze 50 Prozent gesenkt werden. Wenn man sich diese Zahlen einmal vor Augen führt, könnte man meinen, unsere Rektorin leidet an einer mangelnden Realitätssicht, die auch bei vielen Politikern zu finden ist. Die Uni bekommt dank Studiengebühren mehr Geld, die Studierendenzahlen steigen immer weiter und im Gegenzug werden Stellen gestrichen und somit weniger Seminare angeboten. Die jetzt schon schwierige Situation, einen passenden Prüfer zu finden, würde sich noch steigern. Wie sollen zwei Professoren und ein paar

wenige Mitarbeiter den Ansturm von Studenten bewältigen? Wo sich heute schon 200 Seminarteilnehmer am Institut für Soziologie in einen Raum quetschen, der eigentlich für 80 Studenten ausgelegt ist, sollen also noch weniger Veranstaltungen stattfinden? Wo bleibt denn da die Logik? Heimlich und leise wird hier versucht, den Fachbereich der Soziologie ganz von der Fächerliste zu streichen. Es ist erstaunlich, dass eine Volluniversität einen Lehr- und Forschungsbetrieb ohne die Soziologie abhalten will. Die Soziologie, die sich mit Problematiken und Themen der Politik und der Gesellschaft beschäftigt, Systeme und ihre Funktionen analysiert und untersucht und gleichzeitig Aufschluss darüber gibt, wie die heutige moderne Gesellschaft funktioniert, soll also nicht mehr wichtig sein. Dabei ist es in Zeiten wie diesen besonders nötig, Gesellschaft zu analysieren und ihre Probleme zu thematisieren. Nicht zu vergessen ist die Funktion der Soziologie und die interdisziplinären Verknüpfungen zu anderen Wissenschaften. Die Soziologie spielt eine wichtige Rolle, weil sie Themen anspricht, die andere Fachbereiche wie die Naturwissenschaften oder die Informatik nicht ansprechen. Schwerpunktthemen in Forschung und Lehre sind am IfS die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, der Wandel der Arbeitswelt, die zunehmenden Ungleichheiten im Bildungssystem, das Wiedererstarken von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die soziale und kulturelle Integration von MigrantInnen, aber auch die Folgen ökonomischer Globalisierungsprozesse für die Familien und das Zusammenleben der Menschen. Ein Armutszeugnis für eine Universität, die solch einen Forschungsbereich nicht mehr für nötig hält. Aber das Institut für Soziologie ist mit seiner Situation nicht alleine. Zunehmend soll auch das Germanistische Institut mehr Studenten aufnehmen, aber mit weniger Lehrenden auskommen. Man schaue nur einmal in den Bereich der Erziehungswissenschaften, da

geht das ja auch: Statt 50 eingeplanten Studenten stehen plötzlich 300 vor der Tür, da müssen halt ein paar Leute auf Boden und Fensterbänken sitzen, das geht schon. Machen die Diplom- und Lehramtsstudenten ja sowieso schon seit Jahren mit. Da leidet nicht nur die Qualität des Studiums, sondern auch der Ruf der Universität. Hier zu studieren kostet Nerven. Wie lange sich die „ach so schöne Universität Münster“ noch so großer Beliebtheit erfreuen wird, bleibt bei dieser Hochschulpolitik fraglich. Doch wo gehen die abgebauten Stellen eigentlich hin? BWL, Biologie, Technik, Informatik - die laut Globalisierung wichtigsten und wirtschaftlich am meisten Erfolg versprechenden Fachbereiche. Nichts gegen die BWLer oder Biologen - doch stellt sich da nicht universitätsintern eine Hierarchie auf, die nur auf Leistung, Erfolg und wirtschaftlichem Prestige beruht? Diese Sichtweise stellt eine klare Diskriminierung der Studierendenschaft dar. Dabei werden in dieser Gesellschaft Soziologen, Germanisten, Erziehungswissenschaftler, BWLer, Biologen, Techniker u.s.w. allesamt gebraucht. Während sich die vermeintlich renommierten und geförderten Fachbereiche wie BWL und andere auch deutschlandweit profilieren, lässt die Universität die Geistes- und Sozialwissenschaften am langen Arm verhungern. Doch es nützt nichts, alles auf das Bologna-Abkommen und die Hochschulreformen zu schieben, auch wenn da ganz klar die Wurzeln für die Problematik liegen. Die Verantwortung für die Qualität von Forschung und Lehre trägt die Universität. Da stellt sich die Frage, wie das in Zeiten von Studiengebühren weitergehen soll, denn wo unsere Gelder hingehen, weiß nur die Universität. Wir Studenten werden immer als letzte gefragt, so wird es Zeit, dass diese unverständliche und unlogische Hochschulpolitik ein Ende findet.

Jennifer Kahn



„Demontage“

In Medias Res: Soziologen in Not

Wie schön! Eine Jubelnachricht jagt die nächste. Erst bekommen wir in Münster Studiengebühren (dafür werde ich mich mindestens noch in den nächsten 10 Kolumnen beim Mäzkchen bedanken, DANKE MAX!!!), dann wird vom Rektorat in aller Ruhe ein Studiengängchen nach dem anderen platt gemacht. Dabei dürfte jetzt doch dank der Gebühren (s.o.) die längste Zeit Schmalhans in Münster Küchenmeister gewesen sein. Ab dem kommenden Wintersemester sprudelt es schließlich aus den Taschen aller Studis kräftig in die Kassen der WWU. Da sollte, meint man, die Rettung des einen oder anderen Institütchens drin sein. Der Qualitätspakt ist schon ewig durch! Wir haben genug gespart, denken sich die Geisteswissenschaftler und wiegen sich in Sicherheit. DENKSTE! Nicht so lang Ihre Magnifizenz Nelles am Herd steht. Da herrschen andere Sitten und werden andere Saiten aufgezo-gen. Und in den neuen Zeiten bekommen die Münsteraner Soziologen ihre Beine nicht mehr unter den reich gedeckten Buffettisch. Stattdessen sollen nach einem Geheimplan, der Daimler Ming aus unzuverlässigen Quellen zugespielt worden ist, mit dem Geld aus Euren Gebühren folgende, revolutionäre Projekte angepackt werden: Erstens: Das Juridicum soll mit Blattgold neu eingedeckt werden. Begründung: Schon lange häufen sich beim Rektorat die Beschwerden neu eingeschriebener Juristen und BWLER, dass das Gebäude zu wenig repräsentativ sei. Zweitens: Das Schloss wird komplett abgerissen und neu als 1:1 Kopie des Schlosses von

Versailles wieder aufgebaut. Begründung: Die Rektoratsleitung ist es leid, sich die Toilette im Untergeschoss des Schlosses mit Personen außerhalb des ‚inner circle‘ zu teilen. Außerdem ist es günstiger das Schloss komplett neu zu errichten, als es jahrelang zu renovieren. Drittens: Ein Privatjet wird für den exklusiven Gebrauch der Uni-Leitung und willigere studentische Senatoren angeschafft. Begründung: In einer globalisierten Welt muss auch das Rektorat der Westfälischen Wilhelms Universität Flexibilität und Mobilität beweisen. Deshalb. Blablabla. Last but not least: Dank Kyrill ist auf der Promenade vor dem Schloß jetzt endlich genug freier Platz für eine feine Landebahn! Und viertens: Freibier für alle! War nur nen Witz. Das stand natürlich nicht in dem Geheimplan. Hab ich aber druntergekritzelt, als ich das Dokument zurückgeben musste. Vielleicht hilft es ja was. Dabei hätte ich doch lieber drunter schreiben sollen: Hände weg vom Soziologie-Institut! Denn da sind auch Daimler Mings ganz eigene, vitale Interessen bedroht. Bier kann man sich notfalls noch auf der Straße schnorren. Aber wer von den 1,5 Soziologie-Professoren soll mich und die anderen Soziologiestudenten denn bitte alle prüfen? Wenn es hart auf hart kommt und ich und die anderen Bummelstudenten sich mal zur Prüfung anmelden? Andererseits wäre

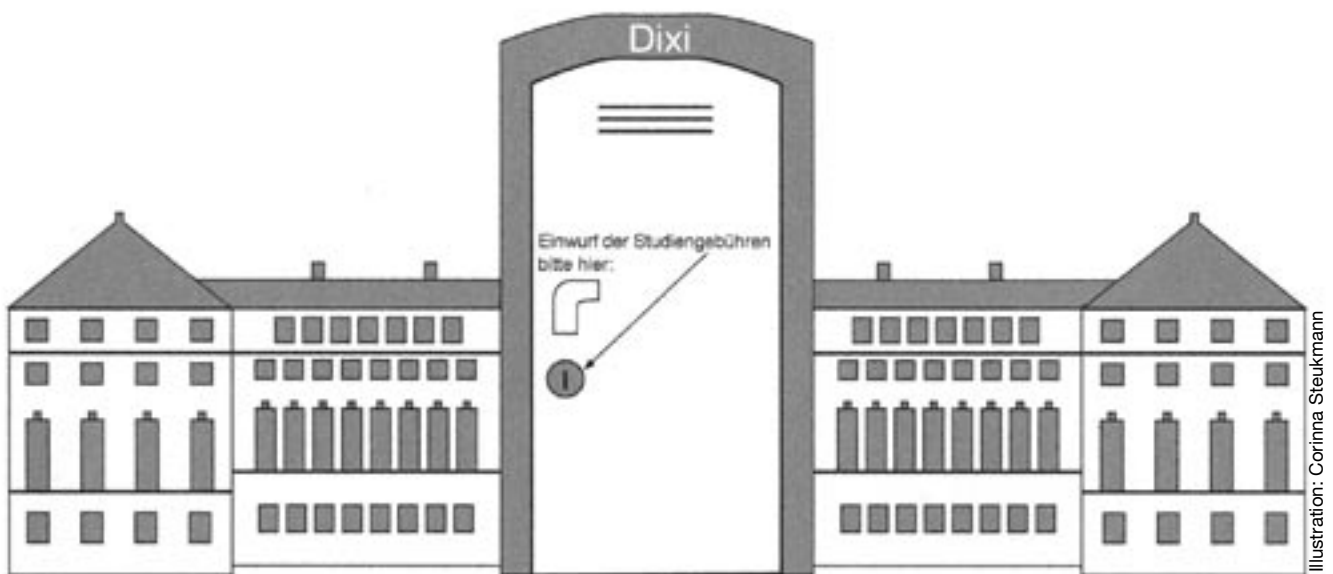
das wirklich ein guter Grund, noch ein paar Semester dranzuhängen: „Tut mir leid Gesellschaft, ich bekomme es nicht hin. Liegt nicht an mir. KEIN PRÜFER!“ Aber dann beschweren sich gleich alle wieder über die Langzeitstudenten. Auch wenn meine Argumentation vielleicht nicht die Überzeugendste ist (Die sachliche Argumentation fällt in das Ressort der übrigen SSP-Redakteure), es muss diesmal gesagt werden: So nicht! Basta Ya!! Hände weg von den Soziologen!!!Auf einen feurigen Protest freut sich,

Daimler Ming.

Leserfrage: Was kann man mit den Studiengebühren noch alles Sinnloses machen? Wer sich solidarisieren möchte kann dies problemlos zu Hause vor dem Rechner tun und zwar hier: <http://egora.uni-muenster.de/soz/studieren/petition/index.php>

Das solltet auch ihr protestfaules Volk da draußen schaffen. Die Leser des Semesterspiegels sind an dieser Stelle natürlich nicht angesprochen.

(D.M. ist Geisteswissenschaftsstudent im höheren Fachsemester. Sein richtiger Name ist der Redaktion bekannt. Wer Lust hat Daimler Ming zu schreiben, und zum Beispiel die Leserfrage zu beantworten, kann dies unter daimlerming@gmail.com ohne Garantie auf Antwort tun.)



Mein Schatz der Nebensatz

Im Zuge des Jahres der Geisteswissenschaften hat das Germanistische Institut der WWU verschiedene Vortragsreihen und einige Einzelveranstaltungen organisiert. Die Vortragsreihe „Die deutsche Sprachmisere - ein natürlicher Sprachwandel?“ eröffnete am 10. Mai Prof. Dr. Susanne Günthner (Münster) mit dem Thema: „weil - es ist zu spät. Ist die deutsche Nebensatzstellung noch zu retten?“

Erwartet hatte der stellvertretende Chef-Redakteur der Westfälischen Nachrichten, der zum Auftakt der Reihe im hauseigenen Vortragssaal einige Worte ans Plenum richtete, etwa 50 Interessierte. Tatsächlich kamen über 100 Menschen, die nicht nur den Spezies Dozent oder Student zuzuordnen waren. So mussten sich Etliche mit einem Stehplatz begnügen.

Nach kurzer Vorrede von Dr. Elvira Topalovic und Benjamin Stoltenburg wurde der Hörer eingangs mit plakativen Beispielen konfrontiert. Bereits im September 1989 postulierte die ZEIT die Besinnung auf die konventionelle Nebensatzstellung. Ferner wurde ein Artikel der Berliner Zeitung aus dem Jahre 1996 zitiert, der unter anderem Gregor Gysi und Ulrich Wickert eine Vernachlässigung ihrer „Vorbildpflicht in grammatischen Belangen“ vorwirft, da sie im Nebensatz die unter Fachleuten sogenannte „Verbzweitstellung“ verwendet hatten. Selbiger Artikel weist auf eine Bürgerinitiative hin, die es sich - unter dem Slogan „Rettet den deutschen Nebensatz!“ - zur Pflicht gemacht hat, solche Verfehlungen aufzudecken und anzuprangern. Und auch Bastian Sick empört sich in „Der Dativ ist dem Genetiv sein Tod. Folge 2“ über dieses Phänomen.

Im Lichte des breiten Missmutes und derartiger Verfehlungen durch prominente Vertreter, lag die Vermutung nahe, dass es zu spät sei. Zunächst jedoch beleuchtete Prof. Dr. Günthner die Sache von der wissenschaftlichen Seite. Empirische Studien belegen, dass sowohl *weil* als auch *obwohl* in der gesprochenen Sprache mit Verbzweitstellung auftreten. Konventionellerweise ist sie aber im Deutschen dem Hauptsatz vorbehalten. Untergeordnete Sätze (Nebensätze) zeichnen sich dadurch aus, dass das finite Verb am Ende steht. Dies müsste demnach auch für *weil*- und *obwohl*-Sätze gelten, welche in der gesprochenen Sprache gehäuft durch Verbzweitstellung auffallen. Was steckt also hinter diesem Phänomen? Die Klagen führen Faulheit der Sprecher, den Einfluss des Englischen oder der Neuen Medien und sogar inadäquaten Sprachgebrauch von Migranten als Ursachen an.

In Studien zu deutschen Alltagsgesprächen hinterfragte Frau Günthner den konkreten Gebrauch der *weil*- und *obwohl*-Sätze. Ihre Ergebnisse zeigen, dass *weil* mit Verbendstellung vorwiegend dann auftritt, „wenn eine enge inhaltsbezogene Anbindung zwischen dem Hauptsatz und der mit „*weil*“ gelieferten Begründung markiert wird“. Der *weil*-Satz wird hierbei dem Hauptsatz voran- oder nachgestellt. Im Gegensatz dazu taucht *weil* mit Verbzweitstellung nur nachgestellt auf. Außerdem konnten für den Gebrauch dieser Konstruktion verschiedene Gründe nachgewiesen werden, die Frau Günthner eingehend präsentierte. Durch die Verbzweitstellung wird etwa die Relevanz der Informationen hervorgehoben, indem der Nebensatz als gleichwertig mit dem Hauptsatz und somit eigenständig behandelt wird. Weiter wird sie bei epistemischen Begründungen eingesetzt. „D.h. ich begründe nicht, weshalb der geäußerte Sachverhalt zutrifft, sondern ich liefere den Grund, weshalb ich zu der betreffenden Schlussfolgerung gekommen bin.“ Die konventionelle Verbendstellung würde die Bedeutung sogar verändern. Die Begründung einer Sprechhandlung kommt ebenso - durch Verbzweitstellung markiert - auf. Außerdem wird *weil* eingesetzt, um eine Beziehung zwischen aufeinander folgenden Gesprächsteilen zu schaffen. Es leitet dann „eine größere Sequenzeinheit, teilweise sogar eine ganze Erzählsequenz“ ein. Die folgende Verbzweitstellung ist hierbei durchaus einleuchtend.

Die Ergebnisse zeigen, dass im Falle von *weil* mit Verbzweitstellung nicht vorschnell ein grammatischer Missgriff unterstellt werden sollte. Zumindest in der gesprochenen Sprache erfüllt es verschiedene Funktionen.

Auch *obwohl* mit Verbzweitstellung wird funktional eingesetzt. Ebenso wie bei *weil* ist dessen Vorkommen auf nachgestellte Nebensätze beschränkt. Die *obwohl*-Konstruktion wird wiederholt als Korrekturmarker eingesetzt, z.B.: „Ich nehm noch ein Stück Kuchen. (-) Obwohl (.) ich hab schon zwei gegessen“. Die Verbzweitstellung grenzt diese Gebrauchsweise vom „normalen“ konzessiven Gebrauch ab.

Der gespannte Zuhörer kann weiter spekulieren, ob das Fazit zugunsten des konservativen Nebensatzes oder der Verbzweitstellung ausfällt, während er mit Frau Günthner einen Streifzug durch die Grammatiken unternimmt. Schon in den 90er Jahren verweisen einige Grammatiken auf das Vorkommen der Verbzweitstellung bei *weil* und *obwohl* in gesprochenem Deutsch. Einige Zeit später werden diesen Vorkommnissen schließlich auch mögliche Funktionen eingeräumt.

Frau Günthners Fazit schließlich fällt für die deutsche Nebensatzstellung günstig aus. Sie kann keinesfalls als gefährdet bezeichnet werden, da die Verbzweitstellung lediglich in Zusammenhang mit wenigen Konjunktionen auftritt. In diesen konkreten Fällen könnte es aber durchaus dazu kommen, dass die Verbzweitstellung irgendwann ihren Weg in die Schriftlichkeit findet, denn Sprachwandel geht meist von gesprochener Sprache aus.

Außerdem zeigt Günthner den historischen Aspekt auf. Bereits in älterer Literatur (z.B. Brechts *Mutter Courage*) kommt bei fingierter Mündlichkeit die Verbzweitstellung im Nebensatz vor. Auch Briefe des 19. Jahrhunderts belegen die Historizität dieser Konstruktionen. In den letzten Jahrzehnten stieg die Zahl der Belege allerdings an.

Die Inflation konnte der geneigte Zuhörer nur bestätigen. Schließlich wusste er nur zu genau, dass diese Formen epidemieartig die verschiedenen Kommunikationsformen infizierten. Frau Günthner wies Zeitung, TV, Werbung und Interviews als weitere Quellen aus. Dies zeigt, dass die Verbzweitstellungskonstruktionen nicht mehr nur im informellen Rahmen auftreten, sondern (wie verschiedene regional-umgangssprachliche Formen) in formellere Kontexte aufgenommen werden.

Abschließend betonte Frau Günthner das Vorliegen einer Fehleinschätzung der Kritiker. Denn diese ignorierten, „dass die beiden Konstruktionstypen von *WEIL*- und *OBWOHL*-Äusserungen weder funktional noch grammatisch äquivalent sind, und man folglich auch

Fortsetzung auf Seite 36

nicht einfach die scheinbar „ungrammatische“ Hauptsatz-Variante durch die „grammatische“ Nebensatz-Konstruktion ersetzen kann“.

Es bleibe jedem selbst überlassen, wie er darüber denkt. Eine wissenschaftlich fundierte Meinung haben wir mit Prof. Dr. Susanne Günthners Vortrag eingeholt. Mir bleibt zu sagen, dass es ein wirklich guter, informativer Vortrag war, der sicherlich den einen oder anderen Kritiker im Plenum zum Grübeln gebracht hat. Bei Frau Günthner möchte ich mich herzlich dafür bedanken, dass sie mir ihr Skript zur Verfügung gestellt hat. Die Zitate entstammen Selbigem. An weiteren Vorträgen Interessierte verweise ich an: http://noam.uni-muenster.de/stoltenburg/projekte/jdgw2007_main.htm

Annalena Brix

Beispiele von Günthner:

- a) GELD WIE HEU (Relevanz)
22 Hella: das find ich auch nich so TRAgisch,
23 weil (.) der hAt (.) GELD WIE HEU.
24 ECHT.
- b) FRÜHSTÜCK (epistemische Begründung)
12 Anni: der hat sicher wieder gsoffen. (-)
13 weil(.)sie läuft total deprimiert durch die gegend.
- c) KINO (Begründung für Sprechhandlung)
1 Bert: und was gibts außer Cinema Paradiso.
2 (-) weil (.) DEN hab ich schon gesehen.
- d) Autopanne (einleitende Funktion)
01 Nina: ohh ja des- bei mir wars eigentlich ziemlich
lustig;
02 weil also-
03 ich hatte mal ne zeitlang n auto gehabt,
04 und dann ähm: hatt ich auf der autobahn ne panne,
05 un-d äh s ging echt nichts;
06 Iris: mhm,
07 Nina: mehr ne ganze elektrik war kaputt und so,
08 ohh und dann: äh,
09 ja halt notrufsäule ne,
10 dann kam halt der ADAC an,

Anzeige

AStA Druck

Allgemeiner Studierendenausschuss
der Universität Münster • Druckerei

Schlossplatz 1
48149 Münster
Tel.: 02 51 - 832 30 58
Fax: 02 51 - 51 92 89
Mail: asta.druck@uni-muenster.de

Junicartoon: Der kritische Stachel



Fotoausstellung

„Bildnisse der Erde. Lebenswelten von Campesin@s und Indigenas der Anden Lateinamerikas. Die Menschen der „Teekooperative Té Huyro“ von Danilo Christidis



Diese Woche endete die Fotoausstellung „Bildnisse der Erde. Lebenswelten von Campesin@s und Indigenas der Anden Lateinamerikas. Die Menschen der „Teekooperative Té Huyro“, die vom Referat für Frieden und Internationales des AstA der Uni Münster organisiert wurde. Sie war zwei Wochen lang im Café Weltbühne der ESG zu besichtigen.

Die Fotos der Ausstellung von Danilo Christidis aus Porto Alegre/Brasilien dokumentieren das Leben und die Protestkämpfe der Bäuerinnen und Bauern, die der Teekooperative in Cusco/Peru angehören. Die Campesin@s begannen sich in den 1960er Jahren zu organisieren und besetzten in den 1980er Jahren eine leerstehende Teefabrik. Seitdem wird die Fabrik von ihrer Kooperative, die etwa 150 Campesin@s vereinigt, genutzt.

Die Fotoausstellung vermittelte Eindrücke des täglichen Überlebenskampfes der Mitglieder der Teekooperative. Die Menschen sind bis heute starker Repression von Seiten des Staates und der ehemaligen Besitzer und Interessenten an der Teefabrik ausgesetzt. Dennoch haben sie es geschafft, gemeinsam unabhängig zu werden. Neben der Teefabrik gibt es eine von der Kooperative betriebene Bäckerei, eine Krankenambulanz und eine Radiostation.

Zum Fotografen Danilo Christidis:

Danilo kommt aus Porto Alegre/Brasilien und ist seit 2004 als Fotograf tätig. Er hat im Oktober 2005 erstmals die Fotoausstellung „Os retratos da terra“ Bildnisse der Erde über die Teekooperative in Té Huyro in Porto Alegre gezeigt. Als letztes hat er im Juni 2006 zusammen mit einem anderen

Fotografen ebenfalls in Porto Alegre die Fotos der Kooperative zusammen mit Fotos über Indigenas aus Ecuador, in der Fotoausstellung „AndinoS - O grito colectivo -- AndinoS“ („Der gemeinsame Schrei“) gezeigt. Diese Ausstellung wurde über einen Monat durch Debatten und Informationsabende zusammen mit Guarani Indigenas, Professoren der Universität Porto Alegre und Journalisten begleitet.

Zur Zeit arbeitet er in einem Projekt über Landrückgabe zusammen mit Guarani Indigenas. Er ist zudem Landschaftsfotograf und hat Dauerausstellungen in Porto Alegre. Weitere Informationen über seine Person sind unter www.photoslivres.com zu finden.

Beitrag: Miriam Trzeciak und Cato Schirmer

ZUGzwang

„Schreib‘ doch mal etwas über die Verspätungen bei der Deutschen Bahn!“, lautete die einmütige Aufforderung meiner Kommilitonen. Also gut, schreib ich eben darüber:

Das rechte Ohr lauscht halbherzig den Ausführungen der Dozentin zu Papst Leo III. und Kaiser Karl dem Großen. Das linke Ohr konzentriert sich auf das Ticken der Armbanduhr.

Auf ihr schleicht der Minutenzeiger der sechs entgegen. Als er sie endlich erreicht, stehe ich auf und stehe mich aus dem Saal. Diese Uniwoche wäre geschafft. Die letzte Viertelstunde meiner Vorlesung schenke ich mir. Ich habe es eilig. In 27 Minuten fährt mein Zug von Gleis 12 in Richtung Heimat. Den Bahnhof erreiche ich planmäßig, sogar früher als erwartet. In der Eingangshalle scanne ich die Tafel nach meiner Verbindung: „5 Minuten Verspätung“ -

Das ist in Ordnung. Bleibt noch Zeit, eine Zeitung zu kaufen und in aller Ruhe zum Bahnsteig zu zotteln. Dort angekommen staune ich über den IC, der dort bereits auf mich zu warten scheint. Der Blick auf die Anzeige gibt mir Recht: Das ist der InterCity nach Hamburg Altona. Trotzdem, irgendetwas ist faul. Der ganze Bahnsteig ist voll mit Leuten, die keine Anstalten machen, in den Zug zu steigen. Es liegt dieser ganz bestimmte Hauch von „Drama“ in der Luft, den man aus steckengebliebenen Fahrstühlen kennt. Ich quatsche den nächstbesten Herren an. Eine gute Wahl, er redet freudig drauf los. Er versichert mir, dass das der Zug nach Hamburg sei und dass es nun auch bald weitergehen solle. Wieso BALD? Meine Augen wandern noch einmal zur Anzeige: 14:57 Uhr! VIERZEHN? Aber ich warte doch auf den 15:57er! Das hier ist allem Anschein nach der Vorgängerzug, der schon fast eine einstündige Verspätung angehäuft hat. Meine Sinne haben mich nicht getäuscht.

Es lag tatsächlich „Drama“ in der Luft, allerdings weniger ein Hauch, als viel mehr eine steife Brise. Ich laufe zurück zur Anzeigetafel der Eingangshalle. Vielleicht wird mein Zug auf ein anderes Gleis umgeleitet? Fehlanzeige. Stattdessen stehen hinter meiner Verbindung mittlerweile „15 Minuten Verspätung“. Also zurück zum Bahnsteig und warten. Der auskunftsfreudige Mann von vorhin kommt nochmals auf mich zu. Die Lok hat einen Schaden. Ein neuer Triebwagen wird gerade installiert. Es soll in Kürze weitergehen. Die „in Kürze“-Formulierung ist keine Überraschung. Dass der Mann nochmals auf mich zugekommen ist, allerdings schon. Die-



Illustration: Manuel Rodriguez

se so ungewohnte Hilfsbereitschaft ist es, die „Drama“ so angenehm macht. Irgendwann ist der 14:57 Uhr-Zug dann doch weg. Und nach weiteren zehn Minuten sitze ich im richtigen, in meinem IC. Ich habe mich nicht von den neuen Anzeigen irritieren lassen, die den 19:57(!) Uhr-Zug nach Hamburg Altona bzw. den 15:57 Uhr-Zug nach Hamburg Altona(!) ankündigten.

Am Hamburger Hauptbahnhof wird sich die Verspätung auf 40 Minuten summiert haben.

Denn nach dem 14:57er und einem Entlastungszug, ist der meinige 15:57er der dritte in der Schlange, der an jedem Haltepunkt zum Warten gezwungen wird.

Wirklich sauer bin ich an jenem Tag nicht gewesen. Vielleicht lag es daran, dass ich ausnahmsweise keinen Anschlusszug erreichen musste. Vielleicht lag es an „Drama“. Vielleicht am netten Mann auf dem Bahnsteig. Oder aber ich habe zum ersten Mal live erlebt, wie es zu Verspätungen kommt. Durch technisches Versagen, durch menschliches Versagen, oder schlimmer: durch „Personenschäden“ (Das ist, wie mir mal ein Fahrgast erzählte, der DB-Code für Suizidversuche auf dem Gleis.). Sicher, die Bahn wirbt mit Pünktlichkeit und Komfort. Davon kann keine Rede sein, wenn man sich an kalten Herbsttagen auf zugigen Bahnhöfen die Beine in den Bauch steht. Sicher, die Bahn ist ein Dienstleistungsunternehmen

mit Beförderungspflicht, die sie sich nicht zu knapp bezahlen lässt. Sicher ist aber auch: Verspätungen passieren nicht mutwillig und sind, wenn man mal ehrlich drüber nachdenkt, bei so vielen Einflussfaktoren gar nicht zu vermeiden. Und warum regen wir uns eigentlich immer so maßlos auf? Doch nur deshalb, weil wir den Beförderungsunternehmen VERTRAUEN. Wir vertrauen ihnen so sehr, dass wir uns geradezu verraten fühlen, wenn irgendetwas mal nicht nach Plan läuft. Und woher kommt das Vertrauen? Das speist sich aus den 90 Prozent der Fälle, bei denen keine Verspätungen auftreten. Eigentlich auch schön, oder?

„Verspätungen bei der Deutschen Bahn“ - Daraus hätte man mehr machen können, vielleicht sogar machen sollen. Eine herzerweichende Geschichte von einem Mädchen, das einen Tag vor Heiligabend nach einer Odyssee des nachts auf einem Bahnhof strandete, zum Beispiel. Ich hätte auch von meiner Freundin berichten können, deren Zug 15 Minuten zu früh(!) abfuhr. Aber das wäre zu einfach gewesen. Zu voraussehbar und deshalb nur mäßig lesenswert. In dieser Frühlingsausgabe setzte ich stattdessen auf Annäherung.

„Saures“ gibt's beim nächsten Mal wieder!

Mareen Kappis

Die bösen Geister, die ich rief...

Der Sitz der altehrwürdigen Westfälischen Wilhelms-Universität, das Schloss, war einmal mehr Schauplatz eines bedeutsamen Ereignisses. Nur war das Schloss diesmal weder Austragungsort einer Entlassungsfeier noch einer Tagung oder dergleichen. In den ortsansässigen Gazetten sollte der geneigte Leser nebst geneigter Leserin einen Tag später von der „Stürmung des Senats“ lesen können. Die Geschichte, die ich erzähle, beginnt da, wo die der anderen endet.

Ein wissbegieriger und eifriger Student an besagter höheren Lehranstalt wollte - nachdem er die Geschehnisse auf dem Schlossplatz aufmerksam verfolgt hatte - noch kurz bevor er auf seinem nichtmotorisierten, durch Muskelkraft betriebenen fahrbaren Untersatz von dannen brauste, eine kleine menschliche Notdurft verrichten. Dafür machte er sich auf in das barocke Bauwerk, in dessen Katakomben sich öffentliche Bedürfnisanstalten befinden. Dort angekommen tat er, was er tun musste. Doch währenddessen knallte es ganz plötzlich links neben ihm. Der Anfang oder (je nach Sichtweise) das Ende eines Verlängerungskabels peitschte an die Wand, an der postmoderne Nachfolgemodelle handelsüblicher Latrinen befestigt sind. Schnell alles gut verpackt lief er nach vorne - die öffentliche Bedürfnisanstalt erstreckt sich schlauchmäßig in den Katakomben. Aus dem Fenster lugte noch vorhin ein Verlängerungskabel, das seine Dienste mit der Einspeisung in das lokale Stromnetz tat. Jetzt hing da nur noch der anfangs- bzw. endlose Teil. Das fehlende Stück lag ja nun gut fünfzehn Meter weiter... Geistesgegenwärtig (den Geist des Individuums zu fördern ist ja die ureigenste Aufgabe einer höheren Lehranstalt) rannte er zur Tür und hielt nach allen Seiten Ausschau nach den Missetätern, doch die Sicht war frei. Indes führt linke Hand ein Treppenaufgang ins Foyer. Unerschütterlich lief er die Stufen empor und sah gut zwei Hände voll sich hastig fortbewegender Männer und Frauen in uniformiert oder maskiert anmutender Robe, die von der Art des Ganges und der wohl bald platzenden Halsschlagader sowie des äußeren Anblicks so gar nicht in die leer gewordene Eingangshalle des Schlosses passten. Wer war das?

Szenenwechsel. Die Einladenden und die hohen Würdenträger mögen es unter dem versammelten Volk (es gab in der Tat mehrere Stimmen, die sich in ihrer Akkumulation so bezeichneten) auf dem Schlossplatz schon gewusst haben, aber auch nur die. Alle anderen waren schon ziemlich überrascht (um einmal den Begriff mit der wahr-

scheinlich größten Schnittmenge zu bemühen), als ihnen mitgeteilt wurde, dass sich die Rektorin, ihre Prorektorin samt Prorektoren ausnahmsweise einmal mal Unterstützung von außen geholt hatten. Nein, die ebenfalls anwesende Staatsgewalt - wenige Straßenzüge weiter und unsichtbar für alle Beteiligten schon in der gleichnamigen Hunderterstärke aufgestellt - im Hintergrund meine ich jetzt nicht. Ein Gewerbebetrieb ist angeheuert worden, der seinen Broterwerb im Spiel mit der Sicherheit (man sollte besser sagen: mit der vermeintlichen Unsicherheit) seiner Auftraggeber bestreitet. Oder um mit einem berühmten, ob seines Namens blaublütig anmutenden Gelehrten zu sprechen: Der Gewerbebetrieb versteht sein Handwerk in der Fortsetzung der Politik mit anderen, eher etwas rustikaleren Mitteln. Umso unfassbarer war die Ermächtigung dieses Betriebes durch die Rektoratsmitglieder, das Hausrecht im Schlosse wahrzunehmen. Die Unternehmung entsandte zur Ausübung ihrer ihr auferlegten Pflichten rund ein Dutzend wagemutige Damen und Herren. Sie schauten in ihren Anzügen und Hosenzügen, die schon sehr an die von einigen Jahren ausrangierte Kollektion der Deutschen Bahn erinnerten, etwas verloren drein, schienen sie einen derartigen Auftritt sonst nicht alltäglich zu haben. Diese finsternen Gestalten bekamen von Rektorin & Co. darüber hinaus sogar die Erlaubnis, das mitgebrachte Hab und Gut willkürlich ausgewählter Senatorinnen und Senatoren zu durchsuchen. Erfreulicherweise mussten nur einige der Senatsmitglieder eine solche ehrabschneidende Prozedur über sich ergehen lassen. Die anderen gelangten gar nicht erst bis zum unrühmlichen Wühltisch am Hauptportal. Irgendwer - entweder die alten Hausherren und -damen oder die neuen - hatte gekonnt alle Nebeneingänge und Notausgänge verriegelt, was brandschutzrechtlich eine äußerst hitzige Angelegenheit zu werden drohte.

In Anbetracht der Lage insgesamt war es schon erschreckend, wie erbärmlich und armselig das Handeln maßgeblich Verantwortlicher an der höheren Lehranstalt werden konnte. Zudem war der

Hauptzugang mit dem Studienvolke versperrt. Bedauerlicherweise wollten die Spätankömmlinge vehement vereint den Ort des Entsetzens aufsuchen, waren aber angesichts ihres höheren Alters, ihrer betuchteren Kleidung und ihrer ehrvollen Art dann doch sehr rasch als Senatsmitglieder erkennbar. Was infolgedessen passierte, ist inzwischen hinlänglich bekannt oder sollte es zumindest sein. Der einheimische Blätterwald zeigte zwar anschaulich Bilder von dem Spektakel, für die unbeteiligten Bürgerinnen und Bürger der Provinzmetropole in deren guten Stuben sprachen die bewegten Variationen des regionalen Fernsehsenders indessen Bände. Da schlug für alle vor der Flimmerkiste deutlich sichtbar einer dieser Gentlemen exemplarisch für das brachiale Vorgehen seiner Kameraden und Kameradieschen auf ein an ihm vorbeieilen wollendes, unbescholtenes und eher unauffälliges Mädchen ein, nachdem schon längst die Massen an ihm und seinen Mitstreitern vorbeigezogen waren. Was mag ihr Vater vor dem TV-Gerät bei dem Anblick seiner Tränen und Angst ins Gesicht geschriebenen Tochter wohl gedacht haben?

Szenenwechsel. Der Hochschüler fuhr aufgrund eines höher eingestellten Ganges bei seiner Leezen nur langsam an, so dass ihm auf den Treppenstufen vor der inzwischen geöffneten linken vorderen Nebentür des Schlosses ein gutes halbes Dutzend dieser Vasallen in der Interaktion mit ihren Glimmstängeln auffielen. Einen kurzen Moment mag es gedauert haben, bis er all seinen rudimentären Mut zusammen nahm und sich ad hoc für die Zivilcourage entschied. Erste Blicke trafen ihn bereits beim Anrollen. „Entschuldigen Sie bitte, wenn man den Strom abschalten will, würde es schon reichen, den Stecker aus der Steckdose zu ziehen. Dafür muss man das Kabel nicht durchtrennen.“ Alle Blicke fielen in die gleiche Richtung. Zorn, Groll und Unmut mischten sich in fast jede Mimik. Mit einem Anflug von Humor erklärte der offensichtlich erregteste unter ihnen: „Aber

Fortsetzung auf Seite 40

wenn man den Stecker nur aus der Steckdose zieht, ist das Problem, dass man den wieder reinstecken kann.“ Ein seufzender Unterton in der Stimme entwich: „Das sollte für Sie doch kein Problem sein, oder?!? So ist das Kabel aber kaputt.“ Der Gesprächspartner entgegnete in Gedanken an seine Grundschulzeit: „Was habt ihr denn gemacht?!?“ Verdutzt ob des Konversationsverlaufs: „Ich habe gar nichts gemacht. Ich habe das mitbekommen und wollte Ihnen das eigentlich auch nur sagen. Für die Zukunft.“ Erbozt und anscheinend die Vorkommnisse einige Stunden vorher persönlich nehmend erwiderte das Gegenüber: „Das war Hausfriedensbruch!“ Leicht entnervt krochen die Worte die Stufen hinauf: „Das, was Sie stattdessen gemacht haben, war Sachbeschädigung.“ Der sich offenbar angesprochen fühlende ging einen Schritt vor und ballte eine Faust: „Seh zu, dass du mit deinem Fahrrad hier wegkommst, sonst...!“ An dieser Stelle dürfte es der Situation nicht gerade dienlich sein mit „Sonst was...?“ zu reagieren. Es gänzlich dabei zu belassen und angsterfüllt das Weite zu suchen muss dagegen auch nicht in seinem Sinne gewesen sein. Ein Kompromiss: „Sie brauchen mich deswegen nicht zu duzen; ich duze Sie ja auch nicht einfach. Ich möchte Sie bitten, sachlich zu bleiben und in Zukunft ihre Arbeit professioneller zu machen. Mehr nicht. Tschüß.“ Mit diesen Worten und ersichtlichem Raunen in den Reihen sattelte er seinen Drahtesel, machte sich tief beschämt für die Vorgehensweise „seiner“ Universität auf und düste bei nasskalter Witterung davon.

Daniel Reichmann

P.S. Gerüchten aus immer wohl informierten professoralen Kreisen zufolge ist das Promenadenstück am Hindenburgplatz ausschließlich deshalb niedrigerissen worden, weil die Schlossdamen und -herren dort ein Aufstellungsareal für paramilitärische Schlägerkohorten errichtet sehen wollen. Da bekommt studi schon einmal eine Vorstellung davon, was im Schloss unter „gut aufgestellt sein“ verstanden wird...

Blick ins Buch: Selten so gelacht

Das Leben in dieser unvollkommenen Welt voller Hektik, Arbeitslosigkeit und Unmut ist schon Ernst genug: Gut das es auf dem Markt der Bücher auch einmal etwas zu Lachen gibt. „Arschgeweih“ heißt das neue Exemplar eines Lexikons zur Gegenwart, was sich den puren Wahrheitsanspruch selbst zuschreibt. Doch wer hier ein dröges Werk mit Begrifflichkeiten und langweiligen und langatmigen Definitionen in anspruchsvollem Hochdeutsch erwartet, wird schnell enttäuscht sein. Mit einem witzigen und provozierendem Stil gehen die drei Autoren Oliver Kuhn (ja, das ist der Playboy-Chefredakteur, der durchaus auch über andere Dinge als Erotik schreiben kann), Alexandra Reinwarth und Axel Fröhlich auf die Suche nach den Trends und Phänomenen unserer heutigen Zeit. Von A wie Adoptions-tourismus bis Z wie Zungenpiercing ist hier (fast) alles zu finden, was heute ganz besonders hip ist. Das Beamten-deutsch bekommt hier ebenso sein Fett weg wie Sabine Christiansen oder der Dalai Lama. Wer sich bei einem Abend mit Freunden amüsieren will, der sollte unbedingt dieses Buch im Regal stehen haben. Obwohl die teilweise auch böse-ironischen Einträge des Lexikons dem ein oder anderen ein bisschen zu derb oder übertrieben vorkommen mögen, steckt dennoch in vielen Auslegungen durchaus begründete Kritik an unserer modernen Gesellschaft, an der Kriegsführung wahnsinniger Politiker oder den unverständlichen Marotten der Möchtegarn-Stars aus Film und Fernsehen. Der in diesem Buch dargebrachte Zynismus erinnert ein bisschen an Harald Schmidt. Dabei darf man sich auch ruhig einmal selbst an die Nase fassen: Welche Trends mache ich mit und was steckt eigentlich dahinter? Willkommen also in der Welt der Dailysoaps, Latte Machiatto-Trinker, der darmschonenden

Joghurts, Freitag-Taschen und Hybridautos, Kühlschrankschrankmagneten und Mao-Mützen, Masai-Barfuß-Technologie-Schuhen, Senioren auf Motor-rädern, Second Life, Umgebundene Po-Verdeck-Pullover und grüßenden Wanderer. Auch wenn man bei den meisten Einträgen getrost mitlachen und mitlästern kann - in einigen Punkten wird man auch selbst Antworten auf Fragen finden, die man sich schon immer gestellt hat, zum Beispiel warum Latte Machiatto immer in zu heißen Gläsern serviert wird oder Xavier Naidoo immer mit depressivem Untereton singt. Bei manchen Einträgen wird man sich denken, „Gut, dass es endlich mal jemand gesagt hat“. Oder man entdeckt sich selbst ein bisschen wieder, zum Beispiel wie man sich fühlt, wenn man aus Versehen in einen Designerladen stolpert.

Auf 231 Seiten Lesespaß kommt man bei diesem Buch aus dem Lachen nicht mehr heraus. Dabei hätten die Autoren mit Sicherheit noch Stoff für weitere 200 Seiten gehabt. Wer einmal ein bisschen Abwechslung vom öden Uni-Alltag braucht, liegt mit diesem Buch richtig. Bei der Lektüre sollte man jedoch nicht vergessen, nicht alles zu wörtlich oder persönlich zu nehmen. Und wer jetzt sagt, „Also, das Buch ist mir aber ein bisschen zu primitiv“, der muss wohl oder übel erkennen, dass es in der Gegenwart (leider) genug primitive Dinge gibt, die einen Eintrag in dieses Lexikon verdient haben.

Das Buch „Arschgeweih. Das wahre Lexikon der Gegenwart“ ist 2007 im Ullstein-Verlag erschienen und kostet in der gebundenen Ausgabe 14.90 Euro.

Jennifer Kahn



FH-AStA organisiert islamkritische Veranstaltungen

Zentralrat der Ex-Muslime in Münster

Der Allgemeine Studierendenausschuss der Fachhochschule Münster organisiert für dieses Sommersemester wieder eine umfangreiche Veranstaltungsreihe. Die Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Zur Förderung der kritischen Vernunft“ geht nunmehr in die achte Runde. Die Veranstaltungsreihe für dieses Sommersemester beinhaltet schwerpunktmäßig islamkritische Veranstaltungen. Die letzte der drei Veranstaltungen wird am sechsten Juni in der Stadtbücherei durchgeführt. Nachstehend die Beschreibung der letzten Veranstaltung:

Islamische Herrschaftskultur und religiöser Totalitarismus. Zum Verhältnis von Islam, Islamismus und kultureller Moderne.

Selbstmordattentate und Terroranschläge im Namen Allahs vor dem Hintergrund der Existenz einer islamischen Atombombe, Massaker an „Ungläubigen“ in Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit, wechselseitige Gewaltausbrüche zwischen Sunniten und Schiiten, Ehrenmorde und Zwangsheiraten unter Berufung auf islamische Vorschriften, Mordaufrufe gegen Islamkritiker und Drangsalierungen von Glaubensabtrünnigen, vielfältige Formen aggressiven Beleidigt-Seins wie zum Beispiel aus Anlass der Mohammed-Karikaturen, antijüdische und antiwestliche Hasspropaganda in Moscheen, islamischen Fernsehsendern und muslimischen Schulbüchern - die Tätigkeitsliste islamisch motivierter Akteure ließe sich noch beliebig erweitern. Dabei wären noch nicht einmal wesentliche Umtriebe der eingewanderten streng gläubigen Muslime benannt wie zum Beispiel: zunehmender Moscheebau, das Einklagen des Kopftuchtragens im öffentlichen Dienst, das Unterlaufen von schulischen Unterrichtsvorgaben, das Streben nach islamischem Religionsunterricht, die Durchsetzung tierquälerischen Schlachtens, die Forderung nach islamischer Sonderbehandlung in Krankenhäusern, Arztpraxen und Kindergärten sowie die Errichtung von parallelgesellschaftlichen Strukturen als Zonen der Außerkraftsetzung zentraler demokratischer Grundrechte.

Über all das wird in den Medien zwar in jähher Abfolge kurzatmig und schlagzeilenträchtig berichtet, aber zumeist in einer zerstückelten, zusammenhangsblinden, jeweils isolierten und damit nur oberflächlichen Weise, die keine tieferen Einsichten zulässt und wohl auch nicht zulassen soll. Denn immer wieder wird im Rahmen der Berichterstattung kontra faktisch mit dem erhobenen Zeigefinger der „politischen Korrektheit“ gedroht, der Zusammenhang zwischen orthodoxem Islam und Islamismus zerrissen und eine Generalamnestie der Muslime bzw. des angeblich so „friedliebenden“ und „toleranten“ Islam ausgelobt.

Im Vortrag wird genau diesen tabuisierten Fragen nachgegangen: Wie ist das Verhältnis zwischen dem Islam als normativer Ausdruck und ‚Bindemittel‘ vormoderner Herrschaftsverhältnisse und dem Islamismus als radikalisierte Variante des muslimischen Herrschaftsanspruchs beschaffen? Welche Rolle spielt hierbei die Herausforderung durch die ‚kulturelle Moderne‘? Welche funktionalen Eigenschaften und strategischen Besonderheiten weist der Islamismus als komplexe Bewegungsform auf? Aus welchen Grundelementen setzt sich die islamistische Ideologie zusammen und was zeichnet sie als kulturspezifische Form einer regressiven Widerstandsverarbeitung aus?

Hartmut Krauss, Osnabrück
Sozialwissenschaftler und Publizist
Zahlreiche Aufsätze in Zeitschriften und im Internet

Letzte Buchveröffentlichungen:
Faschismus und Fundamentalismus. Varianten totalitärer Bewegung im Spannungsfeld zwischen ‚prämoderner‘ Herrschaftskultur und kapitalistischer ‚Moderne‘.

Das Testament des Abbé Meslier.
Die Grundschrift der modernen Religionskritik.

Anzeige

„Ich unterstütze **ÄRZTE OHNE GRENZEN**, weil sie in Krisengebieten helfen, über die kaum jemand spricht.“

Barbara Rudnik, Schauspieler:in



ÄRZTE OHNE GRENZEN hilft weltweit Opfern von Krieg und Gewalt und klagt an, wenn deren Rechte mit Füßen getreten werden.



Bitte schicken Sie mir unverbindlich

- ☐ allgemeine Informationen über **ÄRZTE OHNE GRENZEN**
- ☐ Informationen für einen Projekteinsatz
- ☐ Informationen zur Fördermitgliedschaft
- ☐ die Broschüre „Ein Vermächtnis für das Leben“

Name _____

Anschrift _____

E-Mail _____

ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.
Am Köllnischen Park 1 • 10179 Berlin
www.aerzte-ohne-grenzen.de
Spendenkonto 97 0 97
Sparkasse Bonn • BLZ 380 500 00

11104519

Unsachliche Buchstaben: Corporate Identities

Ich versteh' die Welt nicht mehr. Nee, der Satz ist schon falsch, ich hab sie wohl nie verstanden. Ist aber unwichtig, brauchte nur einen Einstieg für diesen Artikel. Seit Anfang dieses Jahres subventioniere ich also mit meinen Steuern die Kinder reicher Eltern mehr als die meiner armen Nachbarn. Und nun soll ich auch noch Frau von der Leyens erhöhten Bedarf an Krippenplätzen bezahlen, damit schwerbeschäftigte Doppelverdiener überhaupt Lust auf's Kinderkriegen kriegen, weil sie nun dabei ja auch doppelverdienend bleiben können. Seltsam, vor ein paar Jahren wurde man noch von einer durch die Medien gehetzten Sau namens Überbevölkerung überrannt, und mittlerweile ist man als Kinderloser schon ein gemeingefährlicher Zersetzer der sozialen Sicherungssysteme. Nun gut, ich bin ja guten Willens und hab mir daher was einfallen lassen, um beide demographischen Katastrophen gleichzeitig zu verhindern: Ich schließe mich mit einer abschiebungsbedrohten Familie mit vier Kindern zusammen. Damit tu' ich meinen Teil zur Rettung der Sozialsysteme hierzulande und bekämpfe gleichzeitig die Überbevölkerung anderswo, in dem ich den Kids aus dem Flüchtlingslager meine Staatsbürgerschaft vererbe, die sonst meinen eigenen Kindern zustünde, aber die spar ich mir ja dafür. Toll, wa?

Ich hab' die Idee dann in kleinem, aber einigermaßen sachkundigem Kreis vorgestellt (der LeserInnenschaft einer überregionalen Qualitätszeitung) und bin auf allgemeine Begeisterung gestoßen. Bei mindestens 100.000 Abschiebungsbedrohten und wer weiß wie vielen illegal Eingewanderten könnte man da schon einiges gegen die demographische Zeitbombe tun. Eines Abends sprach mich dann ein Jungspund mit Filzlocken und Nasenpiercing in der Kneipe an und zeigte mir seinen Dienstaussweis. Verfassungsschutz. „Sie gefährden die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Wir raten Ihnen dringend, mit uns zu kooperieren“. Ich sagte ihm, dass das nicht geht, weil Nebenjobs genehmigt mein Chef nicht so einfach, vor allem nicht solche, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährden. Der Typ wurde unverschämt. Am nächsten Morgen ging ich also zu seinem allerbersten Chef um mich zu beschweren, jawohl, zum Staat höchstpersönlich:

Ich: Was soll der Scheiß?

Er: Sie können den Leuten doch nicht ernsthaft so einen Floh ins Ohr setzen. Massenhafte Einwanderung in die Sozialsysteme können wir uns nun wirklich nicht leisten. Der Beckstein hat mir das neulich in allen Einzelheiten erklärt.

Ich: Aber die sind doch schon längst eingewandert. Und Flüchtlingslager, Abschiebeknäste und Fresspakete von der Caritas, sind das etwa keine deutschen Sozialsysteme? Warum will denn der Beckstein nicht, dass die dafür irgendwann auch mal was einzahlen?

Er: Aber die ganzen Rassisten überall! Wenn die erstmal merken, dass die Kids aus dem Lager besser deutsch sprechen als sie selbst und ihnen deswegen auch noch die hinterletzten Callcenterjobs vor der Nase wegschnappen... Das gibt doch Mord und Totschlag.

Ich: Deine Fürsorglichkeit hast du auch schon mal überzeugender geheuchelt. Eine gründliche Rasterrassistenfahndung, einfach allen sichere Jobs beim Verfassungsschutz anbieten, und schon geben die Ruhe.

Er: Ja, wissen wir doch, ist in Arbeit, ist auch viel billiger als die Abschiebungen, die Verhütungskampagnen in Afrika und der ganze Quatsch. Ganz im Vertrauen, niemand hat etwas gegen ihre Idee. Im Ministerium sind alle begeistert. Das einzige Problem ist die verdammt große Koalition mit ihrer ewigen Identitätskrise. Jetzt haben sie ein neues Corporate-Identity-Konzept, und wollen plötzlich scharz-rot-gold durch blond-weiß-blau ersetzen: Weiß für die Sauberkeit der deutschen Außenpolitik, während rot immer an die paar kleinen Spritzer auf Steinmeiers Weste erinnert hat, blau *hicks* für Volksnähe am Aschermittwoch, während gold gerade jetzt völlig kontraproduktiv ist, wegen dieser ständigen Neiddebatten. Völlig abgefahren sind sie aber auf blond statt schwarz für die Familienpolitik: Angela Merkel, Ursula von der Leyen, Sabine Christiansen, Eva Hermann, Dieter Bohlen, Thomas Gottschalk, Edmund Stoiber und Knut der Eisbär, das hat einfach unschlagbaren farblichen Wiedererkennungswert. Blonde Ministerinnen, blonde Vorzeigeeltern, glückliche blonde Kinder und ,nen kühles Blondes. Eine riesige weltweite multimediale Image-Kampagne, gesponsort vom Brauereiverband. Ihre Kids bringen da

schon farblich einfach alles durcheinander, aber leider kann man das in der Öffentlichkeit so nicht sagen. Die würden entweder „Rassismus“ schreien oder am Ende sogar bemerken, dass die Große Koalition einen Totalschaden hat.

Kopfschüttelnd machte ich mich auf den Heimweg. Am Schloss vorbei. Ach, wie einfach hat es da doch die Uni! Seit über 100 Jahren Kaiser Wilhelm, keiner mag den Typen, aber in Sachen Wiedererkennungswert isser super. Vor zehn Jahren gab es extra eine Corporate-Identity-Kommission, die sich jahrelang und absolut ergebnislos um den Namen gestritten hat, und das gab der Uni, wie Kommunikationswissenschaftler sagen, ein Alleinstellungsmerkmal. Vulgo: Sowas gibt's nirgendwo anders auf der Welt. Damals in den Neunzigern, wo alle Welt verstaubte Identitäten loswerden wollte, eine geniale Strategie, sie genau dadurch zu behalten. Jetzt in den Nullern, wo selbst in SPD-NRW der Bildungsmarkt endlich frei und glücklich ist, ist so'n Kaiser ein echter Standortvorteil. Immerhin das haben wir Bielefeld, Osnabrück und Paderborn voraus. Während sich Konzerne immer skurrilere Buchstabenkürzel zulegen - E-ON, BenQ, iPod, ver.di u.s.w. - haben münsteraner Kommunikationswissenschaftler erkannt: Wir brauchen den Kaiser, damit wir im globalen Universitätsstandortwettbewerb wer sind. Mit Ursula Nelles als Kaisers Stellvertreterin auf Erden bekommt das Ganze auch noch so'n emanzipatorischen Touch. Neidische Blicke aus Berlin: Deren Uni-Humboldt ist inzwischen derart des Linksradikalismus verdächtig, dass man ihn lieber heute als morgen in Rente schicken würde, doch der beste Ersatzkandidat ist in der Provinz Westfalen langfristig verpflichtet. Was also dann? Hindenburg-Uni, Adenauer, Biermann?

Die Uni Münster kann sich also glücklich schätzen, nur die Soziologen merken davon nix. In den 90ern waren sie noch prima aufgestellt: Abteilung 1 (rot) definierte sich dadurch, dass sie zeitgemäße und kritische Sozialwissenschaft macht und nicht bloß Empirie und Lehramtsausbildung wie Abteilung 2, und Abteilung 2 (gelb) dadurch, dass man kritische und zeitgemäße Sozialwissenschaft betreibt und nicht nur theoretischen Ballast mit sich rumschleppt wie Abteilung 1. In der 00ern ist einfach das Logo schwarz geworden und das

große S um 90 Grad gekippt. Nach links oder nach rechts? Vornüber oder nach hinten? Große Symbolkraft, aber völlig unergründlich. Einfach wie tot umgefallen liegt das S neben dem kleinen f. Das ist doch geradezu die symbolische Vorwegnahme der endgültigen Abwicklung dieses kauzigen, marktuntauglichen Orchideenstudiengangs, oder? Wenn das alle Institute so machen würden, also das mit der Abwicklung, käme man aber immerhin mit der gesetzlich verordneten Hochschulfreiheit in NRW voran. Und die Berliner könnten ihren Kaiser wiederhaben.

Es grüßt verständnislos Euer

Ernst Lustig

Unsachliche Buchstaben: Chemie

Aus dem Zug habe ich Bäume beieinander stehen sehen, eine lose Gruppe, wie im Gespräch, nichts Auffälliges, Stämme, Äste, eher Nadeln als Blätter oder wenige Blätter. So genau habe ich nicht hingesehen. Dann ein gelbes Pferd mit silberner Mähne, das in einem Garten grast.

Am Anfang, als ich einsteige, steht einer im Abteil, groß, der mir den Koffer in das Gepäckfach legt, wie einen leeren Eierkarton. Ich küsse meinen Vater, meine Mutter winkt.

Dann fährt der Zug weg. Jetzt winke ich und dann setze ich mich hin, das Abteil ist inzwischen voll geworden. Ich habe einen Platz reserviert, woanders, aber ich bleibe lieber in diesem Abteil. Die „Bild“, ein Roman mit dem Titel „Ritus“, irgendeine Zeitschrift mit Mode. Der Mann von vorher setzt sich auf den letzten freien Platz im Abteil und schreibt eine Zeile mit Bruchzahlen auf ein weißes DIN A 4 Blatt, das in einer Klemmmappe auf seinen Knien liegt. Elemente der Mathematik. Auf der Ablage zwischen Fenster und Sitz liegt ein dickes Buch. Voll mit Mathematik oder ihren Elementen. Zuerst sehen die Zahlen aus wie Buchstaben, der Mann schreibt so schnell und fließend, mit einem silbernen Kugelschreiber. Sie rechnen ja, wollte ich sagen. Ich sehe den Mann an. Er sieht im Abteil herum, während er nachdenkt. Dann trifft er meinen Blick und guckt wieder auf sein Blatt. Nach ein paar Minuten, in Spandau, steht eine Frau vor dem Abteil und der Mann steht auf. Reserviert. Sie setzt sich hin, beginnt auch zu lesen. „The last temptation“. Ich werde wütend. Die Frau ist langweilig. Der einzige Mann im Abteil gehört zu der Frau neben mir und liest die „Bild“. Ich starre aus dem Fenster. Möchte jemanden hypnotisieren, der mir den Bruchzahlenschreiber wieder bringt. Es passiert nicht. Er läuft in seinem knitrigen, karierten Hemd und dem Buch und der Klemmmappe über den Gang, sucht einen Platz, ich glaube, er kommt auch zurück, aber ich sehe diesmal nicht hin. Ich starre aus dem Fenster, bis mir die Tränen kommen.

Dann stehe ich auf, zerre mein Gepäck aus der Ablage und suche meinen Platz.

Ich finde einen Fensterplatz zwei Wagen weiter. Neben meinem leeren Platz sitzt jemand. Er hat das Klapptischchen her-

untergeklappt und seine Mahlzeit darauf gelegt. Brötchen und Buletten. Und Bier. Ich entscheide mich für einen Gang auf die Toilette. Den Koffer stelle ich auf den leeren Sitz vor meinem Platz. Es ist kurz nach halb sieben. Als der Mann mit den Buletten Anstalten macht, aufzustehen, sage ich, dass er ruhig sitzen bleiben könne, ich müsse noch mal weg. Er reagiert nicht darauf, setzt sich, sieht an mir vorbei. Als ich wiederkomme, hole ich die Flasche Wasser aus dem Koffer, sage: „Wenn Sie so nett wären und mir die dahin stellen würden?“ Er nimmt wortlos die Flasche, stellt sie neben den Sitz. Ich überlege, was ich noch aus dem Koffer brauche während der Fahrt, ich brauche nichts mehr und hebe das Ding nach oben. Das Zahlenschloss steht auf 007. Dann steht er auf, ich setze mich, sage danke, hole die Zeitung von Sonntag aus der schwarzen Tasche. Er trägt Jeans und ein rotes Hemd und eine olivgrüne Jacke. Er hat blonde kurze Haare, große Hände und es riecht nach Bier und Buletten. Ich stecke meine Nase in die Zeitung und es riecht nach Druckerschwärze. Mir ist langweilig. Ein Kind schreit: „Uno, letzte Karte!“. Hinter mir lacht jemand. Ich frage: „Wohin fahren Sie?“ Als er nicht antwortet, drehe ich mich zu ihm hin. Er hat sein Essen beendet, die leere Flasche „Becks Lemon“ steckt in dem schwarzen Netz am Vordersitz. Er liest die Bildzeitung, die er vor sich auf das Tischchen gelegt hat. Erst als ich ihn zwei Sekunden lang ansehe, hebt er das Gesicht. Er zeigt auf sein rechtes Ohr und sagt: „Ich bin taub.“ Ich fixiere sein rechtes Ohr und denke: Oh. In dem Ohr befindet sich eine kleine, der Architektur der Ohrmuschel angepasste Apparatur, hinter dem äußeren Ohr ein hautfarbenes Rechteck. Ich lächle. Er lächelt. Ich habe einmal gelernt, meinen Namen in Gebärdensprache zu sagen. Aber ich erinnere mich nicht mehr an die Gebärde für „Name“. Ich frage mit akkuraten Lippen: „Wohin fahren Sie?“ „Bremen“, antwortet er. Seine Augen sind hell, blau, wach und nett. Warum er die Jacke angelassen hat? Ist ihm kühl? Wohin ich fahre, fragt er mich. Ich sage: Osnabrück. Wir lächeln nochmal. Er guckt wieder in die Zeitung, zieht einen schwarzen Kugelschreiber aus der Hemdtasche und beginnt, ein Kreuzworträtsel zu lösen. Ich frage: „Was haben Sie in Berlin gemacht?“ und erfahre, dass er seine Freundin

besucht hat. Über die Enttäuschungsnadeln ein Grinsen, rasch, breit, Warte, Pflaster. „Wie schön! Ich war bei mei-nen El-tern.“ Die Zungenspitze an den Zahndamm: El-, die Zungenspitze hinter die oberen Schneidezähne: -tern. Seine Beine in den Jeans sind kräftig. Ich sehe ihn an. Er fragt: „Wa-mak tu in Os-nabrück?“ Seine Worte sind ungeschliffen, wie lange nicht benutzt. „Warum tragen Sie das Hörgerät, können Sie mich verstehen?“ Er macht den Mund weit auf beim Sprechen, als sei auch ich darauf angewiesen, von seinen Lippen zu lesen. Seit der Geburt sei er taub. Wenn jemand in seiner Nähe laut seinen Namen sage, könne er es wahrnehmen. „Ati“, sagt er und zeigt auf sich. Ich sehe ihn fragend an. Er nimmt seinen Kugelschreiber und schreibt seinen Namen auf den Zeitungsrand: Andi. Dann erzählt er von selbst und ich brauche mich nur noch auf seine Worte zu konzentrieren. Er arbeite in Bremen als Tischler im Überseemuseum. Das Museum sei gleich am Bahnhof. Ich sage, dass ich noch nie in Bremen war. „Macht nix“, sagt er. Ich lache. Dann erzählt er von seinen beiden Töchtern, vom Fußball, von der Ausbildung, von dem Lehrer früher in der Schule, der beim Sprechen niemals seine Hände benutzte, was es ihm schwer machte, im Unterricht mitzukommen. Während der Ausbildung dann ging es besser; der Ausbilder verstand es, verständlich mit ihm zu sprechen, insgesamt waren sie fünf Gehörlose in der Gruppe. Ich folge seinen Erklärungen. Nach jedem kurzen Satz, lächelt er ein „So ist es“ - Lächeln. Dann soll ich raten, wie alt er ist. Ich bedeute ihm, dass ich schlecht darin bin. Er schreibt auf den Umschlag seiner Fahrkarte: 40. Ein Bekannter von ihm habe ihn auf Anfang dreißig geschätzt. Er zieht die Schultern hoch und grinst. Ich sehe kurz aus dem Fenster. Wir unerhalten uns so noch eine Weile. Die Gesichter einander zugewandt. Es ist unfair, ihn nicht anzusehen, weil er dann nicht sehen kann, was ich sage. Es ist schön, ihn anzusehen. Sein Gesicht ist wie ein Bild im Fernsehen, das sich schnell verändert. Wenn ich ihm den Kugelschreiber aus der Hand nehme, berühren sich unsere Finger. Ich bin in seinem Körperraum. Es ist kurz vor acht. Bald sind wir in Hannover. Er wirft einen Blick in den Fahrplan. Noch eine Stunde. Ich werde müde und hungrig. Andi löst weiter Kreuzworträtsel. Ich lehne den Kopf an den Sitz und lasse den Blick aus dem Fenster ins Grüne schweifen, da sind Kühe, ruck, mein Oberkörper schnell nach vorn: Ein jährealter Mechanismus von den Autofahrten in die Sommerferien nach Ostfriesland. „Pferde!“. Dann waren sie

auch schon wieder vorbei. Ich wusste nicht, dass es mir selbst bei ein paar braunbunten Kühen noch so geht. Ich sage zu Andi: „Kühe“, dann sage ich lieber: „Kuh!“. Er deutet vor seiner Stirn zwei kräftige Hörner an, wovon ich lachen muss und mich freue, dass ihn interessiert, was ich sehe. Dass er mitmacht. Ich lehne mich wieder zurück. Meine Jeans ist eng in den Stiefeln. Ich sitze da, den Kopf auf der Seite und sehe ihm beim Rätseln zu. Ich möchte mich anlehnen. An seine olivfarbene Jackenschulter. Er ist stark. Ich seufze, was er nicht hört. Aus einem winzigen silbernen Etui holt er eine Lesbrille. Die Lust kommt. Sie rollt mit dem Fahrtwind heran, gleitet aus dem Licht, das der Abend enthält, auf breiten Strahlenbändern in den Waggon, fährt mir ins Bauchfell, ich, Tier. Ich liege da und atme langsam und heftig die Lust. Ich drehe meinen Kopf zu ihm herüber. Er kennt mein Gesicht jetzt schon. Auf der Zeitung ist Fußball. Er zeigt darauf und buchstabiert, dass er Trainer sei. Es gebe einen Gehörlosenfußballverein. In Berlin auch. „Gut“, sage ich.

Auf der Toilette wird es eng. Er ist groß und der Raum ist knapp. Er ist größer als er mir im Sitzen vorkam. Er atmet auch. Dann strecke ich mich ihm entgegen, mein Gesicht, meine Arme. Da ist er. Seine Arme auf meinem Rücken, auf den Hüften. Ich atme seinen Hemdgeruch, rot. Er küsst meinen Hals, hält mein Haar, mit der einen Hand, mit der anderen. Um 20.40 Uhr hält der Zug in Hannover. Er steht auf und holt seinen Koffer aus dem Fach über den Sitzen. Hinter ihm stehen Leute, die aussteigen wollen. Vor ihm auch. Ich sehe ihn an und schicke ihm ein Lächeln dahin, wo er steht, er fängt es auf. Wir geben uns die Hand. Er stellt seinen Koffer ab und beugt sich zu mir herüber, zupft an der Sonntagszeitung im Gepäcknetz, rupft eine Ecke ab. Auf der Armlehne notiert er seine e-mail-Adresse; ich stecke den Fetzen ein und lächle und lächle. „Machs gut“, sagt er, leise. Ich sehe ihn nicht mehr auf dem Bahnsteig. Er ist weg. Ich nehme die Becks-Flasche und trinke die letzten Tropfen aus.

Ich möchte nicht zu spät kommen, aber ich kann mich nicht beeilen - ich würde es ja tun, wenn ich könnte. Wenn ich wüsste, dass du auf mich wartetest. Dann würde ich mich anstrengen, ach, anstrengen, ich würde dir schreiben. Aber. Du schilderst nicht „deinen Prozess“. Du sagst nichts. Deine letzte Nachricht war winzig. Aus Spanien. Schön. Aus Sahagún, mein Gott. Wie lange bist du gelaufen? Und ich habe mich gefragt, mit dem halben Zettel in

der Hand, den Blick auf dem blauen Stempel, warum zu dieser Zeit? Warum hast du Zeit, außerhalb des Sommers, auf den Weg zu gehen? Über Pfingsten vielleicht. Aber du schilderst nicht „deinen Prozess“, da hat sie doch recht.

Ich möchte nicht, dass du stirbst. Dann wäre ich zu spät. Aber du bist ja nicht krank.

So weit ich weiß. Aber ich weiß nichts mehr. Vielleicht hast du dir die Haare abgeschnitten?

Diese langen Haare, diese Strohhalmaare. Die Feuerwerkskörper darin. Blau und orange. Und um mein Handgelenk hast du mir ein Band geflochten. Manchmal habe ich es noch getragen. Dann habe ich es zu Hause im Gästezimmer auf der Fensterbank in eine leere Vase gestopft. Es ist hineingefallen, in den dunklen glatten Hals. Da liegt es. Orange und blau. Beinahe die Farben des Weges. Du und ich, wir wissen es. Was wissen wir? Wir wissen nichts. Wir müssen auch nichts wissen. Wir waren zum Beispiel „Lost in Translation“.

Wir waren Kind, und nichts, nichts Gutes, wir waren etwas. Etwas, das zu nichts führen kann, und doch zu etwas.

Wir haben geatmet. Wir sind - gegangen. Das ist alles. Es ist nichts als irgendetwas. Etwas Konfuses. Sahagún. Du weißt, welcher Punkt auf meinem ersten Weg das ist?

Es ist die Herberge, in der ich auf dem Boden saß und der Mann mit dem weißen Turban auf dem Kopf zu mir kam, mich die drei Sätze aufschreiben ließ, mir die 5 Peseten Münze gab, aus dem Heiligen Jahr. Ich habe schon vergessen, welches es gewesen ist.

Denken ist gut. Viel Denken bringt Schmerz. Zu viel Denken tötet. Du hast den Satz von mir abgeschrieben.

Ich möchte nichts davon hören, dass 35 Jahre die Hälfte des Lebens sein sollen. Du weißt ja, dass du mehr als 70 werden wollen musst. Ich weiß, dass du es ein Mal selbst geschrieben hast. Und hoffentlich mehr.

Daria Einbacher

ASTa und Stadtradio bieten Seminarplätze

Der ASTa der Uni Münster und das Stadtradio Münster bieten gemeinsam zehn Studio- und Technikseminarplätze an. Ziel des zweitägigen Lehrgangs ist es, Studierenden die Grundlagen des Radiomachens beizubringen. Bestandteil des Seminars ist unter anderem der Umgang mit Ton- und Aufnahmetechnik, Mikrofonen unterschiedlicher Art und das Grundwissen der Mischpultbedienung sowie des digitalen Schnitts. Die Lehrveranstaltung wird mit der Produktion einer eigenen Sendung abschließen.

„Der ASTa möchte sich durch die Kooperation mit dem Bürgerfunk zu einer freien und unabhängigen Medienlandschaft bekennen. Bei einem Offenen Kanal oder einem Lokalradio zu arbeiten, ist nicht nur ein Hobby, sondern eine ernsthafte und ehrenamtliche Tätigkeit, die unterstützt werden muss. Eigenständige Bürgermedien sind notwendig, damit die Meinung aller Bürgerinnen und Bürger artikuliert und gehört werden kann“, begründet Jörg Rostek, ASTa-Sprecher, die Zusammenarbeit.

„Deshalb unterstützen wir als Studierendenvertretung die Forderung des Bürgerfunks in Münster nach einer eigenen Frequenz und hoffen, dass sich zahlreiche Studierende am geplanten Stadtradio Münster beteiligen.“

Der Lehrgang findet am Wochenende des 23./ 24. Juni 2007 (Sa. und So.) um 11.00 - 18.00 Uhr statt.

Die Teilnahmegebühr wird vom ASTa übernommen und ist somit für Studierende kostenfrei.

Weitere Informationen erhalten Interessierte unter:

asta.oeffentlichkeit@uni-muenster.de und www.asta.ms

Dort findet auch die Kursanmeldung statt.

Was hat Latin-Ska eigentlich mit den G8 zu tun?

Seine Deutschkenntnisse sind eher marginal. Dr. Shenka ist sich dessen durchaus bewusst. Dennoch lässt er es sich nicht nehmen, der Menge in der Sputnikhalle seine Meinung über das Treffen der G8 in Heiligendamm in der Landessprache mitzuteilen. Dass diese nicht besonders positiv ausfällt, ist für niemanden eine Überraschung, der über die politischen Umtriebe Panteón Rococos informiert ist. Das mexikanische Musikkollektiv steht der zapatistischen Befreiungsarmee in Chiapas nahe und wurde von dieser immerhin zu „compañeros musicales“ (musikalische Kameraden) ernannt. Ob das irgend jemanden der zahlreichen Gäste in der Sputnikhalle interessiert, lässt sich nicht mit Bestimmtheit sagen.



Natürlich darf bei einem Konzert der Mexikaner die mexikanische Flagge im Publikum nicht fehlen.

Immerhin sind etliche Latinos anwesend, von denen einige wild die mexikanische Flagge schwenken. Die Mehrheit der Zuschauer ist aber wohl wegen des herausragenden Rufes der Mexikaner als Liveband gekommen. Besonders in der letzten Festivalsaison haben Panteón Rococo auf dem Hurricanefestival und beim Summerjam ordentlich abgeräumt und sich in Deutschland eine treue Fangemeinde erspielt. Diesen Ruf bestätigen Dr. Shenka und die achtköpfige Band problemlos. Schon nach wenigen Minuten dampft die Luft in der Halle am Hawerkamp. Und das ist wörtlich gemeint. Es ist heiß. Es ist stickig. Es wird getanzt, als ob es kein Morgen gibt. Kaum eine Sekunde vergeht, ohne dass

ein übermütiger Fan zum Stagediving von der Bühne abhebt. Dass der kondensierte Schweiß nicht von der Decke tropft, ist ein Wunder. Der Mix aus harten Gitarren und flotten Ska-Elementen wird mehr als euphorisch abgefeiert. Außer den schon erwähnten spanischen Muttersprachlern versteht zwar kaum jemand die brisanten Texte Panteón Rococos, aber was der Ausdruck „hijo de puta“ im Zusammenhang mit dem Namen George Bush bedeutet, kann sich wohl jeder mit ein wenig Fantasie und Spachgefühl ausmalen. Aufgrund der Verständigungsprobleme wirken die politischen Gesten von Panteón Rococo häufig ein wenig übertrieben und einstudiert. Zur besagten Hasstirade

Fortsetzung auf Seite 46

auf den amerikanischen Präsidenten treten zum Beispiel alle Musiker nach vorne, um dem bösen Kapitalisten „Jorge“ Bush symbolisch den Stinkefinger zu zeigen. Das ist nicht mehr als eine professionelle Choreographie des Protests. Mit durchschlagender Wirkung: Fast alle Gäste recken den Mittelfinger in die Höhe. Natürlich wissen Dr. Shenka und seine Compadres, dass „Dubya“ in Deutschland genauso wenig Freunde hat, wie in ihrer mexikanischen Heimat. Aber immer noch besser zu guter Musik

mit politischer Botschaft zu tanzen, als zu belangloser Popmusik. Kaum jemand verlässt die Sputnikhalle nach der schier endlosen Zugabe (Ich glaube, es waren acht Songs, gibt ein restlos erschöpfter Fan zu Protokoll) ohne komplett durchgeschwitztes T-Shirt. Warum lateinamerikanische Skamusik in Deutschland so gut ankommt? Das ist der Fiesta-Faktor, gibt eine gleichfalls durchnässte junge Frau zu Protokoll. Genau erklären, kann sie den Fiesta-Faktor dann aber auch nicht: Lebensfreude, Tanzen und

so. Ihre Nachbarin meint: Ich habe gar nicht so stark geschwitzt, aber grad hat jemand im Gedränge sein Bier über mir ausgeschüttet. So ist das eben bei einer echten Fiesta latina. Da schwappen die Gefühle hemmungslos über. Und wenn Füße und Hände unkontrolliert zucken eben auch das eine oder andere Getränk. Klischee, ick hör Dir trappen. Aber Spaß gemacht hat es trotzdem.

*** FULL METAL VILLAGE

* Deutschland 2006 * Musik: Peyman Yazdanian, Black Sabbath, Judas Priest, Kreator, Ensiferum, u. a. * Kamera: Marcus Winterbauer * Drehbuch und Regie: Sung-Hyung Cho * Darsteller/-innen: Multibauer Uwe Trede, Lore Trede, Milchbauer Klaus H. Plähn, Irma Schaack, Eva Waldow, Ann-Kathrin Schaack, Malena Schaack, Norbert Venohr, Birte Venohr, Henning Halver, Katzen, Hunde, Kühe, sowie die Einwohner von Wacken und der Nachbargemeinden und zirka 50.000 Metalheadz aus aller Welt * [teilw. plattdt. OmU] * 90 Minuten * (8 von 10 Punkten)

Synopsis: FULL METAL VILLAGE ist ein preisgekrönter Dokumentarfilm über das kleine Schleswig-Holsteinische Dorf Wacken (1865 Einwohner), das alljährlich zum Mekka aller Metalheadz dieses Planeten mutiert: Das 1990 ins Leben gerufene und inzwischen drei Tage dauernde „Wacken Open Air“ (W:O:A) gilt als das größte Heavy Metal-Festival der Welt (62.500 Zuschauer im Jahre 2006)!

Kritik: Ein Dokumentarfilm wird gezeigt. Das Kino ist ausverkauft. Überall ploppen Bierflaschen. Schon beim Vorspann bricht man dankbar in wieherndes Gelächter aus, das im Grunde genommen 90 Minuten lang anhält, Atemnotsanfälle inklusive. Zwischendurch Tränen der Rührung. Am Ende donnernder Applaus. - Das Phänomen hat einen Namen:

FULL METAL VILLAGE. Ja, man könnte sagen, man hat auf einen Film wie diesen gewartet. Einen Heimatfilm, in erster Linie. Das ist ja gerade das Erstaunliche. Eine südkoreanische Regisseurin mit sichtlichem Neugier auf Menschen und scheinbar unvereinbare Gegensätze, kommt in den Jahren 2005 und 2006 in das Örtchen Wacken in Schleswig-Holstein, Schauplatz des weltgrößten Heavy Metal-Festivals, und macht einige der Einwohner zu den Protagonisten ihres, zu Recht als erster Dokumentarfilm überhaupt mit dem „Max Ophüls Preis“ ausgezeichneten, Erstlingswerkes. Im Fokus steht dabei Multibauer Uwe Trede, der nicht nur seinen Acker dafür zur Verfügung stellt,



von über 100.000 Füßen alljährlich zu Gülle verarbeitet zu werden, sondern auch Cheforganisator der „stewards“ genannten freiwilligen Helfer aus Wacken und Umgebung ist, die maßgeblich dazu beitragen, dass das Mammutprojekt namens W:O:A reibungslos über die Bühne geht. Mit sichtlichem Genuss an der eigenen Inszenierung nimmt Kettenraucher Trede („Tjoa, da muttu früh aufstehen, wenn du drei Päckchen am Tach wech qualmst!“) Regisseurin und Zuschauer an der Hand und führt zusammen, was überhaupt nicht zusammen passen kann: Tiefgläubige Flüchtlinge aus Ostpreußen, mexikanische Metalheads, eine Modelkarriere

anstrebende Provinzschönheiten, den Dorfpfarrer, schlammcatchende Festivalbesucher, die Kaffeekränzchen-Freundinnen Evchen und Irmchen („Diese Metallmusik - unser Fall is' das ja nun gar nich', ne?“). Nicht zu vergessen die Blasmusikkapelle der Freiwilligen Feuerwehr Wacken, die wohl die einzige ihrer Art sein dürfte, die vor Tausenden bis zum Genickstarrkrampf headbangenden Heavy Metal-Fans deutsche Heimatweisen zum Besten geben darf.

Aus solchen plakativen Szenen, die man einfach gesehen haben muss, um sie auch nur annähernd glauben zu können, zieht FULL METAL VILLAGE

in erster Linie sein hoch komisches Potential. Aber - und das ist Regisseurin Sung-Hyung Cho hoch anzurechnen - er verlässt sich nicht allein darauf. Wirkliche Meisterschaft erlangt FMV nämlich in den ruhigen Sequenzen, bei denen einfach nur Stilleben des Örtchens Wacken gezeigt werden, beziehungsweise in den Interviewausschnitten mit den Protagonisten/-innen, bei denen Chos ernsthaftes Interesse an den Menschen, ihrer persönlichen Geschichte, ihren Gefühlen, Leidenschaften und Problemen deutlich wird. Diesbezüglich herausragend ist Chos „Interviewbeziehung“ mit dem unverwundlichen (und gleichfalls Kette rauchenden) norddeutschen Original Klaus H. Plähn (Milchbauer), dem heimlichen Star des Films, in den man sich während der viel zu kurzen 90 Minuten rettungslos verliebt: Was Plähn hier an hinreißender Situationskomik, staubtrockenen Sprüchen und schelmischen Gesichtsausdrücken abliefern, ist formvollendeter Humor in bester Tradition des frühen Detlev Buck (WIR KÖNNEN AUCH ANDERS). Diese unfassbar komischen Sequenzen werden nur noch getoppt von seiner in knappen Worten formulierten Liebeserklärung an seine Frau: Natürlich gehört diesem ungeheuer anrührenden Rentnerehepaar die Schlusszene des Films. Diese dörfliche

Idylle, von der Cho auch die Schatten-seiten offenbart, wird im Film immer wieder von den Vorboten des Festivals unterbrochen, angenehm subtil und quasi im filmischen Unterbewusstsein verbleibend wird somit gekonnt ein Spannungsbogen gehalten der - und das ist die einzig wirkliche Schwäche von FMV - am Ende leider zerbricht. 80 Minuten lang ist FMV ein Musterbeispiel für einen gelungenen Dokumentarfilm, dem schier Unmögliches gelingt: Nämlich zeitgleich im besten Sinne informativ und brüllend komisch und zärtlich gegenüber den zu Wort kommenden Menschen zu sein. - Doch dann strömen die ersten Metalheadz nach Wacken und der zuvor so meisterhaft durchkomponierte flow der Erzählung kommt ins Stocken. Man spürt geradezu, wie das kleine Filmteam um Cho plötzlich der Reizüberflutung erliegt, angesichts von zirka 50.000 ins Dorf einfallenden Schwermetallern. Das sorgt kurzzeitig zwar für die komischsten Stellen des Films, doch die Bilder des eigentlichen Festivals im Anschluss können mit dem zuvor Gezeigten einfach nicht mithalten. Den Mythos W:O:A kann auch Cho nicht einfangen, zumal sie sich aus rechtlichen Gründen mit kurzen Kon-

zertausschnitten der eher unbekannten finnischen band Ensiferum und dem deutschen Metal-Urgestein Kreator begnügen musste. (Die Aufnahmen stammen aus dem Jahre 2005.) Die wenigen Festival-Impressionen wirken zudem wenig inspiriert und sind irgendwann einfach nur noch redundant, vielleicht hat man all dies aber auch schon zu oft gesehen: Ein Meer aus Zelten, das übliche Scheißwetter, das daraus resultierende Schlammcatchen und die gelinde gesagt „besorgniserregenden“ hygienischen Umstände, die crowd surfer, die headbanger, ... Hier ist FMV eher „Rockpalast“, was nicht böse gemeint ist, aber angesichts des Wunders, dass FMV beinahe bis zum Schluss nun einmal darstellt, ist das schon recht enttäuschend. Was bleibt, ist dennoch ein mit ziemlicher Sicherheit Kultstatus erringendes Werk, das ohne zu romantisieren, zärtlich und liebevoll ein Stück (nord-)deutsche Realität abbildet, die reichlich surreal daher kommt. Zugleich ist FULL METAL VILLAGE ein mächtiges Plädoyer für echtes Interesse am Mitmenschen, Humanismus galore!

Thomas Schmitz

Julicartoon: Verbesserung der Lehre



Illustration: Ansgar Lorenz

INTERNATIONALES SOMMERFEST

Sa. 26.05.07

ab 15h vor dem Schloß

Münster

THEORY &
LIBERTY

asv

asta^{fh}

Studentenwerk Münster

Gegen das katastrophale
Gebührenklima!

Hidalgore

Hauptveranstalter: Ausländische Studierendenvertretung (ASV) der Uni Münster (www.asv.ms)

Die Brücke
Internationales Zentrum der WWU

Die Spemann
jungeWelt

by müster

Q

STADT MÜNSTER
AUSLÄNDERBEIRAT

Techniker
Krankenkasse

Iserlohner
Hilfskasse